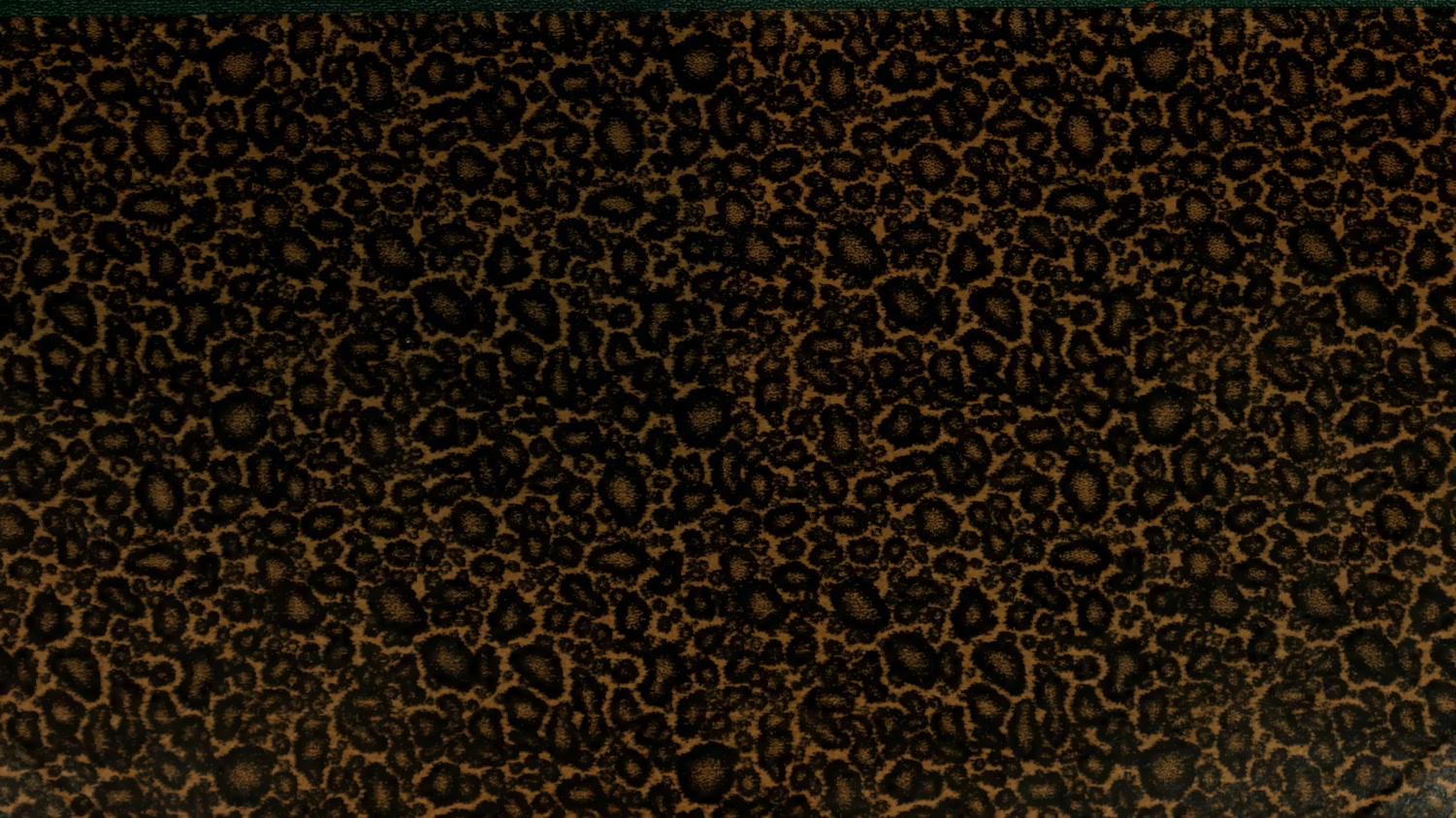
3 1761 03936 1068



L9444v

Entgegnung auf das amtliche Weißbuch:
„Vorgeschichte des Waffenstillstandes"

Heft 3

Das Verschieben der Verantwortlichkeit

Von

Ludendorff

167109.
14/11/21

Berlin 1919 / Ernst Siegfried Mittler und Sohn

UNIVERSITY OF TORONTO LIBRARY

Die Darstellung des Weißbuchs über die Zeit vom Abgang der ersten deutschen Note an Wilson bis zu meiner Verabschiedung ist von überraschender Einseitigkeit. Der innere Zusammenhang der Ereignisse wird vollständig entstellt wiedergegeben, gleich als ob er nie richtig verstanden ist. Die Darstellung wird so zu einer Entlastung der Regierung des Prinzen Max und auch der nachfolgenden und zu einer Belastung der Obersten Heeresleitung und des Heeres. Am 9. Oktober hatte ich der neuen Regierung, deren schwierige Lage mir durchaus bekannt war, erklärt, der Generalfeldmarschall und ich würden loyal mit ihr zusammenarbeiten. Diesem sind wir nachgekommen; um so befremdlicher wirken die Vorgänge im Schoß der Regierung des Prinzen Max im Oktober 1918, die erst durch das Weißbuch zu meiner Kenntnis gekommen sind, und die Darstellung des Weißbuchs selbst.

Ich will im Nachstehenden eingehender auf die Vorgänge zurückkommen, als es mir bei Niederschrift meines Buches*) möglich war, um auch hier wieder das Handeln der Obersten Heeresleitung von allen Schlacken befreit darzustellen und um ein Verschieben der Verantwortlichkeit zu verhindern.

I.

A.

Das Weißbuch sagt in seiner Vorbemerkung:

„Die zweite Note des Präsidenten Wilson vom 15. Oktober**) (Nr. 48 des Weißbuchs) wird wesentlich schärfer. Sie

*) Kriegserinnerungen 1914—18.

**) Die Note ist vom 14. Oktober datiert. Der Verfasser.

trennt zum ersten Male den Frieden vom Waffenstillstand, dessen Bedingungen »dem Urteil und dem Rate der militärischen Berater« überlassen werden müssen, spricht von ungesetzlichen und unmenschlichen Praktiken der deutschen Streitkräfte und erklärt, daß die ganze Durchführung des Friedens »von der Bestimmtheit und dem befriedigenden Charakter der Bürgschaften abhängen wird«, welche in den grundlegenden Fragen der inneren Gewalten gegeben werden können. Österreich erhält eine besondere Antwort. Die Bestürzung über diese Note in ganz Deutschland und namentlich ihre Wirkung auf das Heer ist offenbar groß. Der Widerspruch regt sich überall. Der Stolz bäumt sich auf und **die O. H. L. möchte zurück.** Es erhebt sich nur die schwere Frage, ob man noch zurückkann. Denn die Offenbarung der schlechten Lage nach vierjähriger Behauptung des sicheren Sieges hat inzwischen im Ausland und Inland ihre Wirkung getan."

Die von mir durch Sperrdruck hervorgehobene Stelle enthält eine starke Unterstellung für den Generalfeldmarschall und für mich, die auch in diesen ernsten Tagen, wie stets seit dem 23. August 1914, also über vier schwere Kriegsjahre hinweg, in ruhiger Verantwortung gemeinsam gehandelt haben und jetzt auch vereint zusammenstanden.

Der Ausspruch des Reichskanzlers Prinz Max in der engeren Sitzung vom 17. Oktober 1918 (Nr. 55 des Weißbuchs), daß ich es sei, der die Entschlüsse fasse, ist eine weitere Verschiebung des Bildes. Ich fühle volle Verantwortlichkeit für mein Tun und lege es aller Welt klar. Niemand aber wird es gelingen, zwischen meinen und des Generalfeldmarschalls Ansichten und Handeln Unterschiede zu bilden. Wir wollten auch gemeinsam in jenen schweren Tagen der vaterländischen Geschichte nicht zurück, wir wollten die Handlung weiter entwickeln, und zwar im vollen Einverständnis mit der Reichsregierung.

Wir fußten dabei auf dem, was wir am 29. September und

bei verschiedenen Gelegenheiten der Reichsregierung und den Parteiführern über die Fortsetzung des Kampfes für den äußersten Fall gesagt hatten.

Wir fußten auf den Worten, die der erste parlamentarische Reichskanzler — also doch der Vertreter des Volkswillens, so pflegt man sonst zu sagen — bei seiner ersten Rede im Reichstage nach eingehender Beratung mit den Parteiführern aussprach:

„Wie das Ergebnis des Friedensangebots auch ausfallen möge, ich weiß, daß es Deutschland fest entschlossen und einig finden wird, sowohl zu einem redlichen Frieden, als auch zu einem Endkampf um Leben und Tod, zu dem unser Volk, wenn es dazu gezwungen wäre, bereit ist. Kein Zagen befällt mich bei dem Gedanken, daß dieses zweite Ergebnis eintreten könnte, denn ich kenne die Größe der gewaltigen Kräfte, die auch jetzt noch in unserem Volke vorhanden sind, und ich weiß, daß die unwiderlegte Überzeugung, daß jeder für sein Leben kämpft, diese Kräfte verdoppeln würde."

Auch der Reichstagspräsident hatte diese Sätze bekräftigt und selbst schöne vaterländische Worte für diesen Endkampf um Leben und Tod gefunden.

Das Weißbuch stellt den Eindruck der zweiten Wilson-Note in Deutschland wie folgt fest: „Die Bestürzung über diese Note in ganz Deutschland und namentlich ihre Wirkung auf das Heer ist offenbar groß. Der Widerspruch regt sich überall, der Stolz bäumt sich auf." Also in Volk und Heer war das Empfinden vorhanden, dem Reichskanzler und Reichstagspräsident am 5. Oktober so erhebenden Ausdruck gegeben hatten. Es herrschte anscheinend — so mußte die Oberste Heeresleitung annehmen und hat es angenommen — volle Übereinstimmung zwischen der Reichsleitung und ihr und mit wesentlichen Teilen des Volkes.

Das Weißbuch hätte in seiner Vorbemerkung schon hier erwähnen sollen, daß in den Worten der 2. Note Wilsons die Aufforderung zur Einstellung des U-Bootkrieges lag. Das

machte die Oberste Heeresleitung bei der Stimmung einiger Staatssekretäre und der anderen Teile des Volkes besorgt. Es erschien möglich, daß wir uns eine starke Waffe aus der Hand schlagen ließen, bevor es zu wirklichen Verhandlungen kam. Alle übrigen militärischen Sätze machten keinen Eindruck auf uns. Die Worte über unsere barbarische Kriegführung waren Redensarten, die zurückzuweisen waren. Daß über den Waffenstillstand mit den feindlichen Militärs zu verhandeln wäre, war uns stets klar gewesen. Aus diesem Grunde war eine Waffenstillstandskommission nach Spaa berufen worden. Bedenklich waren die Eingriffe in unser Verfassungsleben, die sich geschickt der Denkungsart der Mehrheitsparteien anschlossen, um die Revolution von oben weiterzuführen.

Das Weißbuch stellt es so dar, und der Staatssekretär Solf scheint, im Gegensatz zu dem Staatssekretär Scheidemann, auch der Ansicht zu sein, als ob die Oberste Heeresleitung an die Fortsetzung des Widerstandes erst nach Eingang der zweiten Wilson-Note gedacht hat.

Kannte die damalige Regierung wirklich nicht die Ansichten, die wir dem Staatssekretär v. Hintze am 29. September, die Major Freiherr v. dem Bussche den Parteiführern am 2. Oktober und der Generalfeldmarschall dem Kabinett am 3. Oktober mitgeteilt hatten?

Weiß die Regierung nicht, daß ich am 9. Oktober eine eingehende Besprechung mit dem Reichskanzler unter vier Augen hatte? Das Weißbuch bringt charakteristischerweise nichts über diese Besprechung, und doch wurde in ihr die Frage der Fortsetzung des Widerstandes erörtert. Ich sagte etwa, ich müsse wissen, was das deutsche Volk dem Heere geben wolle, und sah es als selbstverständlich an, daß der Reichskanzler in den nächsten Tagen hierüber Klarheit bringen würde, wie es seine Aufgabe war. Oberst v. Haeften machte ich über meine Unterhaltung mit dem Prinzen Max ausführliche Mitteilung. Ich blieb mit ihm hierüber in dauernder Verbindung. Ich hielt eine kraftvolle Aufklärung nach innen für das erste Erforder-

nis, um das Volk auf das Kommende und äußerstenfalls auf den Endkampf um Leben und Tod vorzubereiten.

Ich schreibe in meinem Buch über die Besprechung mit dem Reichskanzler:

„Es war jetzt Zeit geworden, endgültige Klarheit darüber zu schaffen, ob das deutsche Volk weiterkämpfen wollte, wenn die Verhandlungen mit dem Feinde nicht zu einem Frieden führten, den wir annehmen konnten. Die Vorbereitungen mußten getroffen werden. Aus der Presse hatte die Oberste Heeresleitung ein günstiges Bild über diese Möglichkeit erhalten. Nach seiner Rede vom 5. Oktober hatte Prinz Max noch nichts getan, um seine damals geäußerte Ansicht für diesen Fall zu verwirklichen. Ich stellte daher die entsprechende Frage."

Nach Weißbuch Nr. 38 wurde die Frage auch in der darauffolgenden Sitzung bei Besprechung der Frage der levée en masse erörtert.

Das Weißbuch stellt die Tatsache in seiner Vorbemerkung wie folgt hin:

„Der von Rathenau in der Vossischen Zeitung veröffentliche Plan einer levée en masse wird erörtert, aber fallen gelassen, weil die militärischen Stellen, insbesondere Ludendorff selbst, sich von ihr nichts versprechen."

Die Darstellung ist nach jeder Richtung hin irreführend.

Die Reichsregierung hat nie die wirkliche Absicht einer levée en masse vertreten, sie konnte also wohl kaum fallen gelassen werden. Meine Gedankenrichtung war zudem eine ganz andere, als das Weißbuch vermuten läßt.

Nach Weißbuch 36 lautete eine der vielen Fragen, die mir Prinz Max im Auftrage des Kriegskabinetts vorlegte und die ich am 9. Oktober zu beantworten hatte, wie folgt:

„7. Verspricht sich die Oberste Heeresleitung einen ausreichenden Kräftezuwachs von der levée en masse, wie von Walter Rathenau in der Vossischen Zeitung empfohlen ist?"

machte die Oberste Heeresleitung bei der Stimmung einiger Staatssekretäre und der anderen Teile des Volkes besorgt. Es erschien möglich, daß wir uns eine starke Waffe aus der Hand schlagen ließen, bevor es zu wirklichen Verhandlungen kam. Alle übrigen militärischen Sätze machten keinen Eindruck auf uns. Die Worte über unsere barbarische Kriegführung waren Redensarten, die zurückzuweisen waren. Daß über den Waffenstillstand mit den feindlichen Militärs zu verhandeln wäre, war uns stets klar gewesen. Aus diesem Grunde war eine Waffenstillstandskommission nach Spaa berufen worden. Bedenklich waren die Eingriffe in unser Verfassungsleben, die sich geschickt der Denkungsart der Mehrheitsparteien anschlossen, um die Revolution von oben weiterzuführen.

Das Weißbuch stellt es so dar, und der Staatssekretär Solf scheint, im Gegensatz zu dem Staatssekretär Scheidemann, auch der Ansicht zu sein, als ob die Oberste Heeresleitung an die Fortsetzung des Widerstandes erst nach Eingang der zweiten Wilson-Note gedacht hat.

Kannte die damalige Regierung wirklich nicht die Ansichten, die wir dem Staatssekretär v. Hintze am 29. September, die Major Freiherr v. dem Bussche den Parteiführern am 2. Oktober und der Generalfeldmarschall dem Kabinett am 3. Oktober mitgeteilt hatten?

Weiß die Regierung nicht, daß ich am 9. Oktober eine eingehende Besprechung mit dem Reichskanzler unter vier Augen hatte? Das Weißbuch bringt charakteristischerweise nichts über diese Besprechung, und doch wurde in ihr die Frage der Fortsetzung des Widerstandes erörtert. Ich sagte etwa, ich müsse wissen, was das deutsche Volk dem Heere geben wolle, und sah es als selbstverständlich an, daß der Reichskanzler in den nächsten Tagen hierüber Klarheit bringen würde, wie es seine Aufgabe war. Oberst v. Haeften machte ich über meine Unterhaltung mit dem Prinzen Max ausführliche Mitteilung. Ich blieb mit ihm hierüber in dauernder Verbindung. Ich hielt eine kraftvolle Aufklärung nach innen für das erste Erforder-

nis, um das Volk auf das Kommende und äußerstenfalls auf den Endkampf um Leben und Tod vorzubereiten.

Ich schreibe in meinem Buch über die Besprechung mit dem Reichskanzler:

„Es war jetzt Zeit geworden, endgültige Klarheit darüber zu schaffen, ob das deutsche Volk weiterkämpfen wollte, wenn die Verhandlungen mit dem Feinde nicht zu einem Frieden führten, den wir annehmen konnten. Die Vorbereitungen mußten getroffen werden. Aus der Presse hatte die Oberste Heeresleitung ein günstiges Bild über diese Möglichkeit erhalten. Nach seiner Rede vom 5. Oktober hatte Prinz Max noch nichts getan, um seine damals geäußerte Ansicht für diesen Fall zu verwirklichen. Ich stellte daher die entsprechende Frage."

Nach Weißbuch Nr. 38 wurde die Frage auch in der darauffolgenden Sitzung bei Besprechung der Frage der levée en masse erörtert.

Das Weißbuch stellt die Tatsache in seiner Vorbemerkung wie folgt hin:

„Der von Rathenau in der Vossischen Zeitung veröffentliche Plan einer levée en masse wird erörtert, aber fallen gelassen, weil die militärischen Stellen, insbesondere Ludendorff selbst, sich von ihr nichts versprechen."

Die Darstellung ist nach jeder Richtung hin irreführend.

Die Reichsregierung hat nie die wirkliche Absicht einer levée en masse vertreten, sie konnte also wohl kaum fallen gelassen werden. Meine Gedankenrichtung war zudem eine ganz andere, als das Weißbuch vermuten läßt.

Nach Weißbuch 36 lautete eine der vielen Fragen, die mir Prinz Max im Auftrage des Kriegskabinetts vorlegte und die ich am 9. Oktober zu beantworten hatte, wie folgt:

„7. Verspricht sich die Oberste Heeresleitung einen ausreichenden Kräftezuwachs von der levée en masse, wie von Walter Rathenau in der Vossischen Zeitung empfohlen ist?"

Nach Weißbuch 43 war meine schriftliche Antwort folgende: „Eine levée en masse bringt keinen ausreichenden*) Kräftezuwachs, wohl aber (sind) energische Maßnahmen zur Hebung der Arbeitsleistung und Erfassung des tatsächlich noch vorhandenen Materials (nötig)."

Die eingeklammerten Worte sind von mir jetzt hinzugesetzt, um klarer zu wirken. Sie fehlen in der Urschrift, da ich die Antwort in Blei bei der Kürze der Zeit möglichst abgekürzt entwarf. Siehe auch Anhang unter 1.

Mir erschien die levée en masse nicht ausreichend; ich wollte hiernach also ganz unzweideutig mehr.

Nach Weißbuch 38 führte ich in der Kabinettssitzung über die levée en masse folgendes aus**):

„Nein. Ich verspreche mir trotz Menschenmangels von levée en masse nichts. Wir wollten immer Erhöhung der Arbeitsleistung. Ich kann nicht beurteilen, ob Drückeberger gefaßt werden könnten. Nach Ansicht der Obersten Heeresleitung sollte das G. v.-System aufhören; jetzt wollen die G. v.-Leute nicht kämpfen. Wir können durch schärferes Zu-

*) Von mir hervorgehoben. Der Verfasser.

**) Das Weißbuch schreibt auf S. 12 unter „Zur Beachtung": „Die Aufzeichnungen über die Sitzungen der Staatssekretäre (Nr. 35, 38, 39, 42, 54, 55, 58, 82, 86) haben zum Teil den Beteiligten nach der Sitzung nicht zur Durchsicht vorgelegen (Mir hat keine Aufzeichnung vorgelegen. Ich erkenne sie in Einzelheiten nicht an. Der Verfasser.); es sind dienstliche Niederschriften, die in der Sitzung oder unmittelbar danach teils von dem Unterstaatssekretär in der Reichskanzlei, teils von dem Pressechef des Reichskanzlers, teils von einem Vortragenden Rat in der Reichskanzlei angefertigt worden sind. Sie können daher nicht wörtlich als zuverlässige Urkunden angesehen werden (trotzdem werden einzelne Worte durch gesperrten Druck hervorgehoben. Der Verfasser), geben aber den allgemeinen Gang der Verhandlungen richtig wieder. (Das letztere ist im allgemeinen richtig. Der Verfasser.) Eine bis ins einzelne gehende sachliche Zuverlässigkeit kann die Aufzeichnung über die große Sitzung vom 17. Oktober 1918 (Nr. 57) in Anspruch nehmen; sie ist auf Grund stenographischer Mitschrift sorgfältig aufgestellt und hat auch dem General Ludendorff vorgelegen." (Ich habe aber zu ihr Stellung nicht genommen. Der Verfasser.)

fassen in der Heimat mehr Leute bekommen. Levée en masse würde mehr zerstören, als man ertragen kann."

Ich wollte also klar bestimmte Maßnahmen, kein Handeln nach einem unklaren Schlagwort. Ich führte damals in der Sitzung noch aus: Frankreich konnte 1870/71 eine levée en masse machen, damals war Heer und Volk noch nicht so eins wie in diesem gewaltigen Weltkriege. Heute hatten wir schon ein Heer, das aus der levée en masse hervorgegangen war. Die Verhältnisse hatten eine ganz andere Form angenommen. Wir hatten nicht nur zu kämpfen, sondern auch zu arbeiten. Klare Bestimmungen waren notwendig, kein Arbeiten nach einem Schlagwort. Zudem zweifelte ich an, ob wirklich alle Volksteile diesem Rufe folgen würden.

In meinem Buche schreibe ich darüber:

„Bei solchen Schlagworten (levée en masse) kann ich mir wenig vorstellen. Die Verhältnisse lagen doch anders als 1870/71. Aber Volkskraft und Volksenergie waren auch hiernach vorhanden, sie mußten gewonnen werden. Es waren also doch Männer da, die mit mir glaubten, daß das deutsche Volk trotz aller seiner gewaltigen Leistungen noch mehr geben könne. Schade nur, daß sie damit nicht eher hervorgetreten sind. Es war für mich besonders charakteristisch und es erfüllte mich mit neuer Hoffnung, daß auch Männer für Fortsetzung des Kampfes eintraten, die sonst anders denken als ich."

Ich bin bei der Frage der levée en masse länger verweilt, weil die Darstellung des Weißbuchs ein typisches Beispiel dafür ist, wie einseitig es wirkt. Es bleibt daher eine Verschiebung der Tatsachen, wenn aus meiner Haltung gegen das Schlagwort von der levée en masse gefolgert wird, ich wäre am 9. Oktober gegen eine Fortsetzung des Widerstandes gewesen. Ich wollte ehrlichen Frieden, aber ebenso ehrlich wollte ich die Fortsetzung des Kampfes, wenn uns unerträgliche Bedingungen auferlegt würden oder wenn wir wehrlos gemacht werden sollten, bevor wir an den Verhandlungstisch kamen. Das war am 9. Oktober noch nicht zu be-

fürchten. Auch wenn die Note Wilsons stark zu denken gab. Wir mußten jedenfalls in diesen Tagen endlich Klarheit gewinnen, was wir äußerstenfalls tun wollten und konnten.

Mit schwerer Sorge sahen wir in Spaa, aber auch Oberst v. Haeften in Berlin, wie nach Absendung unserer zweiten Note seitens der Regierung nichts geschah, um sich selbst und das Volk auf eine letzte große Anstrengung auch nur vorzubereiten. Oberst v. Haeften erreichte in Berlin nichts. Er erbat sich Unterstützung. Am 14. Oktober 1918, also noch vor Bekanntwerden der zweiten Wilsonnote, ging nachstehendes Telegramm an den Reichskanzler:

„Euerer Großherzoglichen Hoheit meine ernste Sorge auszusprechen, daß die gegenwärtige Stimmung im Innern des Reiches unsere militärische Lage und unsere Aussichten bei Verhandlungen immer ungünstiger gestaltet, halte ich mich für verpflichtet. Unsere Feinde schöpfen aus unserer inneren Zerrissenheit und verzagten Stimmung neue Kraft zum Angriff, neue Entschlossenheit zu hohen Forderungen. Feindliches und neutrales Ausland beginnen in uns nicht mehr ein Volk zu sehen, das freudigst alles setzt an seine Ehre.

Demgegenüber gilt es mit allen Mitteln dahin zu wirken, daß eine einheitliche vaterländische Stimmung in allen Stämmen und Schichten des deutschen Volkes lebendig wird und deutlich erkennbar in die Erscheinung tritt. An dem felsenfesten Willen des Volkes, gegen jede demütigende Bedingung sich bis aufs äußerste zu wehren, darf niemand zu zweifeln Veranlassung haben. Nur dann findet das Heer die Kraft, der Übermacht zu trotzen; nur dann finden unsere Unterhändler den Rückhalt für ihre schweren Aufgaben am Verhandlungstisch.

Ich halte es deshalb für dringend geboten, daß mehr als bisher in der gesamten Presse, in den Versammlungen aller Parteien, aller Berufsgenossenschaften und Gewerkschaften, in den Kirchen, Schulen, Theatern und Lichtspielen jedem Deutschen die furchtbaren Folgen eines Friedens um jeden Preis klar und deutlich vor Augen geführt werden. In öffentlichen Kundgebungen aller Art muß der Wille zum Ausdruck kommen, daß es für das deutsche Volk nur zwei Wege gibt: ehrenvoller Friede oder Kampf bis zum Äußersten!

Das Vertrauen auf unsere gerechte Sache, der Stolz auf unsere gewaltigen Leistungen in vier Kriegsjahren gegen die stärkste Koalition der Geschichte, das Bewußtsein allezeit bewährter Bundestreue und die unerschütterliche Zuversicht an des deutschen Volkes Zukunft müssen uns in den Frieden hinübergeleiten und uns die Achtung vor uns selbst und die Achtung des Auslandes bewahren. Das allein kann der Ton sein, der unserer Presse und unseren Rednern geziemt.

Für das Feldheer und die Besatzungstruppen werde ich von hier aus das weitere veranlassen. Das Kriegsministerium erhält Abschrift mit der Bitte, innerhalb des Heimatheeres in gleichem Sinne zu wirken.

Dieses Telegramm war bereits verfaßt, als die Ausführungen des Staatssekretärs Erzberger für die Norddeutsche Allgemeine Zeitung zu meiner Kenntnis kamen. Ich begrüße diese Ausführungen, in denen der Staatssekretär das Volk auffordert, in einmütiger Geschlossenheit zusammenzustehen. Eine eingehende Beeinflussung des Volkes in der von mir erwähnten Weise muß aber hinzukommen, um eine Stimmung zu erzielen, wie die Stunde sie verlangt. (Nr. 71 233 IV.)

gez. Generalfeldmarschall v. Hindenburg."

Es ist dies das Telegramm, von dem in der Sitzung des Kriegskabinetts vom 16. Oktober, also nach Eingang der zweiten Wilson-Note, gleich die Rede sein wird. Es ist lediglich der

Niederschlag der Gedanken der Obersten Heeresleitung vom 28., 29. September, 2., 3., 9. Oktober gegenüber der Reichsleitung bzw. den Parteiführern des Reichstags und hat mit der zweiten Wilson-Note gar nichts zu tun.

Es ist eine Verschiebung der Verantwortlichkeit, wenn dies alles dem deutschen Volk nicht in diesem Zusammenhang klar dargestellt wird. Ich bedauere, daß ich auf diese Einzelheiten in meinem Buch nicht näher eingegangen bin. Ich hatte eine solche Kampfesart nicht für möglich gehalten.

Nach Weißbuch Nr. 54 wird das Telegramm in einer Sitzung der Staatssekretäre am 16. Oktober wie folgt behandelt:

„**von Payer** wies darauf hin, daß die Oberste Heeresleitung anrege, eine Propaganda für die letzte Verteidigung zu schaffen. Das Kabinett sei der Meinung, daß dazu jetzt n o c h n i c h t*) die Zeit sei. Erst müsse das Kabinett sich entschließen, was auf die Wilsonsche Note geschehen solle. Einstweilen seien öffentliche Versammlungen und Reden über die Lage unerwünscht. Man müsse klar sehen, ob die Truppen aus dem Osten weggezogen werden könnten.

Oberst von Haeften bemerkt, daß Exzellenz Ludendorff morgen in Berlin eintreffen werde. Die Fragen, die ihm zu stellen seien, würden noch mit dem Kriegsministerium präzisiert (s. Anhang unter 2, der Verfasser). Schon jetzt aber bitte die Oberste Heeresleitung, folgende Gegenfragen zu beantworten:

1. Läßt die innere Lage zu, daß sämtliche Truppen vom Osten nach dem Westen gebracht werden, oder besteht die Gefahr, daß der Bolschewismus ins Land kommt?

2. Wird das deutsche Volk, nicht nur die Kreise der Gebildeten, sondern in seinen breiten Massen, in den Kampf bis zum äußersten mitgehen, wenn es das Bewußtsein hat, daß sich dann unsere militärische Lage genügend verstärkt, um das Eindringen der Feinde über die Landesgrenze zu verhindern, oder

---

*) Von mir hervorgehoben. Der Verfasser.

ist die moralische Widerstandskraft so erschöpft, daß diese Frage nicht unbedingt bejaht werden kann? Dabei handele es sich nicht um Zwang, sondern um freien Willen.

(Ich habe über diese beiden Fragen mit Oberst v. Haeften seit dem 9. Oktober dauernd gesprochen. Sie haben mit dem Telegramm der Obersten Heeresleitung vom 14. Oktober unmittelbar nichts zu tun. Oberst v. Haeften stellte auch die Fragen ganz unabhängig davon, allein aus dem Grunde, um das Staatsministerium zu einer klaren Auskunftserteilung anzuregen, als Ergänzung der Fragen, die an mich gerichtet werden sollten. Staatssekretär Solf warf indes in dem Nachfolgenden das Telegramm und die beiden Fragen zusammen und stellt sie als einen Akt hin. Der Verfasser.)

Staatssekretär Solf bezeichnet das Telegramm der Obersten Heeresleitung, das diese Fragen stelle, als ein außerordentlich gefährliches Dokument. Zwischen den Zeilen liege mehr als ein Appell an das deutsche Volk, sich zusammenzuraffen, nämlich der Versuch, die Verantwortlichkeit zu verschieben. Warum sei denn die Stimmung so gedrückt? Weil die militärische Macht zusammengebrochen sei. Jetzt aber sage man: die militärische Macht wird zusammenbrechen, wenn die Stimmung nicht durchhält. **Diese Verschiebung dürfe man nicht zulassen*);** sie paßt schlecht zu den eigenen Worten des Generals Ludendorff, der mit dem Kriegsminister einig gewesen sei, daß eine levée en masse nicht möglich ist. (Ich entnehme nur dieser Äußerung, daß der Staatssekretär Solf am 9. Oktober meinen Ausführungen nicht gefolgt sein kann. Der Verfasser.) Sehr prekär ist auch die zweite Frage, ob man die Truppen auf Gefahr des Bolschewismus vom Osten wegziehen könne. Laute die Antwort nein, so werde

*) Von mir hervorgehoben. Der Verfasser.

die Oberste Heeresleitung behaupten, sie hätte die militärische Lage mit den Verstärkungen halten können. Glaube sie wirklich, daß die geringen Truppen im Osten das Kräfteverhältnis ändern könnten? Man müsse den Generalfeldmarschall bitten, solche Telegramme nicht mehr hierher zu schicken*).

Scheidemann: Die Frage muß mit General Ludendorff auf das eingehendste besprochen werden. Auch ich meine, **daß hier der Tatbestand verschoben werden soll***). Das Telegramm der Obersten Heeresleitung sei allerdings vor Bekanntwerden der Antwort Wilsons abgegangen. Jetzt biete die Empörung der öffentlichen Meinung ihm scheinbar einen Rückhalt. Dies sei auch erklärlich, das dürfe uns aber nicht irre machen, wir müßten versuchen, uns an die Stelle der Gegner zu versetzen und den Tatbestand objektiv zu würdigen . . . . und . . . .

Glaube man wirklich, daß die Neigung im Volke noch groß sei, einen Finger krumm zu machen, um den Kaiser zu halten? . . . . und

Der U-Bootkrieg sollte sogleich aufhören, die paar Schiffe, die man noch versenke, kämen nicht mehr in Betracht.

(Der Staatssekretär Scheidemann ist also nach dem Weißbuch der erste, der recht deutlich die Abdankung des Kaisers bespricht, wie er im Reichstag als erster von ganz Europa das Wort „Revolution" aussprach. Gleichzeitig trat er als erster des Kabinetts „der nationalen Verteidigung" für das Aufhören des U-Bootkrieges ein. Der Verfasser.)

Groeber teilt **die Auffassung des Herrn Solf über das Telegramm der Obersten Heeresleitung***). — Auch er glaubt nicht, daß im Osten viele Truppen verfügbar seien.

Ich kann die Ansicht der drei Staatssekretäre über das Verhalten der Obersten Heeresleitung nur als unverständlich bezeichnen. Sie stellen sich damit auf den gleichen

*) Von mir hervorgehoben. Der Verfasser.

Standpunkt des Rittmeisters, Legationsrats und deutschen Vertreters in Versailles, Herrn Freiherrn v. Lersner. In dieser ernsten Lage werden uns Unterstellungen gemacht, denen wir wesensfremd gegenüberstehen.

Es ist mir der Hergang der Sitzung vom 16. Oktober, um die persönlichen Beziehungen zum Nachteil des Ganzen nicht zu stören, seinerzeit nicht gemeldet worden. Oberst v. Haeften ging so weit, daß er meine Kenntnis des Telegramms vom 14. Oktober bezweifelte, wohl um vermittelnd zu wirken und die Zusammenarbeit weiter zu ermöglichen. Oberst v. Haeften hat damit seine Stellung richtig aufgefaßt. Leider gab es auch Verbindungsstellen — allerdings nicht von der Obersten Heeresleitung abgeordnete — die sich bemühten, eintretende Spannungen zu vertiefen. Ihnen fehlte Verständnis für ihre Aufgabe. Sie haben großen Schaden angerichtet.

Hätte ich die Vorgänge vom 16. Oktober gekannt, so würde ich meine Person gegenüber den Staatssekretären in die Wagschale gelegt haben, um ihre Auffassung zu zerstreuen. Der Generalfeldmarschall hätte ebenso gehandelt.

Ich kann hier nur nochmals feststellen:

Der Generalfeldmarschall und ich handelten in bezug auf die Fortsetzung des Kampfes und den Aufruf des Volkes in ein und demselben Gedankengange stetig weiter. Die Reichsregierung schwenkte ab oder ging, um mit ihren Worten zu sprechen, zurück, als es galt, aus den Worten die Tat zu formen. Dies wurde nötig, als wir erkannten, daß uns vor Einstellung der Feindseligkeiten eine wirksame Waffe aus der Hand geschlagen werden sollte und wir nun doch vor einem Gewaltfrieden ständen.

Das ist also der Versuch der Obersten Heeresleitung, die Verantwortlichkeit zu verschieben!

Ich frage die damaligen Staatssekretäre des weiteren laut vor aller Welt: Halten

sie meiner Stellungnahme in der großen Sitzung am 17. Oktober gegenüber der Frage, ob die Truppen aus dem Osten weggezogen werden könnten, die unerhörte Verdächtigung aufrecht, die in den von ihnen gebilligten Worte des Staatssekretärs Solf liegt:

„Laute die Antwort nein, so würde die Oberste Heeresleitung behaupten, sie werde die militärische Lage mit den Verstärkungen (aus dem Osten. Der Verfasser.) halten können." —?

Sprach ich einem Wegziehen der Truppen aus dem Osten wirklich das Wort? Ich hielt doch tatsächlich in jener Sitzung nicht einen Mann daselbst für entbehrlich. War denn den Staatssekretären nicht bekannt, daß ich bereits am 9. in ihrer Gegenwart die gleiche Frage berührt hatte? Sie war jetzt nur eine Wiederholung der früheren. Was war, um mit dem Staatssekretär Solf zu sprechen, „Gefährliches" daran?

Im übrigen gaben die Staatssekretäre in der Sitzung am 16. Oktober meiner Kriegführung das beste Zeugnis. Es waren eben nur noch wenige Kräfte im Osten.

Ist den Staatssekretären nicht bekannt, daß trotzdem damals in Berlin die Gerüchte gingen, ich zersplittere die Kräfte, um Welteroberungsplänen nachzugehen. Mußte das nicht das Vertrauen zur Obersten Heeresleitung im Heer und Volk zerstören, das Vertrauen, auf das in dieser kritischen Lage so unendlich viel ankam?

Wenn Staatssekretär Scheidemann am 17. Oktober nach Nr. 55 des Weißbuchs ausführt:

„In Arbeiterkreisen sei das Vertrauen auf Ludendorff nicht erst jetzt erschüttert worden, sondern es fehle schon seit Jahr und Tag; nicht sowohl militärisch, als vielmehr politisch, da habe er einen ganz schlechten Ruf,"

so zeigt das nur die Hetze, die gegen mich als Vertreter der Autorität in seiner Partei getrieben wurde. Sonst lag keinerlei Grund vor. Alles was von meiner Stellung gegen die Arbeiter behauptet wird, ist Unwahrheit durch und durch. Sie standen

doch im Felde und erkämpften glänzende Siege und arbeiteten daheim für das Heer und das Vaterland! Nur gegen Pflichtwidrigkeiten wandte ich mich, die den Endsieg in Frage stellten, ob das an der Front oder in der Heimat war, war mir gleich. Ich stand damals aus voller Überzeugung, wie heute, auf dem Standpunkt der Dienst- und Arbeitspflicht. Ich meinte, daß wie der Soldat am Feinde, auf Grund der allgemeinen Wehrpflicht, seinen schweren Aufgaben zu entsprechen hatte, der Deutsche daheim erst recht, ohne irgendwelchen Unterschied der Berufe und sogenannten Stände, ob reich ob arm, zu arbeiten und seine Schuldigkeit gegenüber dem Vaterlande zu tun habe. Ich verwarf Streiks als das Heer und das Vaterland schädigend. Brauchte der Staat in früheren Jahren zum Kriegführen Geld, nochmals Geld und wiederum Geld, so brauchte er jetzt Arbeit, nochmals Arbeit und wiederum Arbeit, wie es nun auch im Frieden ist. Ich erwartete damals von der Regierung, daß sie nun den Arbeitnehmern klar machen werde, daß die Interessen des Vaterlandes mit den ihrigen übereinstimmen. Das hätte ihr gelingen müssen. Ich sehe keinen Unterschied zwischen den Interessen des Ganzen und denen der einzelnen Berufe und der einzelnen. Die letzteren können auf die Dauer nur gewahrt werden, wenn denen des Ganzen entsprochen wird. Die Wechselwirkung ist hier vollkommen. Nur wer arbeitet, für den kann der Staat sorgen. Drohnen, die auf seine Kosten leben, darf er nicht dulden. Sonst nimmt er sich selbst die Lebensmöglichkeit. Ist keine Gelegenheit zur Arbeit vorhanden, so hat der Staat zu helfen und sie zu schaffen. Arbeitspflicht muß die Wehrpflicht ersetzen, darüber hinaus dem Arbeitszwang eine Gegenleistung entgegengestellt werden. Der Staat bedarf, um sich und damit seine Angehörigen zu erhalten, deren volle, durch nichts behinderte Kraft, volle Arbeitsleistung und dazu freie Betätigung des einzelnen. Andererseits ist die Sorge des Staates für seine Angehörigen eine soziale und ethische Pflicht. Wo die Interessen der Berufe eines Ausgleichs bedürfen, ist dieser zu fördern und voraus-

schauend herbeizuführen. Die Regierung hatte und hat gegenüber einseitigen Anschauungen die schwere Aufgabe, mit allen Mitteln und mit Hilfe berufsständischer Vertretung diesen einfachen Grundsätzen Geltung zu verschaffen. Sie hat immer wieder zu betonen, daß Arbeit Pflicht ist, dringende Pflicht, der sich niemand entziehen, deren Erfüllung aber auch keiner erschweren darf. Nur wer arbeitet und die Arbeitslust fördert, nützt dem Staat, und er tut dies um so mehr, je mehr er schafft, je verständnisvoller er den sozialen und wirtschaftlichen Problemen gegenübersteht. Diese Leistungen setzen sich für den einzelnen in Verdienst um. Sie müssen getragen werden von etwas Höherem, das ist das Bekennen zu gemeinsamen Interessen, zum gleichen Vaterland, das Recht und Ordnung und damit die Grundlage jeder Arbeit und jeden Verdienstes sicherstellt. Die Liebe zum Vaterlande muß den Verdienst adeln.

Die Hingabe an das Vaterland auch in der Heimat erschien mir um so gesicherter, als doch draußen am Feinde Deutsche aller Parteien und Berufe sowie aller religiösen Bekenntnisse in gleicher Lebensgefahr Schulter an Schulter standen. Dieses Zusammengehörigkeitsgefühl, so hoffte ich, mußte sich — auch für die Zeit nach dem Kriege — auf die Heimat übertragen. Im Schützengraben gab es keinen Unterschied zwischen Konservativen und Demokraten, zwischen Protestant und Katholik, Bürger und Arbeiter, arm und reich. Dort gab es nur Soldaten in Feldgrau. Das Bekenntnis, dem Vaterlande zu dienen, war die Pflicht des Deutschen. Nationale Arbeit, weiter nichts, verlangte die Oberste Heeresleitung von den Arbeitern zum Besten des Mannes im Schützengraben, zum Besten jedes Deutschen. Es handelte sich um Wohl und Wehe des gesamten Vaterlandes. Heute, in der Not, haben diese Gedanken Boden gewonnen. Erst unser Zusammenbruch hat viele belehrt. Einsichtige sahen klarer, sie waren keine Arbeiterfeinde, sondern die wahrhaften Arbeiterfreunde! Wie dem nun auch sei, der ganze Umfang der gegen mich betriebenen Hetze war mir bis zum 9. November

verborgen geblieben. Wohl aber konnte mir nicht entgehen, daß mit allen Mitteln gegen mich gearbeitet wurde, um das Vertrauen zu mir zu untergraben. Es war meine dienstliche Pflicht geworden, aus meiner Zurückhaltung herauszutreten und dem entgegenzusteuern. Darum mußte ich eine Klarstellung in bezug auf die Verwendung der Truppen im Osten herbeiführen.

Ich war mir stets bewußt, daß die Maßnahmen der Obersten Heeresleitung nach jeder Richtung hin durch die militärische Lage begründet waren, und daß die Regierung denselben Standpunkt einnehmen würde wie der Reichskanzler Graf Hertling im Februar des Jahres.

Wie sehr sich aber Vorurteile festsetzen, geht daraus hervor, daß der erste Reichskanzler der Deutschen Republik, Herr Bauer, trotzdem er die Vorgänge aus dem Weißbuch kennen mußte, mir in der Nationalversammlung Verzettelung der Kräfte vorwarf und mich in diesem Zusammenhang den größten Volksverderber genannt hat, ohne daß ihn der dazu berufene preußische Kriegsminister berichtigte.

Ich sehe aus dem Weißbuch, daß viele meiner früheren Bekannten in jenen Tagen an mir irre geworden sind. Erfreulich ist eine solche Entdeckung nicht. Ich hatte gehofft, daß Männervertrauen fester wäre. Jetzt wo ich die ganze beispiellose Verhetzung gegen mich kenne, kann ich aber auch darüber kaum noch erstaunt sein. Diese Hetze diente zuguterletzt allein dazu, einen Mann zu verdächtigen, der dem Feinde an der Front und dem Umsturz daheim als der gefährlichste Gegner galt.

B.

Um Mitte Oktober kam nach Eintreffen der zweiten Wilsonnote, die in verblümten Worten die Einstellung des U-Bootkrieges forderte, die Zeit, um, nach den Worten des Prinzen Max, über den Endkampf um Leben und Tod nun wirklich *Klarheit* zu gewinnen. Nach dieser Note mußte

für tiefblickende Männer jede Hoffnung auf Wilson schwinden. Sie sahen nur noch zwei Wege vor sich liegen: Weiterkampf oder Kapitulation. Es war nicht mehr zu bezweifeln, daß Clemenceau und Lloyd George stärker wären als Wilson und daß damit die 14 und die übrigen Punkte Wilsons eine Mißdeutung erfahren würden, die zu einem Frieden führten wie später in Versailles.

Die Regierung konnte um so weniger im unklaren sein, als ihr das Telegramm Nr. 49 des Weißbuchs, aus dem Haag vom 15. Oktober, 1 Uhr 20 Min. nachmittags, bekannt war.

Nr. 49 des Weißbuchs lautet:

„Sir Francis Oppenheimer (Also gewiß eine gute Quelle. Der Verfasser.) in Hoek, der auf Abfahrt nach England, aus Furcht torpediert zu werden, wartet, erklärte in engem Kreise folgendes:

Lloyd George wünsche noch zwei Monate Krieg, weil dann Deutschland derartig besiegt sei, daß es annehmen müsse, was man ihm auferlegen werde. Er will daher Bedingungen stellen, die Deutschland nicht annehmen könne; es sind die in den Sonntagmorgenblättern aufgeführten: Besetzung von Metz, sowie der Rheinbrückenköpfe, Abrüstung der Flotte, Übergabe der Unterseeboote usw. (An die Auslieferung der Flotte dachte also damals sogar Lloyd George nicht. Der Verfasser.) Er erwartete in Deutschland nach Ablehnung eine levée en masse (Also derselbe Gedanke wie ihn Herr Walter Rathenau hatte. Der Verfasser.) und Kampf bis aufs Messer. Doch werde dieser Endkampf nur 14 Tage währen, worauf Zusammenbruch erfolge. England verstehe unter Abschaffung der Autokratie die Abdankung des Kaisers.

gez. Maltzan."

Hatte Lloyd George nicht schon genug Beweise seines Willens abgelegt, um nach diesem Telegramm erkennen zu lassen, wie der „Rechtsfrieden" und der Frieden „der Gerechtigkeit" aussehen würde, von dem der Reichskanzler in

seiner Reichstagsrede vom 22. Oktober und die vierte deutsche Note an Wilson vom Ende Oktober würdelos sprechen?

Über nichts kann das deutsche Volk sich wundern, wenn seine berufenen Vertreter einen Frieden nach den unendlich harten 14 Punkten Wilsons einen „Rechtsfrieden" und einen Frieden der „Gerechtigkeit" nennen. Wenn wir ohne Widerspruch Bedingungen auf uns nehmen, die Lloyd George für unannehmbar ansieht. Was mußte der Feind daraus schließen? Wie mußte es seine Begehrlichkeit steigern? Eine in weltfremden und der realen Wirklichkeit nicht Rechnung tragenden Anschauungen befangene Regierung konnte die Gefahren nicht sehen, denen das deutsche Volk sich durch einen Frieden auf Gnade und Ungnade aussetzte.

Für die breiten in dem pazifistischen Wahne des Verständigungsfriedens und revolutionärer Ideen betörten Massen war das erst recht nicht ersichtlich. Für sie fehlte noch das klare Merkmal des ungeheuren Ernstes der Lage. Noch konnten sie sich hinter Ausflüchten verschanzen und sich und andere weiter belügen und betören. Eine öffentliche, richtige Auslegung der zweiten Wilsonnote und die Bekanntgabe des Telegramms aus dem Haag hätten genügt, um dem Volke die Augen zu öffnen, es auf das Schlimmste vorzubereiten und dann die Volkskräfte frei zu machen, um Lloyd Georges Hoffnungen zu vereiteln, wie sie schon so oft zusammengebrochen waren dank der Tapferkeit des Heeres.

Die Reichsleitung schwankte. Befangen in ihrer Idee des Friedens „der Gerechtigkeit", fand sie keinen Entschluß.

Die Vorbemerkung des Weißbuchs schreibt:

„Es war zwar schon damals, besonders nach dem Ton der letzten Note (Zweite Wilsonnote. Der Verfasser.) zu befürchten, daß Wilson später seine Grundsätze verletzen oder die Verletzung dulden würde. Aber da die Note selbst eine klare Verletzung noch nicht enthielt, hätte man sich im Falle des Abbruchs der Verhandlungen auf einen klaren Wortbruch nicht berufen können. Daher wäre ein Aufruf zum Endkampf nach der Auf-

fassung der Reichsleitung, auch wenn man sich dazu entschließen wollte, auf die Dauer ohne Kraft gewesen."

Bei diesem Gedankengange wäre es Pflicht der Regierung gewesen, festzustellen, ob ihre Befürchtungen berechtigt waren, daß nämlich Wilson seine Grundsätze verletzen oder die Verletzung dulden werde, und daß wir demnach, nach dem Weißbuch, mit einem Wortbruch Wilsons zu rechnen haben würden. Forderte nicht das Telegramm aus dem Haag noch besonders dazu auf? Es ist aber eigenartig zu sehen, wie der Obersten Heeresleitung mißtraut, Wilson aber getraut wird. Die Reichsregierung betritt — trotz ihrer Kenntnis von den Absichten Lloyd Georges und ihres Mißtrauens gegenüber Wilson — die abschüssige Bahn.

Sie versäumt, in der Antwort auf die zweite Wilsonnote, auf endgültige Klarheit zu dringen.

Sie versäumt, Vorsorge zu treffen, den Endkampf um Leben und Tod für den Fall vorzubereiten, daß das deutsche Volk mit dem Wortbruch des Präsidenten Wilson — nach den Worten des Weißbuchs — als mit einer unumstößlich feststehenden Tatsache rechnen mußte.

Nach Weißbuch Nr. 57 und 58, die ich im Anhang unter 3 und 4 wiedergebe, bewegen sich die Vorschläge der Obersten Heeresleitung in der großen Sitzung am 17. Oktober mit zwingender Logik in dem durch die Lage gegebenen Gedankengang:

„Nicht kurzer Hand mit Wilson abbrechen. Im Gegenteil: »Sagt doch mal, was sollen wir eigentlich tun? Wenn du etwas gegen unsere nationale Ehre verlangst, uns kampfunfähig machen willst, dann heißt es allerdings: Nein.«

Oder:

„Die Note müsse jetzt der Prüfstein sein, ob er (Wilson) es ehrlich meint und ob er auch die Macht hat, seinen Willen durchzusetzen."

Diese einfachen Worte waren die Folge, die ich aus der Lage für die Führung unserer äußeren Politik im Interesse des deutschen Volkes und des deutschen Heeres zog. Volk und Heer mußten für den Weiterkampf befähigt werden. Das Heer dürstete nach Zuschuß an Kraft. Diesen Zuschuß hätte das Heer auch nach dem Weißbuch erhalten können, wenn gehandelt worden wäre:

Der Kriegsminister entwarf am 17. Oktober ein besseres Bild der Ersatzlage. Vor allem äußerten sich aber der Vizekanzler v. Payer, der Staatssekretär Haußmann günstig über die Möglichkeit eines Stimmungsumschwunges in der Heimat, hierauf kam es auch für das Heer so wesentlich an.

Nach Weißbuch Nr. 57 erklärte Staatssekretär Haußmann:

„Wenn wir auf die Stimmung abstellen, so stellen wir auf einen sehr labilen Faktor ab. Kein Zweifel ist, daß das Parlament den Appell an das Volk in der allerstärksten Weise ergehen lassen wird und auch eine starke Wirkung erzielen kann. Wie lange, wieviel Wochen, wieviel Tage, hängt von dem Verlauf der nächsten Ereignisse ab. Die Bevölkerung ist nämlich erst durch den scharfen Ton der Wilsonnote vor den ganzen Ernst der Lage gestellt worden. Daraus ergibt sich ein großer Widerspruch der Stimmung. Man könnte sie haben, wenn unverschämte Forderungen, die in der Note zwischen den Zeilen zu lesen sind, deutlich hervorträten. Wieviel Tage haben wir nach dem Bedürfnis der Armee noch frei zum Führen der Verhandlungen? Davon hängt der Ton der Verhandlungen ab."

Ich erwiderte hierauf:

„Wenn die Armee über die nächsten vier Wochen hinüberkommt und es in den Winter geht, so sind wir „fein heraus". Wenn es gelingt, die Stimmung während dieser vier Wochen zu heben, würde das von außerordentlichem militärischen Werte sein."

Vizekanzler v. Payer sagte:

„Ich sehe nicht so schwarz wie Exzellenz Scheidemann. Man muß da unterscheiden. Ich erinnere an die Stimmung des Sommers. Kein Mensch hat da gezweifelt, daß wir schließlich als Sieger aus dem Kriege herausgehen. Aber der Krieg war dem Volk sehr verleidet, und die Stimmung war deshalb schlecht. Trotzdem dachte niemand daran, daß wir zugrunde gehen könnten.

Als wir die erste Note schickten, haben sich die Leute gefragt, was ist los? Es scheint doch nicht so gut zu sein. Bald wurde die Stimmung unsicher. Als nun die zweite Wilsonnote kam, da ist die Stimmung zusammengeklappt, und man hat gesehen, daß es uns ans Leben geht. Aber auch diese Stimmung schlug wieder um: Bei der Erkenntnis, daß wir als Nation vor allem auch wirtschaftlich zugrunde gerichtet werden sollen, überlegte sich jeder: müssen wir das erdulden oder gibt es noch eine Möglichkeit, das abzuwenden? Wenn wir den Leuten sagen: es gibt noch eine Möglichkeit, das abzuwenden, wenn ihr nur durchhaltet. Wenn ihr aber nicht noch ein paar Wochen halten könnt, dann müßt ihr damit rechnen, daß Deutschland halb und halb aus dem Kreise der Nationen ausgestrichen wird. Ihr müßt mit einer Belastung durch Entschädigungen rechnen, die uns erdrücken wird, — dann könnte man sie noch einmal hoch bekommen.

Wenn es gelingt, die Note so zu fassen, daß die Bevölkerung die Sicherheit entnimmt, wir sind zwar in einer schweren Lage, aber wir werfen die Flinte nicht ins Korn, — dann ist noch nicht alles verloren."

Ich entgegnete: „Der Vizekanzler hat mir aus der Seele gesprochen. Es fragt sich nur: wie schaffen wir's? Da kann ich nur die Bitte wiederholen: Packen Sie das Volk, reißen Sie es hoch. Kann das nicht Herr Ebert tun? Es muß gelingen."

Ich habe diesen Worten noch heute nichts hinzuzufügen. Über den Präsidenten Ebert enthalte ich

mich des Urteils, das wird in einigen Jahren die Weltgeschichte sprechen*).

Ich will noch hervorheben, daß die Generale v. Gallwitz und v. Mudra, die am 28. Oktober nach meinem Abgang nach Berlin berufen wurden, sich in demselben Sinne ausgesprochen haben, wie ich es über das Weiterkämpfen tat. Ein Teil der Staatssekretäre stand mit mir auf gleichem Boden. Die Staatssekretäre Scheidemann und Solf waren anderer Ansicht. Letzterer warf mir am 17. Oktober Stimmungsumschwung vor und meinte dabei, wie ich jetzt erkenne, Verschiebung der Verantwortlichkeit. Damals stand ich dem verständnislos gegenüber, da ich über die Vorgänge am 16. Oktober in Berlin nicht klar sah — Seite 15 dieses Hefts —. Ich weise auch auf Anhang unter 3 hin.

In der Sitzung der Staatssekretäre vom 19. Oktober nachmittags versagte die hochgemute Stimmung, die die große Sitzung am 17. bei einigen Staatssekretären hervorgerufen hatte. Oberst v. Haeften hatte mir noch am 19. vormittags hoffnungsfreudig gemeldet. Dem Staatssekretär Solf gelang es am Nachmittage, nach dem Weißbuch, mit Hilfe der Gesandten Rosen, Graf Rantzau und seines Freundes Graf Wolff-Metternich, der, obschon Privatmann, an der Sitzung teilnahm,

---

*) Leider hat sich auch Herr Ebert der persönlichen Verunglimpfungen meiner Person nicht enthalten. Wie ich aus den Zeitungen nach der Revolution entnommen habe, hat er meine Reise nach Schweden, obschon ich Privatmann war, als Flucht, mich als einen Feigling hingestellt. Die Hetze gegen meine Person in den Revolutionstagen war soweit gegangen, daß ich eine Gefahr für diejenigen geworden war, die mich aufnahmen. Ich ließ den Volksbeauftragten Ebert durch den Kriegsminister um Schutz für diese und auch für meine Person und, falls er dies nicht gewähren könne, um Erleichterung meiner Ausreise ersuchen. Schutz zu leisten erklärte er sich außerstande, so erhielt ich meinen Paß. Ich mußte Ruhe finden, um meine Kriegserinnerungen niederzuschreiben und damit einen Stein zu liefern für den Aufbau des Vaterlandes. Dies hätte mir die Heimat nicht gestattet. So nahm ich das Schwere auf mich. Herr Ebert aber wußte, als er mich bewarf, wie die Hergänge waren.

die Stimmung umzuwerfen. Das Protokoll über die Sitzung fehlt. Es ist keins vorhanden: eine Ungeheuerlichkeit gegenüber der Tatsache, daß von mir jedes Wort ängstlich protokolliert wird und Vizekanzler v. Payer sich mehrmals ausdrücklich danach erkundigt, ob dies auch geschehen sei. Kein deutscher Mann kann sich unter diesen Umständen mit dem Fehlen dieses Protokolls abfinden. Der Obersten Heeresleitung wurde damals gesagt, die Regierung sei der Ansicht, durch Fallenlassen des U-Bootkrieges Wilson zu befähigen, um uns gegenüber den Militärs der Entente vor entehrenden Waffenstillstandsbedingungen zu bewahren. Wir Militärs sahen damals aber mehr in Lloyd George und Clemenceau unsere Gegner, als in den feindlichen Generalen, denen wir mehr Ehrfurcht vor unseren Leistungen zutrauten. Später erkannte ich, daß ich mich in den feindlichen Militärs getäuscht habe.

Das **Weißbuch gibt in seiner Vorbemerkung** keinen genügenden Aufschluß über die Gründe zu der schwächlichen Haltung der Regierung. Es schreibt:

„Das Verlangen auf Räumung und auf Einstellung des U-Bootkrieges, die allgemein gehaltenen Forderungen auf Demokratisierung (Daß hierunter die bestimmte Forderung: Absetzung des Kaisers zu verstehen war, wußte nach dem Telegramm aus dem Haag die Reichsregierung. Der Verfasser!) waren nach der Ansicht des Reichskanzlers (d. h. doch der Regierung und der Mehrheitsparteien. Der Verfasser!) bei aller Schwere keine Gründe, die, nachdem einmal die Verhandlungen über einen Wilsonfrieden eröffnet waren, das deutsche Volk, das zum größten Teil Demokratisierungen in mehr oder weniger entschiedenem Umfange selbst wünschte, zu dem furchtbaren letzten Kampf auf die Dauer erheben konnten."

Ich kann das deutsche Volk nur fragen, was war und ist furchtbarer, den Endkampf aufzunehmen oder jetzt dem Frieden von Versailles zu erliegen? Damals allerdings war ja die Demokratisierung Deutschlands das Wichtigste, man trieb wieder einmal nur innere Politik und dabei ohne klare Überlegung

in die Katastrophe hinein, wie es unser Unglück während des ganzen langen Krieges war.

Sagt doch Staatssekretär Gröber nach Weißbuch 54 am 16. Oktober: „Was habe es für einen Zweck, wenn das Kabinett sich abmühe, Mittel zur Besserung der Lage (nach dem ganzen Zusammenhang: Kriegslage. Der Verfasser.) zu finden, und dann die wichtigsten Punkte (nach dem Zusammenhang: eine allgemeine Amnestie und Begnadigung Liebknechts. Der Verfasser.) nicht durchgeführt würden."

Ich frage das deutsche Volk, was waren am 16. Oktober die wichtigsten Punkte?

Das Weißbuch fährt fort:

„Dazu kamen drittens allgemeine Erwägungen. Durch den, auch nach der jetzigen Meinung Ludendorffs, wenig aussichtsvollen Kampf*) würde mit Sicherheit Tod und Elend weiter schrecklich gewütet haben. Die Zahl der unglücklichen schwer Kriegsverletzten hätte sich nutzlos vermehrt.

Die Zerstörung Belgiens und Nordfrankreichs durch die Kämpfe und durch einzelne, auch bei Milderung der zuletzt geübten Praxis, unvermeidlich bleibende Eingriffe auf dem Rückzug würde fortgesetzt und die Verwüstung in das eigene Land getragen sein. Die materielle Last hätte sich ins unendliche gesteigert. Übrigens mußten auch Frankreich und Belgien die mit dem Vormarsch in jedem Fall verbundenen weiteren Zerstörungen scheuen. Darin erblickte die Reichsleitung eine Stärke der momentanen politischen Lage; denn diese Gegner hatten dadurch auch ihrerseits ein Interesse an sofortigem Waffenstillstand, mehr als etwa nach dem Erreichen der deutschen Grenze."

Das letztere war auch meine Ansicht; ich sah allerdings hierin keinen Grund zum Nachgeben, sondern zum tatkräftigen Auftreten gegenüber der Entente. Daß das Weißbuch hiermit die Haltung der Reichsregierung begründen kann, ist mir ein

*) Von mir hervorgehoben. Der Verfasser.

Zeichen ihres unklaren Denkens beim Suchen nach Gründen zu ihrer Entlastung.

Mit dem gleichen Federstrich wird mir durch die Worte: „durch den, auch nach der jetzigen Meinung Ludendorffs wenig aussichtsvollen Kampf" die Verantwortung zugeschoben. Ich sagte ganz anderes und komme hierauf später bei der Darstellung der Kriegslage (Seite 41 dieses Hefts).

Noch zwei Bemerkungen:

Auch die Oberste Heeresleitung hatte am 3. Oktober auf die Verluste hingewiesen, die bei Fortsetzung des Krieges entstünden. Damals wurde ihr deshalb der Vorwurf des Drängens gemacht. Sie hat stets Verluste gemindert, soweit es ihr nur möglich war. Auch jetzt beseelte sie dasselbe Streben. Erst in Erkenntnis von Deutschlands Vernichtung forderte sie aus Verantwortung vor dem lebenden und dem nachkommenden Geschlecht den Weiterkampf.

Das Weißbuch spricht endlich von einer Milderung unserer Praxis bei den Zerstörungen während des Rückzuges. Die Reichsregierung hält hiernach die Zerstörungen über das notwendige Maß hinausgehend. Diesem widerspreche ich auf das entschiedenste. Wir hielten uns in den Grenzen, die uns die Kriegslage vorschrieb. Sollen noch mehr deutsche Männer dem Feinde ausgeliefert werden?

Mit der letzten traurigen Feststellung bin ich aus meinem Gedankengang herausgetreten. Ich komme wieder zu ihm zurück.

Die Reichsleitung verfolgte nicht den Weg, den die Oberste Heeresleitung am 17. Oktober vorschlug und den der Reichskanzler in seiner Rede vom 5. Oktober vorgezeichnet hatte, und ließ den U-Bootkrieg fallen.

Noch einmal warnten der Generalfeldmarschall und ich.

Am 20. Oktober ging 1 Uhr nachmittags — nicht nachts, wie im amtlichen Weißbuch steht — folgendes Telegramm nach Berlin: Weißbuch 63:

„Die Lage hat sich nicht geändert. Die Türkei hat Sonderverhandlungen begonnen. Österreich-Ungarn wird bald folgen. Wir werden sehr bald in Europa allein dastehen. Die Westfront ist in größter Anspannung. Ein Durchbruch bleibt möglich, wenn ich ihn auch nicht befürchte. Durch Absetzen vom Feinde in Belgien und Zuführen des zugesagten Ersatzes könnte ein nachhaltiger Widerstand organisiert werden, der den Kampf an der Westfront in die Länge zieht und uns zwar nicht den ausgesprochenen Sieg beschert, wohl aber uns vor dem Äußersten bewahrt. Aber selbst wenn wir geschlagen würden, stünden wir nicht wesentlich schlechter da, als wenn wir jetzt schon alles annähmen.

Es ist die Frage zu stellen: Will das deutsche Volk um seine Ehre nicht nur in Worten, sondern tatsächlich bis zum letzten Mann kämpfen und sich damit die Möglichkeit des Wiedererstehens sichern, oder will es sich zur Kapitulation und damit zum Untergang **vor** der äußersten Kraftanstrengung drängen lassen?

Mit der durch das Zugeständnis der Note bewirkten Preisgabe des U-Bootkrieges ohne jede Gegenleistung beschreiten wir den letzteren Weg.

Wir würden zudem auf die Stimmung der durch die harten Kämpfe schwer geprüften Armee äußerst ungünstig einwirken. Ich kann daher der Note in diesem Punkte nicht zustimmen. Muß die Regierung, falls sie sich dieser Ansicht anschließt, damit rechnen, daß die Verhandlungen mit Wilson scheitern, so muß sie entschlossen sein, den Kampf bis zum letzten Mann unserer Ehre halber auszukämpfen.

Ich kann mir trotz der ungemein schweren

Lage der Armee keinen anderen Weg denken und hoffe fest, daß die Regierung für diesen schweren Entschluß das ganze Vaterland hinter sich haben wird."

Die Regierung war außer sich, daß die Oberste Heeresleitung ihrer Note nicht zustimmte. Sie sah darin eine Illoyalität. Sie schien doch auf „völlige Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung" dem Reichstag und Volk gegenüber höchsten Wert zu legen und drohte mit Abdanken. Außerdem beging sie die unbegreifliche Inkonsequenz, den Kaiser zu fragen, den sie selbst aller Rechte entkleidet hatte. Der Kaiser trat ihr bei. Nun versuchte sie die Oberste Heeresleitung zu bewegen, die Bedenken gegen die Preisgabe des U-Bootkrieges fallen zu lassen. Noch arbeiteten wir in Spaa an dieser Frage, ohne zu einem Ergebnis gelangt zu sein, als die Reichsregierung zu der Feststellung kam, die Oberste Heeresleitung sei keine politische Stelle, die Regierung allein habe die Entscheidung. Und doch spricht dieselbe Regierung von Verschiebung der Verantwortlichkeit, sobald wir nicht gewillt sind, von dem geraden Wege abzuweichen, den die Regierung selbst als den richtigen bezeichnet hatte.

Die Verhandlungen mit dem Feind hatten begonnen, sogar auf Antrag der Obersten Heeresleitung. Ein Abbrechen der Verhandlungen war unser gutes Recht und ein Erheben des deutschen Volkes Mitte Oktober möglich!

Das Heer blieb in seiner seelischen und physischen Not ohne Kraftzuschuß aus der Heimat. Wenn es trotzdem standhielt, so ist dies ein Zeichen seines durchschnittlich noch immer hohen inneren Wertes. Naturgemäß mußte seine Kraft immer mehr schwinden. Anders wäre es gewesen, wenn es neuen Antrieb und neuen Kraftzuschuß aus der Heimat erhalten hätte und zwar nicht erst im Oktober, sondern erheblich früher. Was hätte dann das Heer wohl geleistet!

C.

Die dritte Wilsonnote vom 23. Oktober, Weißbuch Nr. 76, traf in Berlin ein. Sie enthielt folgende Sätze:

„Er (Der Präsident Wilson. Der Verfasser.) hält es aber für seine Pflicht, neuerdings zu erklären, daß der einzige Waffenstillstand, den ihnen (den den Vereinigten Staaten verbündeten Mächten) zur Erwägung vorzuschlagen er sich für berechtigt erachten würde, ein solcher wäre, der die Vereinigten Staaten und die mit ihnen assoziierten Mächte in einer Lage lassen würde, in der sie jeder Abmachung, welche getroffen werden müßte, genügend Kraft beizusetzen vermögen, um eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich zu machen.

Der Präsident hat infolgedessen seine Korrespondenz mit den gegenwärtigen deutschen Behörden den Regierungen, mit denen die Regierung der Vereinigten Staaten als kriegführende Macht assoziiert ist, mit dem Vorschlag übermittelt, falls diese Regierungen geneigt sind, den Frieden zu den angebotenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, ihre militärischen Ratgeber und die der Vereinigten Staaten einzuladen, den gegen Deutschland assoziierten Regierungen die notwendigen Bedingungen für einen Waffenstillstand zu unterbreiten, der die Interessen der betreffenden Völker völlig wahren und das unbeschränkte Recht der assoziierten Regierungen zur Sicherung der Einzelheiten des Friedens gewährleisten würde, mit denen die deutsche Regierung sich einverstanden erklärt hat, vorausgesetzt, daß sie einen Waffenstillstand für möglich halten. Die Annahme dieser Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland wird den besten konkreten Beweis dafür bringen, daß es die Bedingungen und Grundsätze des Friedens annimmt, aus denen die ganze Aktion ersprießt."

Das war die ausgesprochene militärische und politische Kapitulation auf Gnade und Ungnade. Wir konnten nicht mehr zweifeln, daß jetzt auch

die Reichsregierung und das ganze deutsche Volk das wirklich erkennen würden. Bei uns herrschte volle Klarheit über die Bedeutung dieser Note, wie vorher über die zweite Wilsonnote, und zum Unglück des deutschen Volkes hat unsere Auslegung der beiden Wilsonnoten recht behalten. In tiefer vaterländischer Erregung, nicht „wild", wie der Rittmeister, Legationsrat, Vertreter der Deutschen Republik in Versailles, Herr Frhr. v. Lersner, in seinen Ausführungen vom 25. Oktober 1918 es nennt, fordern der Generalfeldmarschall und ich die Fortsetzung des Kampfes.

In der leider falschen Anschauung befangen, daß nun auch die Reichsregierung an den Weiterkampf dächte, erließ der Generalfeldmarschall am 24. abends folgendes Telegramm:

„Zur Bekanntgabe an alle Truppen.

Wilson sagt in seiner Antwort, er wolle seinen Bundesgenossen vorschlagen, in Waffenstillstandsverhandlungen einzutreten. Der Waffenstillstand müsse aber Deutschland militärisch so wehrlos machen, daß es die Waffen nicht mehr aufnehmen könne. Über einen Frieden würde er mit Deutschland nur verhandeln, wenn dieses sich den Forderungen der Verbündeten in bezug auf seine innere Gestaltung völlig füge; andernfalls gebe es nur die bedingungslose Unterwerfung.

Die Antwort Wilsons fordert die militärische Kapitulation. Sie ist deshalb für uns Soldaten unannehmbar. Sie ist der Beweis, daß der Vernichtungswille unserer Feinde, der 1914 den Krieg entfesselte, unvermindert fortbesteht. Sie ist ferner der Beweis, daß unsere Feinde das Wort »Rechts-

frieden« nur im Munde führen, um uns zu täuschen und unsere Widerstandskraft zu brechen. Wilsons Antwort kann daher für uns Soldaten nur die Aufforderung sein, den Widerstand mit äußersten Kräften fortzusetzen. Wenn die Feinde erkennen werden, daß die deutsche Front mit allen Opfern nicht zu durchbrechen ist, werden sie zu einem Frieden bereit sein, der Deutschlands Zukunft gerade für die breiten Schichten des Volkes sichert.

Im Felde, den 24. Oktober, abends 10 Uhr.

gez. v. Hindenburg."

Das Telegramm wurde angehalten, als die Oberste Heeresleitung die wirklichen Gedanken der Reichsleitung erfuhr. Es erreichte nur teilweise die Front; da, wo es die Truppen erhielten, wirkte es wie eine seelische Befreiung von unerträglichem Druck.

Das Weißbuch bringt in seiner Vorbemerkung über die Vorgänge jener Tage nur folgendes:

„In der dritten Note Wilsons vom 23. Oktober 1918 (Nr. 76), wiederholt der Präsident den Hinweis auf seine Botschaft vom 18. Januar 1918 und seine folgenden Botschaften. Er teilt mit, daß er den anderen Regierungen vorgeschlagen habe, falls sie geneigt seien, den Frieden zu den angebotenen Bedingungen und Grundsätzen herbeizuführen, den Waffenstillstand einzuleiten, und fügt hinzu:

»Die Annahme dieser Waffenstillstandsbedingungen durch Deutschland wird den besten konkreten Beweis dafür erbringen, daß es die Grundsätze des Friedens annimmt, denen die ganze Aktion entspringt.«

Die Note endet mit längeren Ausführungen, in denen der Präsident nochmals Zweifel über die inneren Machtverhältnisse in Deutschland äußert."

Warum verschweigt das Weißbuch in seiner Vorbemerkung den wesentlichen Inhalt der dritten Wilsonnote, nämlich das Verlangen nach Bedingungen, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten seitens Deutschlands unmöglich machen und der Entente das unumschränkte Recht gewährleisten zur Sicherung der Einzelheiten des Friedens, mit denen die deutsche Regierung sich einverstanden erklärt hat?

Warum verschweigt das Weißbuch, daß bei den auf unsere Vernichtung ausgehenden Absichten unserer Feinde die Annahme eines Waffenstillstandes auf dieser Grundlage einen Frieden im Gefolge haben mußte, wie wir ihn erleben?

Nach dem Weißbuch Nr. 78 telegraphiert Fürst Ernst Hohenlohe am 25. Oktober aus Bern:

„Aus zuverlässiger Quelle erfahre ich eben, daß der Schluß der heutigen Wilsonnote, als einziger Weg zu einem einigermaßen erträglichen Frieden, kaum anders als über die Abdankung des Kaisers führe. Es scheint, daß Wilson anerkennt, die monarchische Staatsform entspreche der Geschichte und den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes (ein bemerkenswerter Ausspruch unseres Feindes. Der Verfasser.). Die Vorstellungen aber, die in Amerika selbst und in der ganzen Entente über die Person des Kaisers, die Rolle, welche er im Kriege spielt, und seinen Einfluß auf die Leitung der inneren und äußeren Politik herrschen, vermag er nicht mehr zu beseitigen. Nach der Meinung meines Gewährsmannes würde eine solche Tat des Kaisers es Wilson leichter machen, zugunsten seiner Friedenspläne auf den Senat einzuwirken, der in der letzten Zeit Einfluß im Sinne einer gänzlichen Niederwerfung Deutschlands gewinnt . . .“*).

Sind diese Zeilen des Fürsten Hohenlohe für jeden Einsichtigen nicht eine neue dringende Warnung, vor Wilson zu kapitulieren, auch wenn der Fürst, in nicht wiedergegebenen

*) Von mir hervorgehoben. Der Verfasser.

Sätzen, scheinbar vor einer Fortsetzung des Widerstandes warnt?

Warum verschweigt das Weißbuch endlich, daß die Regierung am 25. Oktober genau wußte, daß Wilson auf die Abdankung des Kaisers hinzielte. Sir Francis Oppenheimer hatte sich klar darüber am 15. Oktober ausgesprochen. Jetzt hatte es Fürst Hohenlohe getan.

Die Regierung hatte es auch verstanden.

Prinz Max schreibt in der Frankfurter Zeitung vom 9. August 1919 in Erwiderung auf den Vorwurf des Generals Gröner, die Regierung habe die Verhetzung im Innern (siehe Seite 67 dieses Hefts) nicht genügend gehindert:

„Um der Agitation der Unabhängigen und der feindlichen Propaganda in Deutschland das Rückgrat zu brechen, gab es seit dem Eintreffen der Wilsonnote vom 23. Oktober (Also vom 24. Oktober ab. Der Verfasser.) nur ein Mittel: Das war der freiwillige und würdige Thronverzicht des Kaisers. Damals stand zu erwarten, daß eine solche Opfertat entweder unsere internationale Lage verbessert oder, was das Wahrscheinlichere war, den Präsidenten Wilson und seine Verbündeten als wortbrüchig entlarvt und damit das deutsche Volk in einem neuen Zorn gegen die Feinde geeint hätte, wenn nicht zum militärischen Widerstand, so doch zur moralischen Abwehr."

Bemerkenswert ist, daß Reichskanzler Prinz Max noch am 23. Oktober eine neue Einigung unseres Volkes für möglich hielt, wenn unseren Feinden ein Wortbruch nachgewiesen wäre. Warum führte er das nicht herbei? Das hätte er am 17. Oktober in der Hand gehabt! Aber eine „moralische Abwehr" hätte auf unsere Feinde keinerlei Eindruck gemacht. So wenig kannte Prinz Max die Denkungsart unserer Feinde und die Psyche der Menschheit.

Die Abdankung des Kaisers wäre zudem das ungeeignetste Mittel gewesen, das deutsche Volk in neuem Zorn gegen den

Feind zu einen. Prinz Max kannte noch nicht einmal das Empfinden des deutschen Volkes.

Welche Wirkung tatsächlich die von Prinz Max ausgesprochene Abdankung des Kaisers gehabt hat, das haben wir alle in zu frischer Erinnerung.

Diese Weltfremdheit, der Glaube an Wilson und die Unfähigkeit der deutschen Regierung, Personen und Verhältnisse richtig zu beurteilen und die politische Lage zu erkennen, hat uns nach Versailles geführt.

Der Anschein, den die „Vorbemerkung" erwecken will, als hätten wir nach der dritten Wilsonnote wirklich noch auf einen Frieden der „Gerechtigkeit" rechnen dürfen, ist ein trauriger Selbstbetrug.

Die Regierung ist sich über den ungeheuren Ernst der Lage vollständig im unklaren gewesen, so schwer dies nach dem Weißbuch bei dem Zweifel an Wilson wie den so eindringlichen Warnungen auch zu glauben ist. Sie schiebt jetzt alle Schuld auf die Oberste Heeresleitung und — auf den Wortbruch Wilsons.

Sei es nun sträfliche Leichtfertigkeit oder Entschlußlosigkeit oder Unvermögen, sei es tatsächlich ein Verkennen der Lage, die Regierung des Prinzen Max ist von dem Wege, den sie selbst am 5. Oktober in Übereinstimmung mit der Obersten Heeresleitung als den richtigen bezeichnet hat, zum Unsegen des deutschen Volkes abgewichen. Keinem Weißbuch wird es gelingen, die Verantwortlichkeit für unsere Kapitulation zu verschieben und den Generalfeldmarschall und mich im besonderen hierfür verantwortlich zu machen.

Am 25. Oktober, 9 Uhr abends, hatten der Generalfeldmarschall und ich noch eine Besprechung über die Fortführung des Kampfes mit dem Vizekanzler v. Payer. Der Reichskanzler war krank. Wir führten die Besprechung ganz im Sinne des Telegramms vom 24. Oktober.

Weißbuch 82. Staatssekretärsitzung am 26. Oktober 1918:

„**v. Payer** kommt auf seine gestrige Besprechung mit den Herren der Obersten Heeresleitung zurück. Sie hätten ihn zu

überzeugen versucht, daß man Verhandlungen abbrechen und mit einer Proklamation an das Volk dieses zu den Waffen zu rufen suchen müßte. Er habe sich auf anderen Standpunkt gestellt . . . Die Herren seien der Ansicht gewesen, man dürfe nicht weiter verhandeln, unser Heer stände unbesiegt auf feindlichem Boden und dürfe nicht kapitulieren . . ."

Die Regierung des Prinzen Max lehnte den Weiterkampf geschlossen ab und setzte meine Verabschiedung durch.

Nr. 85 des Weißbuches. Die vierte Note an Wilson ist wohl das Ergebnis der Sitzung vom 26. Oktober, jedenfalls gibt das Weißbuch kein anderes Sitzungsprotokoll:

„ . . . . die deutsche Regierung sieht nunmehr den Vorschlägen für einen Waffenstillstand entgegen, der einen Frieden der Gerechtigkeit einleitet, wie ihn der Präsident in seinen Kundgebungen gekennzeichnet hat. gez. Solf."

Ich kann nur noch das anführen, was ich am 12. März 1919 dem damaligen Ministerpräsidenten Scheidemann schrieb:

„Die Anforderung des Waffenstillstandes war schwer. Noch schwerer war seine Unterzeichnung. Zwischen Anforderung und Unterzeichnung liegt das Schwerste, nämlich die Tatsache, daß die Reichsleitung den von uns vorgeschlagenen und in der Reichstagsrede des Prinzen Max am 5. Oktober verkündeten Weg verlassen und trotz meines Einspruchs den der Kapitulation, des Bankrotts und des Friedens um jeden Preis gegangen ist."

II.

Das Weißbuch enthält in seiner Polemik gegen mich verschiedene Anklagen zur Entlastung der Regierung. Ich nenne die hauptsächlichsten:

A. Ich hätte mich gegen die Befragung anderer Generale gesträubt und die Regierung dadurch an einem Klarsehen gehindert.

B. Ich hätte in meinen Ansichten über die Kriegslage geschwankt. Meine Äußerungen hierüber seien unbestimmt, wechselnd und stimmungsmäßig gefärbt. Sie fänden gegenüber der Wucht der Tatsachen, die zur Sprache kommen, zum Teil kein volles Vertrauen, dadurch wäre der Regierung ein eigenes Urteil erschwert worden.

Hierbei deutet das Weißbuch durch Hervorheben des von mir gebrauchten Wortes „Soldatenglück" wieder an, ich wäre doch wohl der größte Hasardeur des Weltkrieges.

C. Ich hätte das Volk in den Glauben des Sieges eingelullt und wäre deshalb für die katastrophale Stimmung verantwortlich.

A. Befragung anderer Generale.

Sie nimmt im Weißbuch einen ungemein breiten Raum ein. Mich hat sie wenig beschäftigt.

Ich schreibe hierüber in meinem Buch:

„Der Prinz wollte auch andere höhere Offiziere über die Lage hören. Die Oberste Heeresleitung aber hatte allein einen Gesamtüberblick. Bei jeder Armee waren die Verhältnisse anders. Rückschlüsse von einer Armee auf die Gesamtfront waren ausgeschlossen. Ich lehnte ab. Der Generalfeldmarschall und ich hatten zudem allein die Verantwortung zu tragen. Seine Majestät konnte sich jeden Augenblick Äußerungen einfordern, nicht aber der Reichskanzler. Noch unterstand die Armee ihrem Kaiserlichen Kriegsherrn."

Nach Weißbuch 38 führte ich auf die Frage: sollen noch andere Generale gehört werden, am 9. Oktober aus:

„Dankbar für Entlastung, aber sicher, daß andere Führer so denken wie ich. Ich habe wegen Friedensschritt mit Kuhl, Loßberg, Schulenburg gesprochen. Sie stimmten zu. Uns ist der Entschluß schwer geworden, aber wir schwankten nicht, als wir unsere Pflicht anerkannten. Kommission nicht nötig. Oberste Heeresleitung kann auch diese Verantwortung allein tragen."

Dem Vorstehenden habe ich für meine Haltung in dieser Frage nichts hinzuzufügen. Der Generalfeldmarschall und ich hatten die Verantwortung, wir konnten eine Entlastung nicht annehmen. Wir hatten die Überzeugung, daß auch nur in der Obersten Heeresleitung die Gesamtlage übersehen werden konnte, und durften keinen anderen mit der Verantwortung belasten. Wir durften nicht auch nur den Schein auf uns nehmen, diese zu verschieben. Im vollen Verantwortungsgefühl verzichten wir auf die Erleichterung, die wir nach außen hin durch Befragen anderer Generale gewonnen hätten.

Eigenartig ist zu sehen, wie Reichskanzler und Staatssekretäre immer wieder den Wunsch haben, andere Generale zu befragen, — aber doch nicht den Mut, es durchzudrücken. Sie wollten nach dem Weißbuch Generale hinter meinem Rücken hören!

Wenn das Weißbuch meint, ich habe ein Mißtrauen in der Befragung anderer Generale gesehen, so ist das falsch. Es ist ein Fehler von mir, daß ich in meinem Leben nie mißtrauisch gewesen bin. In meinen Gedankengang haben sich anscheinend Reichskanzler und Staatssekretäre nicht hineindenken können.

Nach Weißbuch 55 hat der Vizekanzler v. Payer in der engeren Kabinettssitzung vom 17. Oktober 1918 folgendes ausgeführt: „Man solle diese Frage (das Anhören anderer Generale) nicht in Gegenwart Ludendorffs erörtern, sondern zunächst das Ergebnis seiner Ausführungen abwarten. Vielleicht würden diese Ausführungen befriedigen, vielleicht werde man noch andere hören müssen."

v. Payer schlägt ferner vor:

„eine Form zu suchen, die nicht verletzend wirke. Vielleicht berufe Hindenburg selbst einen Kriegsrat zusammen, dessen Beschlüsse der Regierung mitgeteilt würden, damit sie ihre Entscheidung danach treffe. Zunächst solle aber einmal in die sachliche Erörterung eingetreten werden. Sage Ludendorff, die Lage sei verzweifelt, wir könnten die Front nicht mehr halten, so müsse man noch andere hören.

Der Reichskanzler: Das tue Ludendorff nicht.

v. Payer: Sage Ludendorff, daß wir uns noch halten können und nicht jede Bedingung anzunehmen brauchen, so würde er keinen Wert mehr auf die Vernehmung anderer Heerführer legen."

Nun, das sagte ich am 17. Oktober. Der Wunsch, andere Generale zu hören, wurde mir gegenüber demgemäß am 17. Oktober auch nicht mehr gestreift. Meine Darlegungen müssen also befriedigend gewirkt haben, selbst der Staatssekretär Solf hatte kein Verlangen mehr, Generale vor Abgang der dritten Note zu hören. Aber er hielt es doch in einem Schreiben an den Kriegsminister vom 18. Oktober in der Zukunft für geboten.

Das Schreiben ist so charakteristisch, daß ich es bringe:

Weißbuch Nr. 62 lautet:

„An den Kriegsminister. Berlin. den 18. Oktober 1918.

Sehr verehrte Exzellenz!

Ich habe mir die Frage, die wir gestern mündlich besprachen, noch durch den Kopf gehen lassen. Ich muß bei meiner Ansicht beharren: Die Armeeführer müssen gehört werden. Auch auf die Gefahr hin, daß Hindenburg und Ludendorff die Befragung der Armeeführer zum Anlaß nehmen wollten, ihren Abschied einzureichen. Bestärkt werde ich in dieser Überzeugung durch Andeutungen von absolut einwandfreier Seite, wonach die gestern von General Ludendorff ausgesprochenen Hoffnungen auch in seiner Umgebung nicht geteilt werden. Die Entscheidung ist zu gewaltig, kann zu verhängnisvoll sein, als daß sie auf zwei Männer gestellt werden könnte. Wir sind verpflichtet, alles, was in unserer Kraft steht, zu tun und nichts zu unterlassen, um das Richtige zu treffen. Hindenburg und Ludendorff können ihren Abschied in der jetzigen Lage nicht erzwingen und wenn sie es dennoch tun sollten, kann dem von Ihnen und einigen meiner Kollegen befürchteten Eindruck ent-

gegengetreten und der wahre Grund ihres Rücktritts leicht klar gestellt werden*).

Die Befragung der Armeeführer hätte natürlich nicht vor unserer jetzigen Note an Wilson, sondern nach ihrer Beantwortung durch Wilson zu erfolgen . . . . .

gez. Solf."

Auch hier wieder dieselbe Unterstellung. Und doch lehnen wir das Befragen anderer Generale, die uns entlastet haben würden, ab. Diesen Widerspruch aufzuklären, ist mir versagt. Der Leser aber, der den Generalfeldmarschall, mich und Herrn Solf kennt, wird zu einem richtigen Urteil kommen.

Außerdem arbeitet aber der Staatssekretär Solf hinter meinem Rücken mit meinen Untergebenen. Weiß er nicht, daß voraussichtlich jeder einzelne eine abweichende Ansicht gehabt hat und daß deshalb ein Kriegsrat nie zu einem Ziele führen kann? Das ist das Schwere, was im Kriege auf dem Feldherrn liegt, er muß aus eigener Kraft und eigener Verantwortung entscheiden. Der Staatssekretär Solf scheint sich hierin nicht hineindenken zu können. „Andeutungen" genügen ihm, um meine verantwortlichen Angaben in Zweifel zu ziehen.

Von wesentlicherem Interesse ist die Feststellung, daß ich die Kriegslage am 17. hoffnungsreich geschildert habe, während das Weißbuch in seiner „Vorbemerkung" von einem „nach der jetzigen Meinung Ludendorffs wenig aussichtsvollen Kampf" spricht (Seite 28 dieses Hefts).

Bis zum 25. Oktober abends hörte ich nichts mehr von der Befragung anderer Generale. Bei der Besprechung mit dem Vizekanzler v. Payer und dem Kriegsminister am Abend dieses Tages soll diese Frage berührt worden sein. Ich entsinne mich nicht. Es handelte sich doch auch um Gewaltigeres: Weiterkampf oder Kapitulation! Jedenfalls ist sie nicht etwa als Vorbedingung für etwaigen Weiterkampf hingestellt.

---

*) Von mir hervorgehoben. Der Verfasser.

Das Weißbuch sagt in Nr. 82 vom 26. Oktober, der Vizekanzler v. Payer habe ausgeführt, ich hätte am 25. abends eine solche Befragung sehr energisch abgelehnt.

General Scheüch meint, „er selbst habe sich für die Anhörung anderer Generale ausgesprochen, die Unterhaltung sei aber nicht zum Abschluß gekommen. Er habe den Eindruck, daß, wenn ein Druck ausgeübt würde, die Anhörung dann doch noch möglich sei."

Die beiden Herren müssen es mit sich abmachen, wer das Gespräch mit mir richtig wiedergegeben hat. Für mich ist nur die öffentliche Feststellung von Interesse, daß die Frage des Anhörens anderer Generale keine Rolle bei meiner Verabschiedung gespielt hat. Alle Versionen über meinen Abgang sind falsch bis auf eine:

Die Regierung des Prinzen Max und die Mehrheitsparteien betrieben, wie ich nochmals feststelle, meine Verabschiedung, weil ich den Weiterkampf befürwortete, da für mich jeder Zweifel geschwunden war, daß wir einem Gewaltfrieden erliegen würden, und weil Regierung und Mehrheitsparteien von mir einen rücksichtslosen Widerstand gegen die Abdankung des Kaisers und vielleicht auch gegen die kommende Revolution befürchteten. Wie weit sie diese klar kommen fühlten, muß ich dahingestellt sein lassen. Ich muß aber annehmen, daß sie die Lage übersahen, da sie stets vorgaben, die Volkspsyche doch so besonders gut zu kennen.

Über die demnächstige Abdankung des Kaisers herrschte, wie ich jetzt sehe, in ihrem Denken und Hoffen (Seite 35 dieses Hefts) jedenfalls kein Zweifel, obschon die Regierung den Kaiser noch in den Anschaungen gefangen hielt, sich mit Hilfe der Sozialdemokratie ein neues Deutschland aufzubauen. In diesem tatsächlich vorliegenden Gedankengang des Kaisers liegt eine so unermeßliche Tragik, daß einen heiliger Zorn gegen die erfassen kann, die den Monarchen, der jedenfalls das Beste seines Landes erstrebte, wenigstens nicht vor dieser so überaus bitteren Enttäuschung bewahrt haben. Erst mußte ich fallen.

Dazu mußte der Kaiser noch seine Einwilligung geben. Dann kam er selbst an die Reihe. Ein würdiges Spiel!

Welche Gründe Seiner Majestät dem Kaiser für die Notwendigkeit meines Abgangs tatsächlich angegeben sind, übersehe ich nicht. Der damalige Chef des Zivilkabinetts v. Delbrück, der sich vollständig in den Anschauungen des Prinzen Max bewegte, wird hierüber Auskunft geben können. Es ist kein Zweifel, daß jenes Telegramm des Generalfeldmarschalls am 24. Oktober abends eine Rolle gespielt hat, in dem er sich für Fortsetzung des Kampfes aussprach, wie wir annahmen, in Übereinstimmung mit der Regierung (Seite 32 dieses Hefts).

Tatsächlich hatten wir uns getäuscht. Die Aufklärung wurde dem Reichskanzler nach meinem Abgang in einem Schreiben vom 1. November 1918 zu O IV. 19 851 IV b gegeben. Es lautet:

„Zu meinem Bedauern habe ich erfahren, daß der Armeebefehl, den ich am 24. Oktober zur Erläuterung der Antwort des Präsidenten Wilson erlassen habe, die Auslegung erfahren hat, daß er sich im bewußten Gegensatz zu den Absichten der Reichsleitung befinde oder diesen vorgreifen wolle.

Ich lege daher Wert darauf, Euerer Großherzoglichen Hoheit darzulegen, wie dieser Armeebefehl zustande kam und in der Pressebesprechung am 25. Oktober bekanntgegeben wurde.

Nachdem am 24. Oktober vormittags im Großen Hauptquartier die Antwort des Präsidenten Wilson bekannt geworden war, mußte erwogen werden, wie sie den Truppen erläutert werden sollte. Es mußte vermieden werden, daß sie ohne Erläuterung durch die Zeitungen oder durch Funksprüche den Truppen bekannt wurde. Die zuständigen Bearbeiter entwarfen daher ein für die Armeeoberkommandos bestimmtes Telegramm, das sich auf Ausführungen stützte, die nach telephonischer Mitteilung am 24. Oktober in einer beim Auswärtigen Amt stattgehabten Besprechung mit Vertretern der Presse abgegeben waren. Bei dieser Besprechung hatte Oberst v. Haeften vom

militärischen Standpunkt und Geheimrat v. Stumm vom politischen Standpunkt Ausführungen gemacht, die in dem für die Armeeoberkommandos bestimmten Telegramm verwertet wurden.

Der Telegrammentwurf wurde dem Ersten Generalquartiermeister und mir mit der Meldung vorgelegt, daß er der Auffassung der Reichsleitung entspreche. General Ludendorff wie ich trugen daher keine Bedenken, dieses Telegramm an die Armeeoberkommandos zu erlassen.

Am 25. Oktober vormittags erbat sich der Chef des Kriegspresseamts Instruktionen für die an diesem Tage stattfindende Pressebesprechung. Ihm wurde mitgeteilt, daß das vorerwähnte Telegramm zur Wilsonnote an die Armeen ergangen sei. Er schlug vor, dieses Telegramm vertraulich, als nicht zur Veröffentlichung bestimmt, den Pressevertretern mitzuteilen, weil zu erwarten sei, daß sie den Inhalt des Telegramms auf anderem Wege erfahren würden, und damit die Gefahr bestand, daß es veröffentlicht wurde. Da General Ludendorff und ich uns auf der Fahrt nach Berlin befanden, hat der zuständige Bearbeiter, ohne von uns dazu ermächtigt zu sein, sein Einverständnis erteilt, daß das für die Armee bestimmte Telegramm auch bei der Pressebesprechung als vertraulich bekanntgegeben wurde. Er trug dazu keine Bedenken, weil er der Ansicht war, daß das Telegramm die Ansicht der Reichsleitung wiedergebe. Aus dem gleichen Grunde unterließ es der Chef des Kriegspresseamts, sich vor Bekanntgabe der ausdrücklichen Zustimmung der Reichsleitung zu versichern.

Als am 25. Oktober mittags festgestellt wurde, daß die Voraussetzung, der Inhalt des Telegramms entspreche der Auffassung der Reichsleitung, nicht zutreffe, ist angeordnet worden, das an die Armeeoberkommandos gerichtete Telegramm anzuhalten.

Euer Großherzogliche Hoheit wollen hieraus ersehen, daß der Erlaß des Telegramms und seine Bekanntgabe in der Pressebesprechung in der Annahme erfolgte, in Übereinstimmung mit

der Reichsleitung zu handeln, und daß, als festgestellt wurde, daß dies nicht der Fall war, sofort alles geschehen ist, um die Folgen des Irrtums einzuschränken*).

v. Hindenburg, Generalfeldmarschall."

Das Schreiben hat keinen Zweck gehabt.

Mag sein, daß die Weltgeschichte einen anderen Gang gegangen wäre, wenn die Revolution von oben, die am 28. September in Berlin beschlossen, nicht der Revolution von unten das letzte Hemmnis, d. h. meine Person, aus dem Wege geräumt hätte.

Ich mußte bei diesem rein persönlichen Gebiet länger verweilen, denn die Verantwortlichkeit für unseren Zusammenbruch darf nicht verschoben werden. Die Regierung befürchtete nach dem Weißbuch die Beschleunigung des Zusammenbruchs durch meinen Abgang und sie nahm diese Verantwortlichkeit sehenden Auges in klarer Überlegung auf sich, oder sollte ihr das schon mehrfach angezogene Telefonat des damaligen Verbindungsbeamten des Auswärtigen Amts bei der Obersten Heeresleitung, Rittmeisters, Legationsrats und Vertreters der Deutschen Republik in Versailles, Herrn Frhrn. v. Lersner als Entlastung dienen, in dem er meint, daß ein Wechsel bei dem größeren Teile des Heeres günstig wirken würde. Das würde doch von unglaublicher Leichtfertigkeit Zeugnis ablegen.

Auf das Schreiben der Chefs der Generalstäbe der Heeresgruppen, Seite 80, Heft 2, weise ich hin.

Die Regierung trägt die Verantwortung für meinen Abgang und damit auch ihrem eigenen Gedankengang zufolge für den Zusammenbruch des Heeres und damit auch für das, was dazwischen liegt.

Sie trägt aber damit noch eine besondere Schuld.

Nr. 93 des Weißbuchs lautet: „Auszug. Oberste Heeres-

*) Die Darstellung meines Buches weicht unwesentlich ab. Ich halte an ihr fest. Der Verfasser.

leitung mitteilt nachstehende Agentennachricht vom 25. d. M. (also vor meiner Verabschiedung) aus Bern:

Augenblicklich findet im französischen Hauptquartier Besprechung zwischen Haig, Pershing und Foch statt, wegen der zu stellenden Waffenstillstandsbedingungen. Besprechungen sind nicht abgeschlossen, bisher werden folgende Ansprüche der Alliierten verlautbart:

1. Strikte Abweisung von Verhandlung mit Ludendorff oder anderen Mitgliedern des Hauptquartiers. Dagegen Einwilligung zu Verhandlung mit einer zu diesem Zweck vom Reichstag erwählten Kommission.

2. Rückzug der deutschen Truppen bis an die Grenze.

3. Sofortige Okkupation dieses geräumten Gebietes durch die Alliierten.

4. Verbleib sämtlichen Kriegsmaterials in dem zu räumenden Gebiete.

5. Räumung Elsaß-Lothringens und Besetzung der Städte Metz und Straßburg durch die Alliierten.

gez. Hintze."

Warum lehnte die Entente die Verhandlung mit mir ab? Warum zog sie es vor, mit einer vom Reichstag erwählten Kommission zu verhandeln?

Damals jedenfalls kam für die Entente die Besetzung des linken Rheinufers noch nicht in Frage. Das war erst die Folge unseres von der Regierung geförderten Zusammenbruchs!

Die Verantwortlichkeit zu verschieben, wird dem Weißbuch nicht gelingen. Wer es zu lesen versteht, wird aus ihm gerade das Entgegengesetzte entnehmen, was es zu verbreiten wünscht.

B. Darstellung der Kriegslage.

Als Grundlage für ihre Entschließung stellten Prinz Max oder das Kriegskabinett eine Reihe von Fragen, die für einen

Soldaten bei der Ungewißheit des Krieges mit Gewissenhaftigkeit nicht genau zu beantworten waren.

Dreimal äußerte sich die Oberste Heeresleitung in Berlin der neuen Reichsregierung gegenüber über die Kriegslage, und zwar am 3., 9. und 17. Oktober.

Schon der Generalfeldmarschall hatte am 3. Oktober ausgeführt, daß es nicht möglich sei, die Fragen so präzise zu beantworten, wie sie gestellt wurden.

Ich wies am 9. Oktober darauf hin, wie schwer es sei, solche Fragen zu beantworten. Das könne nur pflichtmäßig geschehen.

Nach Weißbuch Nr. 57 führte ich am 17. Oktober darüber aus:

„Es wurde schon früher eine Reihe von Fragen an mich gestellt, die präzise zu beantworten ganz ausgeschlossen ist. Der Krieg ist kein Rechenexempel. Es gibt im Kriege eine Menge Wahrscheinlichkeiten und Unwahrscheinlichkeiten. Was schließlich eintrifft, weiß kein Mensch. Als wir im August 1914 nach Ostpreußen kamen und mit Hilfe meines treuen Mitarbeiters Hoffmann die Befehle zur Schlacht von Tannenberg ausgegeben wurden, da wußte man auch nicht, wie es gehen würde. Ob Rennenkampf marschieren würde oder nicht. Er ist nicht marschiert, und die Schlacht wurde gewonnen. Es gehört zum Kriege Soldatenglück. Vielleicht bekommt Deutschland doch auch wieder einmal Soldatenglück.

Ich kann Ihnen nur meine Überzeugung sagen. Die Verantwortung dafür, was ich sage, trage ich und habe sie getragen vier lange, schwere Jahre."

Meine Antworten auf die Fragen, die mir der Reichskanzler für die Sitzung am 9. und 17. Oktober vorlegte, gebe ich in dem Anhang unter 1., 2. und 3. wieder. Jeder wird sich hier ein Urteil selbst bilden können.

Auf das Sitzungsprotokoll vom 17. Oktober — Anhang unter 3 — weise ich besonders hin.

Ich will hier aus den Sitzungen am 9. und 17. Oktober nur auf drei Punkte zurückkommen, weil sie in der „Vor-

bemerkung" des Weißbuchs als sicherer Beweis für meine pessimistische und unklare Auffassung der Kriegslage hervorgehoben werden:

Das Weißbuch schreibt:

„Ludendorff antwortet dem Staatssekretär Dr. Solf auf die Frage, ob die Front noch drei Monate gehalten werden kann, verneinend (Nr. 43)."

Ich habe in Nr. 43 des Weißbuchs eine solche Frage des Staatssekretärs Solf nicht gefunden, wohl aber in Nr. 39. Diese meint wohl das amtliche Weißbuch.

Hier führt der Staatssekretär Dr. Solf aus: „Ich habe Ludendorff gefragt: Können Sie noch drei Monate die Front halten? Ludendorff hat gesagt: Nein. Darum wollen wir prinzipiell eingehen auf Räumung*)."

Ich hatte in der dieser Fragestellung zeitlich vorausgehenden Sitzung am 9. Oktober in Verbindung mit der Räumungsfrage klar meine Erwartung dahin ausgesprochen: Wir sind in der Lage, die Grenze zu halten. Wir können deutsche Festung nicht übergeben, und noch hinzugefügt: Gegenforderung müssen wir stellen. Ich glaube, ich habe damit deutlich dargelegt, daß wir wohl in der Lage wären, uns noch länger als drei Monate des Feindes zu erwehren.

Der Hergang war folgender: Nach der Sitzung am 9. Oktober sprach Staatssekretär Solf noch einige Worte mit mir. Ich entsinne mich der Einzelheiten dieses Gesprächs nicht. Ich weiß nur, daß er zu mir sagte, es wäre ein durchaus gutes Arbeiten mit mir möglich. Nur gegenüber meinen Mitarbeitern erhob er Vorwürfe. Dies lehnte ich ab, wie ich dies am gleichen Tage auch Prinz Max gegenüber tat. Solange mir nicht ganz bestimmte Einzelheiten angegeben wurden, die ich pflichtgemäß verfolgen konnte, war alles das,

---

*) Im Weißbuch sind Sperr- und gewöhnlicher Druck anders verteilt. Der Verfasser.

was gegen meine Mitarbeiter angeführt wurde, Klatsch. Der Staatssekretär will mir noch militärische Fragen vorgelegt haben. Ich mußte bei ihrer Beantwortung davon ausgehen, daß er meinen Ausführungen in der Sitzung volle Beachtung geschenkt habe. Ich kann daher seine Frage in Verbindung mit der Räumung nur auf das Halten der eben eingenommenen Hermann-Gudrun-Stellung bezogen haben und verneinte es auf 3 Monate hinaus. Auch aus den Worten des Staatssekretärs Solf und aus der Darstellung der Nr. 39 des Weißbuchs geht klar hervor, daß es sich in seinem Gespräch mit mir um die Räumungsfrage gehandelt hat. Der darauf bezügliche, von mir hervorgehobene Hinweis fehlt in der „Vorbemerkung". Die Schlüsse, die diese zieht, sind durchaus deshalb irreführend. Der Zusammenhang ist ein ganz anderer. Es handelt sich nicht um eine zeitliche Bemessung unserer Widerstandskraft, wie die „Vorbemerkung" anscheinend glaubenmachen will, sondern um das Halten der vordersten Stellung im Rahmen der weiteren Kriegführung.

Das Weißbuch fährt fort: „Auf die Frage des Prinzen Max:

»Kann beim Scheitern der gegenwärtigen Friedensaktion trotz des Abfalls einer der beiden uns noch verbliebenen Bundesgenossen der Krieg allein von uns noch fortgeführt werden?«,

lautet Ludendorffs Antwort stark bedingt:

»Wenn eine Kampfpause im Westen eintritt, ja!«."

Was sollte ich antworten? Sollte ich einen sicheren Erfolg in Aussicht stellen? Das war nicht möglich und widersprach meiner Auffassung vom Kriege. Wenn die Lage nicht ungemein schwierig gewesen wäre, wäre das Waffenstillstandsangebot nicht von uns angeregt worden. Ich wußte zudem auch nicht, was Prinz Max dem Heere an seelischer und physischer Kraft zuführen wollte.

Macht man nicht der Marine schwere Vorwürfe, daß sie zu sichere Voraussagen in bezug auf den U-Bootkrieg gegeben hat?

Nach Weißbuch 57 und der „Vorbemerkung" habe ich dem Reichskanzler am 17. Oktober auf die Behauptung: „O ja, sie (die Ententeheere) brechen in Deutschland ein und verwüsten das Land", erwidert: „Soweit sind wir noch nicht."

Das Weißbuch führt dazu aus:

„Der letzte Satz weicht aus, denn die Möglichkeit der Abwehr ist auch nach Ludendorffs jetziger Ansicht zum mindesten ungewiß, und die Frage war gerade die, wie die politische Lage sich nach weiterem vergeblichen Widerstand gestalten würde."

Ich habe in der Sitzung am 9. Oktober klar ausgesprochen, daß ich glaubte, wir könnten die Grenze halten. Ich war am 17. hoffnungsfreudiger, was mir den Vorwurf des Staatssekretärs Dr. Solf eintrug. Kein Zuhörer wird den Eindruck gehabt haben, ich wiche bei meinen Worten einer bestimmten Frage aus. Aber wo es um das Wohl des Vaterlandes ging, rollte mein Blut schneller, und ein lebhaftes Wort ergab sich von selbst.

Am 9. Oktober sah ich eine Gefahr des Gewaltfriedens für das Vaterland noch nicht vorliegen, wohl aber am 17. War ich auch an diesem Tage für einen Teil der Staatssekretäre — um mit Herrn v. Lersner zu sprechen — „wild"? Das muß ich aus dem Weißbuch entnehmen, am 17. Oktober hatte ich keineswegs diesen Eindruck. Ich sah leider klar in die Zukunft. Den Herren, mit denen ich sprach, ging das Blut noch nicht in Wallung, sie wollten nicht sehen. Meine Stimmung war eine andere als die ihrige. Mögen sie die Worte als stimmungsmäßig angesprochen haben, als ausweichend können sie von niemandem empfunden worden sein.

In der großen Sitzung vom 17. habe ich tatsächlich die Lage insofern günstiger angesehen als bisher, da die feindliche Angriffskraft schwächer geworden war und jetzt das Vorhandensein von Menschen und seelische Spannkraft festgestellt wurde. Es schien die Wirkung eingetreten zu sein, die ich von dem Friedens- und Waffenstillstandsangebot für den Fall erwartet

hatte, daß jeder Deutsche über die Möglichkeit unserer Hoffnungen auf einen „Verständigungsfrieden" klar sah.

Die militärische Lage war unsicher und in die Ungewißheit des Krieges hinein war ein großer Entschluß zu fassen; er war leichter als der Entschluß, Deutschland in die Revolution zu stürzen. Aber der erste verlangte männliches Handeln, in den zweiten ließ man sich hineintreiben. Die Herren, die hier mit der Obersten Heeresleitung sich zu entschließen hatten, kannten den Krieg nicht. Sie waren keine Soldaten, die wie Millionen deutscher Männer dem Tode unerschrocken ins Auge gesehen hatten. Sie wußten nicht, wie es jeder Soldat im Schützengraben weiß, daß die Zukunft im Krieg noch dunkler ist als im Frieden, daß männliches Handeln ins Ungewisse hinein nötig ist, und daß dazu eine Entschlußfreudigkeit gehört, wie sie in der Mehrzahl der Fälle nur Soldaten eigen ist.

Wohl in ihrer Unkenntnis vom Wesen des Krieges sahen Reichskanzler und Staatssekretäre meine Ausführungen als unbestimmt, wechselnd und stimmungsmäßig an oder wollten sie so ansehen. Dennoch müssen meine Angaben am 17. Oktober befriedigt haben. Es wurde doch von einem Anhören anderer Generale anscheinend aus diesem Grunde Abstand genommen! Nur Staatssekretär Dr. Solf, befangen in unbegreiflichem Argwohn, wir wollten die Lage verschieben, hielt es zu einem späteren Zeitpunkt für nötig.

Warum aber macht die Reichsregierung dem Generalfeldmarschall keinen Vorwurf über die unbestimmte Angabe vom 3. Oktober, die ich in Heft 2 Seite 60 u. f. niederlegte?

Warum hebt sie nicht hervor, daß die Generale v. Gallwitz und v. Mudra am 28. Oktober genau so „unbestimmt und ausweichend" antworteten wie ich?

Nach dem Weißbuch Nr. 86 sagt General v. Gallwitz:

„Die Frage, ob wir uns dauernd oder nur noch vorübergehend halten können, ist nicht zu beantworten möglich. Er sei aber der Ansicht, daß wir den Widerstand noch eine ganze Weile

fortsetzen könnten, könne sich aber nicht auf eine bestimmte Zeit festlegen."

Nach Weißbuch 100 führt General Gröner aus, dessen militärische Befähigung für die damalige und jetzige Regierung unangefochten ist:

„Für die dritte Frage (wie lange wir die Reichsgrenze — wohl Elsaß-Lothringen, der Verfasser — oder die Maas-Linie halten könnten) könne er keine feste Frist angeben, da die Faktoren, welche den Widerstand verbürgten, nicht genau zu bestimmen seien. Bleibe die Armee im Gehorsam und der ausgezeichnete Geist der Fronttruppen erhalten, so würden wir uns in rückwärtigen Stellungen noch einige Zeit halten können. Es komme ganz darauf an, ob Gegner seine Angriffsmöglichkeiten ausnutze. Eine feste Zeit für den möglichen Widerstand könne er nicht angeben. Wir könnten aber dadurch Zeit gewinnen für die Fortsetzung der Verhandlungen. Es müsse aber von der Heimat gesagt werden, die Armee müsse festhalten bis zum Abschluß. Daß schlechte Stimmung von der Front in die Heimat getragen werde, sei schon möglich. Es werde hier wohl eine Wechselwirkung stattfinden. Bleibe die Armee ungebrochen, so würden wir bessere Bedingungen erhalten und für den Aufbau im Frieden eine bessere Grundlage haben.

Die nötige Zeit für Verhandlungen wird sicher von uns geschafft werden. Wenn wir Glück hätten, könnte die Zeit länger sein, bei Unglück kürzer. Danach müßten die Verhandlungen in taktischer Hinsicht eingerichtet werden. Deshalb erstrebe er engste Verbindung mit der Reichsleitung."

Auf die Frage, was General Gröner als kürzeste Frist ansehe, wenn alle ungünstigen Umstände zusammenfallen, erwidert

Gröner: „Gegenwärtig sei eine großzügige Rückzugsoperation eingeleitet. Diese sei bisher gut und glücklich verlaufen. Es komme darauf an, ob eine erhebliche Einwirkung des Feindes stattfinde, so insbesondere ob an einer bestimmten, sehr wichtigen Stelle alle Angriffe restlos abgewiesen werden

könnten. Er sei nicht in der Lage, die Frage einwandfrei zu beantworten, und bitte, sich noch einige Tage zu gedulden, bis diese Operation beendet sei."

Klingen die Äußerungen der beiden Generale bestimmter als meine Angaben?

Ich glaube es nicht, und trotzdem findet das Weißbuch für sie keine abfälligen Worte.

Ich muß auch hier zu einem kurzen Schlaglicht abweichen:

Das Weißbuch sagt in der „Vorbemerkung" unter anderem von der Sitzung vom 17. Oktober: „Hatten vor kurzem Ludendorff und Heye es selbst als Hasardspiel bezeichnet, wenn sie den Friedensschritt nicht beschleunigten, so heißt es jetzt: »Der Krieg ist kein Rechenexempel. Es gibt im Kriege eine Menge Wahrscheinlichkeiten und Unwahrscheinlichkeiten. Was schließlich eintritt, weiß kein Mensch..... Es gehört zum Kriege Soldatenglück. Vielleicht bekommt Deutschland doch auch wieder einmal Soldatenglück.«"

Der Schluß wird dem Leser zu ziehen überlassen. Er ist sehr offensichtlich.

Meine Antwort am 17. Oktober: Der Krieg ist kein Rechenexempel usw., war die Antwort auf die vielen Fragen, die mir gestellt waren, und mein Wunsch, ihre präzise Beantwortung als ausgeschlossen zu charakterisieren. Der Zusammenhang ist also ein ganz anderer, als nach dem Weißbuch anzunehmen ist (siehe auch Anhang Seite 93). Aber ich nehme den versteckten Vorwurf des Hasardierens auf mich und frage nur: Warum wird dem General Gröner, wenn er, wie vorstehend, von Glück und Unglück spricht, nicht der gleiche Vorwurf gemacht wie mir?

Hätte ich die Revolution Orgien feiern lassen, dieses größte aller Hasardspiele geduldet, das je mit einem Volk gespielt ist, so würde mir nichts vorgeworfen werden, allerdings müßte ich auf die Ehre verzichten, von dem ersten Ministerpräsidenten der Deutschen Republik Hasardeur, von dem zweiten, ihrem ersten Reichskanzler, größter Volksverderber genannt zu werden.

Was war es ferner etwas anderes als ein Glücksspiel unerhörter Art mit dem Geschick des deutschen Volkes, als nach dem 17. Oktober die Regierung alles auf die Karte Wilson setzte, trotzdem der Vizekanzler an diesem Tage die uns drohenden Bedingungen so klar geschildert hatte?

Über alles das schweigt sich das Weißbuch aus! Denn es wendet sich in seiner ganzen Art gegen den durch mich vertretenen Militarismus, von dem Herr Philipp Hiltebrandt in seinem schönen Buch: „Das europäische Verhängnis“*) schreibt:

„Dadurch, daß die Armee sich in der Hand der Krone befand und ihren Angehörigen die Beteiligung am politischen Leben untersagt war, blieb sie der Politik und den politischen, konfessionellen, partikularistischen und ökonomischen Gegensätzen, die das deutsche Volk vor 1914 zerrissen, entrückt. Sie stellte ein Volksheer dar, aufgebaut auf dem demokratischen Gedanken der allgemeinen Wehrpflicht, ausgebildet und geführt von einem aristokratischen, in der Tradition erzogenen Offizierkorps und unterstellt der monarchischen Spitze des Staates. In ihr war die Mischung der drei Verfassungsformen, die ein großer antiker Geschichtsschreiber als die beste aller Staatsverfassungen erklärt hat, und die traditionell militärisch-technische Disziplin mit dem Geiste der Vaterlandsliebe verbunden. Nur so konnte jene geistige Macht entstehen, die im vergangenen Weltkriege vier lange Jahre hindurch siegreich der vereinten Macht von fünf Kontinenten Widerstand leistete und von der ein uns feindlicher Publizist einmal gesagt hat, daß sie das Größte ist, was die Neuzeit überhaupt geschaffen hat.“

Das ist der deutsche „Militarismus“, der vom Feinde bekämpft wurde, weil er in ihm die Grundlage für die Größe Deutschlands erblickte, das ist der deutsche Militarismus, der von den eigenen Landsleuten begeifert wurde, weil er die Selbstlosigkeit gegenüber zügelloser Gewinnsucht, weil er den Staatsgedanken gegenüber den selbstischen Interessen vertrat.

---

*) Verlag Gebr. Paetel (Dr. Georg Paetel), Berlin 1919.

Die Verantwortlichkeit zu verschieben, wird dem Weißbuch nicht gelingen. Es hat seinen Zweck verfehlt!

C. Das Belügen des Volkes.

In meinem Buch schreibe ich über meine Heeresberichte: „Meinen Heeresberichten ist Unaufrichtigkeit vorgeworfen worden. Sie sind einwandfrei wahr gewesen und wurden so abgefaßt, wie es unser Gewissen gegenüber dem Heer, dem Volk daheim und unseren Verbündeten gebot. Die Abendmeldungen gaben nur in kurzen Worten die Tagesereignisse wieder. Die Mittagsberichte gründeten sich auf den Meldungen, die bei der Obersten Heeresleitung bis zur Zeit meiner Unterschrift — in der Regel 10 Uhr 30 vormittags — vorlagen. Ich schrieb sie vornehmlich für das Heer. Der Soldat hatte das Recht, das, was er geleistet und erduldet hatte, erwähnt zu wissen. Der Truppenteil, der Offizier oder Mann, der im Heeresbericht genannt wurde, war stolz darauf: Es war doch etwas Erhebendes, den eigenen Ruhm der Welt verkündet zu sehen. Ein für die Kriegführung nicht unwesentlicher Ansporn, ein wichtiges psychologisches, die Leistung förderndes Moment lag darin. Auch die Heimat war mit Recht stolz auf die öffentliche Anerkennung ihrer Söhne. Jedes Wort des Heeresberichts war sorgsam abgewogen. Große Ereignisse wurden ausführlich gewürdigt; von kleineren Gefechtshandlungen konnten nur die wichtigsten Erwähnung finden. Die in ruhigen Zeiten häufige Meldung: „Nichts Besonderes“ oder „Keine wesentlichen Ereignisse“ sagte dem Kundigen, daß an jeder Stelle der ausgedehnten Fronten wiederum durch Nacht und Tag deutsche Männer in treuester Hingabe ihre schwere Pflicht gegen das Vaterland erfüllt hatten. Gewiß hätte ich in Zeiten der Spannung lieber in lapidarem Stil als ausführlich gemeldet; dazu gehörten Ereignisse, die auf diese Sprache zugeschnitten waren. Eine Meldung aus der Flandernschlacht: „Langemark ist gehalten oder verloren“, hätte niemand befriedigt.

Verluste an Gelände wurden, wenn sie von Einfluß auf

die Gestaltung der Kampflage waren, erwähnt, allerdings erst dann, wenn für die kämpfenden Truppen kein Nachteil daraus erwachsen konnte. Daß ich die Zahl der Geschütze und Gefangenen, die uns der Feind abgenommen hatte, mitteilen sollte, konnte kein Mensch erwarten, doch auch der leider so objektiv denkende Deutsche nicht! Wir waren nicht das starke Volk, von dem mir gerade in jenen Tagen so oft gesprochen wurde! Das dauernde Lesen der feindlichen Heeresberichte hatte schon genug Schaden getan. Das Mißtrauen gegen die Meldungen der Obersten Heeresleitung ging stellenweise so weit, daß sie an der Hand der feindlichen Heeresberichte verglichen wurden. Das war so recht deutsch!

War es nicht ein großer strategischer Sieg, wenn wir die Flandernfront z. B. 1917 hielten, obschon wir taktische Mißerfolge hatten, die uns Gefangene und Materialverlust kosteten? Wenn ich meldete, der Feind wäre in unsere Artillerie eingebrochen, so ergab sich hieraus der Verlust an Gefangenen und Geschützen. Genügte das nicht? Wollte man noch im Unglück wühlen?

Die Oberste Heeresleitung hatte den Abdruck der feindlichen Heeresberichte im Vertrauen auf die Einsicht des deutschen Volkes zugelassen. Ich hatte später die Empfindung, daß es ein Fehler war. Der Feind trieb mit seinen Berichten förmlich Propaganda bei uns und drückte unsere Stimmung. Ein nachträgliches Verbot, die Berichte wiederzugeben, erschien mir allerdings noch fragwürdiger. Frankreich wußte sehr gut, warum es den Abdruck unserer Heeresberichte nicht zuließ, obwohl wir keinerlei Propaganda durch sie trieben.

Daß ich auch Rücksichten auf den Eindruck der Heeresberichte bei den Verbündeten zu nehmen hatte, habe ich dargelegt. Dies war schwerwiegend in einer Lage, in der unsere Bundesgenossen alle Hoffnungen auf uns setzten.

Eins muß unbedingt zugegeben werden: die Wolffschen Kommentare zu meinen Heeresberichten, die in Berlin ent-

standen und lediglich für das neutrale Ausland bestimmt waren, hatten keine glückliche Fassung. Für den Ton der Telegramme lagen gute Gründe vor. Als ich aber die sich hieraus ergebenden Mißstände erkannte, stellte ich sie sofort, wenn auch zu spät, ab."

So war meine Berichterstattung für die Öffentlichkeit — Heer, Heimat, neutrale und feindliche Staaten. Die Behauptung des Prinzen Max von Baden in der Frankfurter Zeitung vom 9. August 1919, wir hätten dem deutschen Volk im Jahre 1918 Frieden und Sieg versprochen, ist durch und durch unrichtig. Ebenso die Behauptung des Prinzen Max, daß das Nichterfüllen dieser Versprechung die psychologische Katastrophe herbeigeführt habe.

Daß ich im Innern meines Herzens nach dem Zusammenbruch Rußlands, dessen Armeen nie durch die Vereinigten Staaten ersetzt werden konnten, auf den Enderfolg bei äußerster Kraftanstrengung Deutschlands und seiner Verbündeten hoffte, ist gewiß. An dem Ernst unserer Lage habe ich nie gezweifelt und nie Versprechungen gemacht. Mein stetes Drängen in Berlin, daß die Regierung ihren kriegerischen Aufgaben entspräche, ist allein aus der Sorge vor der Niederlage entstanden. Sie allein hat mir den Ruf zugezogen, ich mische mich in innerpolitische Vorgänge, obschon es im Kriege nichts anderes gibt als Kriegspolitik.

Mag sein, daß viele, vornehmlich befangen im Banne der Zahl, meine Hoffnungen für zu weitgehend hielten, so steht doch fest, daß die Revolution bei uns Boden gewann, während das Volk mit mir den Sieg erhoffte. Die Revolutionsbewegung war erheblich früher da, als der Glaube an den Sieg schwand. Sehr bemerkenswert sind die Worte des Vizekanzlers v. Payer am 17. Oktober:

„Ich erinnere an die Stimmung des Sommers. Kein Mensch hat da gezweifelt, daß wir schließlich als Sieger aus dem Kriege herausgehen. Aber der Krieg war dem Volke sehr verleidet und die Stimmung war deshalb schlecht."

Die schlechte Stimmung stand hiernach mit „Sieg oder Niederlage" in keinem Zusammenhang, sondern hatte ganz andere Ursachen; vor allem den Wunsch vieler politischer Parteien, die Not des Vaterlandes zur Erreichung selbstsüchtiger Interessen auszunutzen.

Es war Aufgabe der Regierung, das Volk zu leiten. Meiner ausdrücklichen Bitte, es zu tun, ist von der Regierung nicht entsprochen. Sie hat nicht geführt, sie ließ sich schieben. Zwei Jahre hat sie zudem meine Bitte, die Presse zu einigen und eine großzügige Aufklärung des Volkes zu betreiben, nicht befolgt.

Ist denn z. B. wirklich irgend etwas Entscheidendes für die Aufklärung nach den Besprechungen in Spaa am 13. und 14. August erfolgt, wo die inneren Verhältnisse als grundlegend für die weitere Kriegführung doch recht eingehend beraten worden sind, und die Kriegslage durch den Generalfeldmarschall und mich doch als ernst hingestellt wurde?

Was haben denn die Mehrheitsparteien des alten Reichstages, die Regierung des Prinzen Max und die erste Regierung der Deutschen Republik getan, das Volk über die ihm von der Entente drohenden Gefahren aufzuklären? Haben sie nicht das Volk eingelullt in den süßen Wahn des Verständigungsfriedens, aus dem sie selbst erst Anfang Mai 1919 unsanft aufgeschreckt wurden? Warum erheben sie Anklage gegen mich und nicht gegen sich selbst? Sie haben doch, um in ihrem Sinne zu sprechen, zum mindesten das Gleiche auf sich geladen, wie ich es getan haben soll. Ich kann nur empfehlen, das Protokoll der Sitzung der Nationalversammlung von diesem 12. Mai 1919 zu lesen und immer wieder zu lesen. Die Enttäuschung der Vertreter der Mehrheitsparteien des alten Reichstages über den Zusammenbruch ihrer Illusionen und Hoffnungen, durch die sie das Volk betört hatten, kann nicht ergreifender geschildert werden. Bei vielen wird allerdings die Entrüstung nur ein Aushängeschild dafür gewesen sein, um das Volk über das eigene schlechte Gewissen hinwegzutäuschen. Sie erstrebten ja

doch nur Macht und Gewinn — mochte das Land darüber zugrunde gehen.

Die Verantwortlichkeit zu verschieben wird dem Weißbuch vor dieser Wucht der Tatsachen nicht gelingen.

III.

A.

Das Weißbuch bleibt bei der Verschiebung der Verantwortlichkeit bei der Person des Generalfeldmarschalls und bei mir nicht stehen. Es läßt in der „Vorbemerkung", wie ich bereits erwähnte, Staatssekretär Dr. Solf zu Wort:

„Warum sei denn die Stimmung so gedrückt? Weil die militärische Macht zusammengebrochen sei. Jetzt aber sage man: die militärische Macht wird zusammenbrechen, wenn die Stimmung nicht durchhält. Diese Verschiebung dürfe man nicht zulassen."

Also das Heer trägt die Schuld!

Meine Ansicht kennt jeder. Ich sehe unseren Niedergang, neben dem Zusammenbruch Bulgariens, in dem Nachlassen der geistigen Kriegsfähigkeit der Heimat, deren Leistungen so außerordentlich waren. Den Ersatzmangel und die feindliche Überlegenheit an Menschenmaterial habe ich nie unterschätzt. Sie haben mir schwere Stunden bereitet. Ich habe die sich hieraus ergebenden Schwierigkeiten wieder und immer wieder hervorgehoben. Wozu habe ich denn schon im Herbst 1912 die große Militärvorlage betrieben? Aber ich kann diesen Schwierigkeiten bei Einschätzung unserer Gegner nicht das Ausschlaggebende zumessen, wie es andere tun. Entscheidet denn die Zahl z. B. im inneren politischen Kampf? Mag das nach den alten Theorien richtig sein, Tatsache ist doch, daß einzelne die Völker führen oder in den Abgrund stürzen, daß doch auch viele Millionen Deutsche am 9. November zu guterletzt durch nur wenige besiegt wurden. Wie ist es in Rußland? So war

es und wird es immer bleiben: die Zahl ist immer von hoher Bedeutung, sie erleichtert den Sieg. Aber noch wichtiger ist die Einheitlichkeit und die Kraft, mit der gehandelt wird. Das wissen doch gerade die, die mir in bunter Reihenfolge Unterschätzung des Wertes der Zahl vorwerfen und jedes Verständnis für den Wert der Psyche absprechen. Zahl und Geist müssen nur in richtigem Zusammenhang stehen. Wir konnten uns in der Unterlegenheit, die wir hatten, die höchsten Ziele setzen, so lange wir geistig stark waren. Unsere zahlenmäßige Unterlegenheit im Kriege gewann erst durch das Nachlassen der geistigen Spannkraft ihre Schärfe. Und wäre meine Ansicht hierüber nicht begründet, was würde sich geändert haben, nachdem wir uns durch die österreichisch-ungarische Politik in den vom Feinde gewollten Krieg hatten hineindrängen lassen, wie es General v. Moltke immer befürchtet hatte. Nachdem der Kampf begonnen war, konnten wir ihn nicht einseitig beenden, ohne uns für besiegt zu erklären und die feindlichen Bedingungen anzunehmen. Trotz aller Unterlegenheit waren wir viele Jahre siegreich, das kann uns niemand nehmen und niemand bestreiten. Aber die Zustände in der Heimat schwächten und zermürbten das Heer und lähmten dessen Widerstandskraft. Natürlich schallte es dann auch ungut nach der Heimat hinüber. Das war nur die Folge. Die Ursachen waren, neben der ungeheuren natürlichen Not, vermeidbare kriegswirtschaftliche Mißstände, das Gerede vom Versöhnungsfrieden und die sich unter den Augen der Regierung langsam vorbereitende Revolution, allerdings auch die Lauheit des Bürgertums.

Ich schreibe hierüber unter anderem in meinen Kriegserinnerungen:

„Das deutsche Volk in der Heimat und am Feinde hat in diesen vier langen Kriegsjahren unendlich viel ertragen und erduldet. Der Krieg hat das Volksempfinden und die gesamte Volksmoral tief durchwühlt und geschädigt.

Würge- und Hungerblockade sowie feindliche Propaganda, deren Wirkungen im Kampf gegen die deutsche Rasse und den

deutschen Geist im engsten Zusammenhange standen, lasteten schwer und, je länger der Krieg dauerte und sie anhielten, immer drückender auf uns. Die Blockade wirkte. Die Propaganda gewann in der Heimat günstigen Boden. Sie wandte sich jetzt unmittelbar an den Mann an der Front, der nun auch aufnahmefähig geworden war. Blockade und Propaganda begannen nach und nach unsere geistige Kriegsfähigkeit ins Wanken zu bringen und den Glauben an den Endsieg zu erschüttern; die so berechtigte Sehnsucht nach dem Frieden nahm Formen an, die an Schwäche grenzten, die unser Volk zerklüfteten und den Geist des Heeres niederdrückten.

Auf diesem Boden keimten Giftpflanzen. Jedes deutsche Empfinden, jeder Gedanke an das Vaterland hörte bei vielen auf. Das eigene Ich trat in den Vordergrund. Der Kriegsgewinnler jeder Art, nicht zuletzt der politische, der die Not des Staats und die Schwäche der Regierung zur Erreichung persönlicher und politischer Vorteile ausnutzte, machte sich breit und breiter. Unsere geistige Kriegsfähigkeit litt unermeßlichen Schaden. Wir verloren das Zutrauen zu uns selbst.

Der Revolutionsgedanke, den die feindliche Propaganda und der Bolschewismus predigten, fand den Geisteszustand der Deutschen vorbereitet und eroberte sich durch die Unabhängige sozialdemokratische Partei im Heere und in der Marine Boden. Die Irrlehren gewannen bald in der breiteren Masse an Zugkraft. Das deutsche Volk in der Heimat und am Feinde erlitt den Todesstoß."

und: „Er (der Reichskanzler) hatte den leider nur zu berechtigten Ursachen zur Mißstimmung im Volke den Boden zu entziehen und namentlich gegen die Ausschreitungen und Auswüchse in der Kriegswirtschaft vorzugehen. Sie mußten mit ihren bedenklichen Begleiterscheinungen die Unzufriedenheit nur zu sehr erregen und die Moral weitester Gesellschaftsschichten in einer Weise schwächen, die unserer Kriegsfähigkeit unermeßlichen Schaden zufügte. Gewinn- und Genußsucht, das Denken an das eigene Ich überwucherten alle edlen

Regungen, aber auch die Not stumpfte ab. Am Feinde im Schützengraben stehende Männer mußten befürchten, daß andere ihnen ihre frühere Stellung und den Erwerb nähmen. Nur mit tiefer Bewegung kann man rückschauend sehen, wie das deutsche Empfinden der Wahrhaftigkeit und Redlichkeit, der makellosen persönlichen Reinheit und des Aufgehens in dem Gedanken an das Vaterland verloren gingen und etwas ganz anderes, deutschfremdes entstand, das eigene Wohlbefinden wurde das höchste Gesetz des Lebens*)."

und: „Unsere politische und geistige Unreife und Urteilslosigkeit, die uns die Hohlheit der Schlagworte und unerfüllbarer Versprechungen nicht erkennen lassen, wurden und sind unser Unglück. Ich hatte immer wieder gehofft, daß das deutsche Volk sich durchringen würde durch Phrase, Schlagwort und politische Verlogenheit zu einer Auffassung der Dinge, die der harten Wirklichkeit entsprach. Ich habe mich getäuscht. Phrase und Schlagwort und verbrecherische Vorspiegelungen herrschten immer mehr vor, je schärfer der innerpolitische Kampf entbrannte, je mehr sich die Kluft zwischen den Berufsständen, zwischen Stadt und Land, vertiefte. Die Partei und ihre Ziele galten bald mehr als das Vaterland. Die breite Masse des Bürgertums ging in ihrer Vielköpfigkeit, ihrem Immeralles-besserwissen und ihrer Disziplinlosigkeit eigene Wege und hielt sich in geistigem Hochmut, in ängstlicher Zurückhaltung und Charakterlosigkeit abseits. Auch ihr mangelte Verantwortlichkeitsgefühl dem Vaterlande gegenüber. Sie bedachte nicht, welchen unermeßlichen Schaden sie damit ihm und sich selbst zufügte. Die Zügellosigkeit und Gesinnungslosigkeit breitester

---

*) Erst nach Niederschrift meiner Erinnerungen habe ich vollen Einblick in das Schieberwesen erhalten, das im Gefolge der Zwangswirtschaft das deutsche Volk zu einem unehrlichen gemacht hat. Sie hat uns den Glauben an uns selbst und dem Auslande das Vorbild deutscher Unbestechlichkeit genommen und hat damit nicht nur uns, sondern der Welt geschadet. Sie ist in ihrer jetzigen Form überreif und kann nicht schnell genug abgebaut werden. Der Verfasser.

Volkskreise, die Wühlarbeit der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei fanden kein Gegengewicht im Bürgertum. Es ist eine traurige Ungeheuerlichkeit, daß sonst klar denkende deutsche Männer sich tatenlos in der Not des Tages die Köpfe verwirren und sich das nehmen ließen, wofür sie bisher gelebt hatten. Das Bürgertum ist damit auch am Verfall unseres Vaterlandes schuldig."

und: „So wurde in dem Reichstage, in der Presse, an allen Orten zu unserem müden Volke und zum Soldaten gesprochen, von dem die Oberste Heeresleitung für das Vaterland den Einsatz seines Lebens auf dem Schlachtfelde verlangen mußte. Sollten unter diesen Einflüssen weiche Naturen stark werden? War es zu erwarten, daß verwahrloste Jugendliche, die, in den letzten Jahren ohne elterliche Zucht im politischen Parteigetriebe und im Lebenstaumel aufgewachsen, sehr viel verdient hatten und nun nach kurzer Dienstzeit zur Truppe kamen, oder unruhig gesonnene Männer nach Ablauf ihrer Reklamation Soldaten würden, die für König und Vaterland hingebungsvoll kämpften? Lag nicht der Gedanke viel näher, daß sie alle nur an die Erhaltung ihres Lebens dachten? War nicht anzunehmen, daß jene Eindrücke auf weniger gefestigte Charaktere verderblich einwirken würden, namentlich in Stunden der Not, wo menschliche Schwächen sich hervordrängten?"

Das Heer teilt meine Ansicht!

Auch hier ziehe ich die Generale v. Gallwitz und Gröner als Zeugen heran.

Nach Weißbuch Nr. 86 sagt General v. Gallwitz: „Unsere Kräfte haben zweifellos gut gehalten. Es steckt also in unserer Truppe noch ein guter Kern und noch sehr viel Elemente, die widerstandsfähig sind. Aber die moralische Einwirkung aus der Heimat hat sich sehr ungünstig bemerkbar gemacht: besonders die Länge des Krieges und die Lage der Verwandten in der Heimat habe ungünstig auf die Widerstandskraft der Truppe eingewirkt. Ebenso habe oft der Heimats-

urlaub schlecht gewirkt. Die Leute seien oft in schlechterer Stimmung aus der Heimat zurückgekommen, als sie dahin gegangen seien. Ungünstig habe sich auch bemerkbar gemacht, daß wir die Presse aller Richtungen ungehindert hätten im Heere sich verbreiten lassen. Auf dem Boden der Kriegsmüdigkeit und der Sehnsucht nach dem Frieden, sowie beeinflußt durch politische Vorgänge in der neueren Zeit, habe sich eine schlechte Stimmung gegen das Weiterkämpfen, insbesondere auch gegen die Disziplin, bemerkbar gemacht. Es seien meist nur einzelne Teile und gewisse Zentren, aus denen die Stimmung hervorgehe und die der Heerführung bekannt seien. Äußerlich trete es im Nachlassen der militärischen Haltung und der Disziplin zutage; im Kampfe darin, daß diese kriegsmüden Elemente teils die Nerven verlören, teils sich drückten. Die Drückebergerei habe einen erschreckenden Umfang angenommen, besonders in Waldgefechten. Die innere Struktur der Armee habe durch diese Beeinflussung gelitten und dies mache sich neben der zahlenmäßigen Überlegenheit besonders bemerkbar. In allerletzter Zeit habe unser Waffenstillstandsangebot ungünstig gewirkt. Ferner die Zustimmung zu der Räumungsforderung.

Trotzdem könne die Armee noch als widerstandsfähig hingestellt werden, wenn gewisse strategische Maßnahmen getroffen und die Stimmung gehoben würde. Zunächst müsse für erhöhten Ersatz gesorgt werden. Auch müsse sonst in der Heimat noch weiter durchgesiebt werden. Einmal um Leute zu bekommen, anderseits um der Mißstimmung in der Armee darüber entgegenzutreten, daß noch viele kriegsverwendungsfähige Leute sich in der Heimat herumdrückten. Auf qualitativer Seite müsse die Stimmung in der Armee gestärkt werden. Nach seiner Meinung sei es notwendig, daß, wenn wir uns entschlössen, noch weiterzukämpfen, ein gewaltiger Appell an Heimat und Heer erginge."

Nach Weißbuch 100 sagt General Gröner: „Die Berichte über die Stimmung im Heer lassen erkennen, daß einzelne Divisionen trotz langen Einsatzes und erheblicher Verluste sich be-

wundernswert schlugen, während andere, die frisch in den Kampf kamen, ohne klar erkennbare Gründe versagten. Jedenfalls haben das Waffenstillstandsangebot und die mutlosen und unzufriedenen Presseäußerungen niederdrückend auf die Stimmung gewirkt. Von allen Seiten wird immer wieder gemeldet, daß die aus der Heimat zurückkehrenden Urlauber und die aus dem Osten herangeführten Ersatzmannschaften die Stimmung ungünstig beeinflussen. Es darf nicht unerwähnt bleiben, daß die letzteren häufig von bolschewistischem Geist angehaucht sind.

Wenn das Heer noch ungeschlagen ist, so ist dies dem in der Masse des Heeres noch vorherrschenden pflichttreuen und tapferen Geist zuzuschreiben. Mehr und mehr tritt im Kampfe hervor die Macht der einzelnen Persönlichkeit, ob Offizier oder Mann. Dort, wo in den Herzen der Feldgrauen noch das heilige Feuer vaterländischer Begeisterung glüht, wird auch die leuchtende Tat geboren. Und der Ansturm des Feindes zerschellt an dem freudigen Entschluß unserer braven Leute, das Leben für die Heimat hinzugeben. Wie soll etwa dieses heilige Feuer erhalten bleiben, wenn aus der Heimat durch die Polemik der Presse, durch die zurückkehrenden Urlauber, durch die aus russischer Gefangenschaft Heimgekehrten und Wiedereingestellten eiskalte und die Truppen entnervende Güsse über das Heer ausgeschüttet werden? Was wir von der Heimat fordern, ist nicht Kritik und Polemik, sondern Stärkung und Stählung von Herz und Seele. *Wenn nicht schleuniger Wandel geschieht, richtet die Heimat das Heer zugrunde**). Das habe ich pflichtmäßig hier zu erklären.

Ebenso hat mich der Generalfeldmarschall beauftragt, in der Frage der Abdankung des Kaisers wörtlich zu erklären, daß er sich für einen Schuft hielte, wenn er den Kaiser verlassen würde, und so, meine Herren, denke ich und alle ehrliebenden Soldaten. Wie sollen die Tausende und aber Tausende von tapferen Offi-

*) Von mir hervorgehoben. Der Verfasser.

zieren und Soldaten den Entschluß zum Opfertode finden, wenn in ihre Herzen und Gewissen der Zwiespalt hineingetrieben wird? Wovon man in der Heimat keine Ahnung zu haben scheint, das ist die Psychologie des Heeres. Das sind die Imponderabilien, auf denen der Gehorsam beruht. Hört die Hetze gegen den Kaiser nicht auf, so ist das Schicksal des Heeres besiegelt. Es läuft auseinander. In der nach der Heimat zurückströmenden Soldateska bricht die menschliche Bestie hervor.

Des Generalfeldmarschalls und meine Gesamtauffassung ist: Der schlimmste Feind, dessen das Heer sich zu erwehren hat, ist die Entnervung durch die Einflüsse der Heimat, ist der drohende Bolschewismus*) **).

---

*) Von mir hervorgehoben. Der Verfasser.

**) Ich schreibe in meinen „Kriegserinnerungen" zur Frage der Abdankung des Kaisers:

„Ich warnte (am 25. Oktober) davor, die Stellung Seiner Majestät gegenüber dem Heere zu erschüttern. Seine Majestät wäre unser Oberster Kriegsherr, das ganze Heer sähe seine Spitze in ihm. Wir hätten ihm Treue geschworen. Diese Imponderabilien dürften nicht unterschätzt werden. Sie lägen uns in Fleisch und Blut und verbänden uns fest mit dem Kaiser. Was den Kaiser beträfe, beträfe auch den Zusammenhalt des Heeres.

Die Erschütterung der Stellung des Offizierkorps und des Obersten Kriegsherrn in einem Augenblick, in dem das Heer einer tief ernsten Prüfung unterworfen wurde, war von unendlicher Kurzsichtigkeit. Es war der schwerste Schlag gegen die Ordnung im Heer und Staat, in einer Zeit, wo das Heer berufen war, Hüter der staatlichen Ordnung zu werden. Es hat später die Manneszucht des Heeres viel mehr untergraben als die überhastete Räumung der linksrheinischen Lande, die wir uns auferlegen ließen.

In gleichem Sinne sprach ich mich auch Anfang November einigen sozialdemokratischen Führern gegenüber aus. Auch sie konnten nicht verstehen, was der Kaiser dem Heere war, nicht nur uns alten Offizieren, sondern ebenso dem Manne in Reih und Glied."

Noch ein anderes Wort des Generals Gröner. Nach den Ausführungen des Prinzen Max in der Frankfurter Zeitung vom 9. August 1919 sagte der General: „Die Regierung habe die Verhetzung durch die heimatlichen Blätter und die Propaganda durch die feindlichen Blätter nicht in genügendem Maße gehindert und dadurch der Armee namenlosen Schaden zugefügt."

Der sächsische General Löffler, Mitarbeiter der Frankfurter Zeitung, bezeugt in einem Artikel, der sich gegen mich und die Auffassung meines Buches wendet, daß die Heimat an dem Niedergange des Heeres schuld sei, daß seine Division noch am 10. November 1919 einen glänzenden Gegenangriff gemacht habe. Das ist ja das, was auch ich sage, es war am Ende des Ringens noch Kraft im Heere. Wenn General Löffler weiter erzählt, er habe am 11. die Stunde des Waffenstillstandes mit Sorgen erwartet, so ist das Sache des Temperaments. Starke Nerven überwinden solche Sorgen eher wie schwache. Vielleicht wären die Sorgen dem General Löffler erspart geblieben, wenn die Regierung stets, jedenfalls nun seit Mitte Oktober, in der Erkenntnis, daß, um mit den Worten des Weißbuchs zu sprechen, ein Wortbruch Wilsons zu erwarten sei, das deutsche Volk voll aufgeklärt und dem Heere neue Kraft zugeführt hätte.

Immer wieder wird behauptet, nur Ersatzmangel und die feindlichen Tanks hätten uns die Niederlage gebracht. Das wird auch aus dem Vortrage des Majors Frhrn v. dem Busche gefolgert, da er am 2. Oktober nicht von dem Geist der Truppen gesprochen hat, wie ich bei Niederschrift meiner „Erinnerungen" in Schweden glaubte. Der Major hat es unterlassen, um in diesem Augenblick keine Gegensätze hervorzurufen. Er befürchtete eine noch heftigere Erschütterung seiner Zuhörer, wenn er sich auch hierüber rücksichtslos ausgesprochen haben würde. Er beschränkte sich daher auf einen Appell am Schlusse seines Vortrages. Wie Major Frhr. v. dem Busche dachte, zeigt sein Bericht an die Oberste Heeresleitung über die Ereignisse Ende

September/Anfang Oktober, dem die Niederschrift des Vortrages vom 2. Oktober beigefügt war:

„Ende September hatte sich die militärische Lage zu unseren Ungunsten entwickelt. Die Ursachen sind zu suchen:

a) Vor allem in der von der Heimat ausgehenden zunehmenden Zersetzung der Moral des Heeres und, damit im Zusammenhang stehend,

b) in der zunehmenden Erschöpfung und Überanstrengung der Truppen,

c) in der Unmöglichkeit, das Heer durch Zuführung auch nur des notwendigsten Ersatzes kampfkräftig zu erhalten,

d) in dem immer erdrückender werdenden Kriegsmaterial der Entente, vor allem an Tanks."

Ich spreche mich in meinem Buch über die von Major Frhrn. v. dem Bussche aufgeführten Punkte kurz wie folgt aus:

„War die Stimmung fest, dann wurden auch Drückeberger und Deserteure an der Front festgehalten; die Reklamierten in der Heimat wurden williger freigemacht; der Ersatzmangel trat weniger in Erscheinung; die seelischen Eindrücke des Kampfes wurden besser überwunden" (hierzu gehörten auch die Tanks. Der Verfasser.).

An einer anderen Stelle schreibe ich:

„Die Ersatzlage brauchte nicht so ungünstig zu sein. Der Ausfall an Deserteuren war ungemein hoch. Ihre Zahl im neutralen Ausland, z. B. Holland, belief sich auf die Zehntausende. Noch vielmehr hielten sich in der Heimat auf, von ihren Mitbürgern stillschweigend geduldet, von den Behörden nach jeder Richtung hin unbelästigt. Sie und die Drückeberger in der Front, die sich ebenfalls auf viele Tausende beliefen, minderten die Gefechtsstärken der fechtenden Truppen und namentlich der Infanterie, aus der sie der großen Mehrzahl nach stammten, entscheidend. Diese Menschen mußten dem Heer erhalten bleiben, dann wäre die Ersatzlage nie so gespannt geworden. Mehr Ersatz konnte aufgebracht werden, wenn der

Kriegswille in der Heimat da war. Von diesem Kriegswillen hing Entscheidendes ab, aber er versagte."

Weiter führe ich aus den Herbsttagen 1918 an:

„Die 1. Garde-Infanterie-Division, von Prinz Eitel Friedrich ruhig und sicher geführt, und die bewährte Garde-Kavallerieschützen-Division wußten nichts von Tankschrecken, sie schlugen sich hervorragend."

Und warum schlugen sie sich so? Weil sie fest in Manneszucht waren und der Geist der Armee von 1914 sie beseelte.

Will das Volk noch mehr Beweise, so soll es abertausend Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften hören. Es muß den Zusammenhang der Ereignisse verstehen, um die Wirkung des Nachlassens unserer geistigen Spannkraft voll ermessen, allerdings auch beurteilen zu können, welchen Einfluß das Erhalten des Geistes von 1914 auf den Soldaten und damit auf die Kriegführung gehabt haben würde*). Der Zusammenhang der Dinge wird so oft mit Absicht übersehen, um dann zu fragen, welchen Nutzen sich die Oberste Heeresleitung von dem Einstellen der Drückeberger und Ausgekämmten mit schlechtem Geist versprochen hätte. Die Frage ist einfach zu beantworten: So weit hätte es nie kommen dürfen.

Es ist eine unerhörte, trotzdem sehr beliebte Darstellung, daß die Revolution des 9. November ein morsches Heer vorgefunden habe, daß sie also hieran keine Schuld haben könne. Sie enthält eine starke Zumutung an die — Leichtgläubigkeit der Mitmenschen. Wissen denn die Betreffenden nicht, daß sie selbst die Revolution jahrelang planmäßig vorbereitet, den Haß

---

*) Bei dem Korrekturlesen besuchte mich ein ehemaliger Angehöriger meines früheren Regiments. Er erzählt mir, er wäre gegen Ende des Krieges Schreiber beim Generalkommando in Danzig gewesen. Der letzte Ersatztransport wäre gegen Mitte Oktober mit etwa 270 Mann abgegangen, weniger als 100 wären im Felde eingetroffen, die andern noch in der Heimat desertiert! Diese gingen dem Heer verloren. Was hier sich ereignet hat, geschah an leider unendlich vielen anderen Stellen. Der Verfasser.

gegen alles Bestehende geschürt und jede Autorität untergraben haben? Wenn das Heer so morsch war, warum hatten dann die Gewalthaber in Berlin noch Anfang Dezember solche Furcht vor diesem Heere, warum wurde es denn so gründlich zerschlagen? Solche Tatsachen bekunden die Wahrheit:

Das feindliche und neutrale Ausland und viele Deutsche werden sich damit abfinden müssen, daß das deutsche Heer nicht auf dem Schlachtfelde besiegt ist, trotz des heißen Bemühens der bisherigen Feinde und ihrer Presse in den eigenen und neutralen Ländern und unablässigen Strebens vieler Deutscher, das Gegenteil zu beweisen.

Die schwache Regierung und ein Teil des Volkes haben es auf ihrem Gewissen, das Heer am Feinde besiegt und dann zum Zusammenbruch gebracht zu haben.

Auch hier wird es dem Weißbuch nicht gelingen, die Verantwortlichkeit zu verschieben.

Der Ruhm des Heeres am Feinde steht fest.

Ich muß noch auf Einzelheiten eingehen:

Nach der Deutschen Allgemeinen Zeitung vom 19. August 1919 ist der Vortrag des Generals Gröner, der im Weißbuch Nr. 100 wiedergegeben ist, drei Tage vor der Herausgabe des Weißbuchs in den Besitz der Reichskanzlei gelangt und in den stehenden Drucksatz eingefügt. „Das wäre der einzige Grund, warum er in der »Vorbemerkung« auch nur kurz gestreift sei. Sonst wäre der klare Ausspruch auch dieses Fachmanns, daß der Widerstand nur noch von kurzer Dauer sein könne, vermerkt worden, weil er für die weiteren Entschlüsse der Reichsleitung mitentscheidend war."

Ich stelle zunächst die Frage: Warum ist mir nicht Gelegenheit gegeben, zu den sogenannten Protokollen vor ihrer Veröffentlichung Stellung zu nehmen? Ich habe doch den Reichspräsidenten Ebert bei meiner Rückkehr aus Schweden in einem, allerdings von ihm nicht beantworteten Brief gebeten, eine Klarstellung herbeizuführen? Erst als dies nicht geschehen war,

mußte ich einseitig hervortreten. Man greift mich und in mir das an, was uns groß gemacht, oder sieht diesem tatenlos zu, man will dem Volk so unendlich viel und mir meinen guten Namen und guten Glauben nehmen, unsere große Vergangenheit vergiften und den nationalen Wiederaufbau unmöglich machen. Und wenn ich dann hervortrete und eintrete für das alles, was begeifert wird, entrüstet man sich mit scheinbar frommem Augenaufschlag und setzt sich auf das hohe Pferd vaterländischer Gesinnung. Man meint, ich erschwere die Sammlung des deutschen Volkes. Alle Vorgänge werden vergessen und vor allem das, daß das Volk ein Anrecht auf Wahrheit hat und daß die Sammlung erst möglich ist, wenn die Begriffe geklärt sind. Auch hier das Bestreben, die Verantwortlichkeit zu verschieben!

Wichtiger als die erste ist die zweite, die ausschlaggebende Frage, warum war nur der eine Satz, daß der Widerstand nur noch von kurzer Dauer sein könne, für die weiteren Entschlüsse der Reichsleitung entscheidend?

Warum waren es nicht die anderen Äußerungen dieses militärischen Fachmannes, so nennt doch die Deutsche Allgemeine Zeitung General Gröner?

Warum beherzigte die Regierung nicht seine zutreffenden Worte über die Wirkung der Abdankung des Kaisers auf das Heer: „hört die Hetze gegen den Kaiser nicht auf, so ist das Schicksal des Heeres entschieden. Es läuft auseinander“,

und den Satz:

„Der schlimmste Feind, dessen sich das Heer zu erwehren hat, ist die Entnervung durch die Einflüsse der Heimat, ist der drohende Bolschewismus —“?

Ich frage wieder: Was haben denn die Mehrheitsparteien des alten Reichstags und die Mehrzahl der ihnen zur Verfügung stehenden Presse getan, um den Krieg zu gewinnen und die revolutionäre Propaganda zu verhindern? Was tat die Re-

gierung des Prinzen Max, um den Kaiser zu halten, der Entnervung der Heimat entgegenzuarbeiten und der Revolution Herr zu werden?

Die Entnervung der Heimat nahm überhand, Deutschland wurde von oben und unten revolutioniert. Mit klarem Bewußtsein über die Bedeutung der Abdankung des Kaisers für den Zusammenhalt des Heeres und der Heimat hat die Regierung den Kaiser entfernt.

Die Mehrheitsparteien erstrebten die Macht. Alle Mittel waren ihnen recht. Sie täuschten sich selbst und anderen absichtlich und in Weltfremdheit den Verständigungsfrieden vor. Die Regierung wollte den sie vertretenden Parteien und Wilson gefällig sein. Sie brachte uns damit die Revolution und den Frieden von Versailles.

Die Mehrzahl der Deutschen sah tatenlos zu, sie stemmte sich nicht der Entnervung der Heimat entgegen. Sie vergaß die Treue und rührte in grenzenloser Verworrenheit keinen Finger für den Kaiser und die Landesfürsten. Sie erstarb dafür in Ehrfurcht vor den neuen Machthabern, die dem Vaterlande so unsägliches Unheil zugefügt hatten. Sie wurden aus Eigennutz zum Teil Diener dieser Männer und ergaben sich ihrem Einfluß, statt sich allein auf die hohe Warte des Dienstes des Vaterlandes zu stellen und nur zu sinnen und trachten, wie ihm zu helfen ist.

Vor mir liegt bei Durchsicht der Korrektur „Die Glocke", Heft 23 vom 6. September. In dem sehr lesenswerten Aufsatz von Dr. Paul Lensch sagt der sozialdemokratische Oberpräsident von Ostpreußen Herr Winnig:

„Ich habe die Revolution nicht gewollt und unsere ganze Partei hat sie nicht gewollt. Wir haben im Gegenteil vier Jahre in Wort und Schrift gegen die Revolution gekämpft, nicht weil wir mit den alten Zuständen zufrieden gewesen wären (es ist unnötig, das zu sagen), sondern weil wir wußten, daß die Revolution unseren militärischen und politischen Zusammenbruch bedeuten und uns der Rachsucht und Raubgier

der haßerfüllten Feinde ausliefern würde. Das ist die Wahrheit und darum sollten wir heute nicht so tun, als wenn wir die Revolution gewollt hätten. Die Abrechnung mit dem alten Regime, die ganze und zornige Abrechnung wäre nach beendetem Friedensschluß doch gekommen, wir hätten sie vornehmen können, ohne unser Land den übermütigen Siegern auszuliefern. Wir hätten dann auch den Vorteil gehabt, uns auf zielbewußte und disziplinierte Massen stützen zu können und hätten nicht zu besorgen brauchen, daß die Revolution zu einer Gelegenheit für Wahnsinnige und Verbrecher würde."

Sind nicht einzig und allein die im letzten Satz niedergelegten Tatsachen die Ursache, daß Herr Winnig die ganze sozialdemokratische Partei von der Revolution abrücken lassen möchte? Ich kann nur fragen, wer hat denn sonst eigentlich die Revolution gemacht? Die „Unabhängigen" allein? Kennt Herr Winnig zum Beispiel wirklich nicht die Aufsätze im „Vorwärts", die den Klassenkampf und damit die Revolution in maßloser Weise schürten. Waren nicht die sozialdemokratischen Führer die Hauptvertreter des Gedankens des Verständigungsfriedens? Sprach nicht einer der Ihrigen es aus, daß ein deutscher Sieg den Interessen der Sozialdemokratie nicht entsprechen werde. War das Gerede vom Verständigungsfrieden nur Brosamen für das „dumme" Volk, war es nur ein Mittel, um den Erfolg, den die Sozialdemokraten und viele andere nicht wünschten, zu verhindern. Wie sind diese Widersprüche zwischen Taten und Worten zu erklären?

Das eine ist — bekräftigt durch die Worte des Oberpräsidenten Winnig — einwandfrei erhärtet: die sozialdemokratischen Führer, Unabhängige sowie Mehrheitssozialisten, allerdings auch mit ihnen viele andere, wußten, daß die Revolution unseren Zusammenbruch bedeutete, und daß sie unser Land den übermütigen Siegern ausliefern würde. Trotzdem, vielleicht deshalb, bereiteten sie die Revolution planmäßig vor, spielten zum mindesten nur gar zu gern mit dem Feuer, ließen ihr dann freie Bahn, zerschlugen das Heer, riefen das treu

arbeitende Beamtentum und die alte Armee, besonders den Offizier, zu Hilfe, um die Revolution einzudämmen, fallen aber wieder dem Beamtentum und der Armee in den Rücken. Die preußischen Minister zerstören den inneren Aufbau des preußischen Staats. Unter den Augen des Reichswehrministers wird durch Begünstigung des republikanischen Führerbundes und des Verbandes inaktiver Unteroffiziere und Mannschaften sowie andere unverständliche Maßnahmen*) das sich kaum

*) Ich zähle dazu unter vielen anderen:

1. Die Zerschlagung der Freikorps, in denen sich die Traditionen des Heeres von 1914 am besten fortgesetzt haben und die deshalb der Regierung und ihren Hintermännern besonders verabscheuungswürdig erscheinen, obschon sie ihnen ihr Leben verdanken.

2. Mangelhafte Fürsorge für die Ausbildung der jungen Offiziere.

3. Die von der Sozialdemokratie begünstigte Laschheit des Dienstbetriebes, um die Festigung der Mannszucht zu hintertreiben.

4. Der Wegfall der Militär-Gerichtsbarkeit, ohne die eine Mannszucht, und damit ein Heer, undenkbar ist.

5. Der Wegfall der Ehrengerichte für den Offizier.

6. Schlechte Besoldung, Bekleidung und zum Teil mangelhafte Verpflegung und Unterbringung. Diese Mißstände werden durch die besseren Lebensbedingungen der Sicherheitspolizei und die Verschleuderung des Heeresguts durch die Revolution um so schärfer beleuchtet.

7. Das Verbot von Neuanwerbungen. Die Folge ist ein Verwässern und Auseinanderlaufen der Truppe. Und doch würden in den zurückkehrenden Kriegsgefangenen zum Teil gute Kräfte gewonnen und ihnen damit geholfen werden können.

8. Die Unsicherheit des Offiziers, Unteroffiziers und Soldaten über ihre Zukunft, die den Besten veranlassen, dem Dienst der undankbaren Republik den Rücken zu kehren.

Nach welcher Tendenz das Offizierkorps behandelt wird, das zeigen die Worte des Reichswehrministers, des berufenen Vertreters der Offiziere, am 28. September in der außerordentlichen Konferenz sämtlicher Vertrauensleute der Berliner Sozialdemokratie, denen er sich verantwortete:

Wir werden am 1. Januar 1920 ein bettelarmes Offizierkorps haben, das mit seinem Bestand an die Sicherheit des Landes und an die Festigkeit der Regierung gebunden ist.

Jetzt weiß der Offizier, was er von der sozialdemokratischen Partei, dem eigentlichen Oberbefehlshaber der Armee, zu erwarten hat! Sie steht der hohen Ethik des Offiziers verständnislos gegenüber. Geld ist ihr alles — aber der Offizier ist nicht käuflich, gerade weil er arm ist.

zurechtfindende Heer zerschlagen. Die beiden Säulen, an denen sich die Revolution des 9. November doch vornehmlich brach, sollen morsch gemacht werden. Das Studententum, das so Gutes leistete, wird unterwühlt! Wie die Mehrheitsparteien dem tapferen Heere am Feinde in den Rücken fielen, so fallen sie jetzt dem Heere, das mit der Front gegen den inneren kommunistisch-spartakistischen Umsturz steht, in kurzsichtiger Verblendung in den Rücken. Es ist dasselbe verhängnisvolle Spiel wie während des Krieges. Und wieder wird das Opfer unser Vaterland! Wieder steht das Bürgertum abseits! Es tröstet sich wie damals mit unseren Siegen, jetzt mit dem vermeintlichen Ruck nach rechts, wie ihn Wahlen zeigen! Mag er erfreulich sein, so ist dies ganz gleichgültig gegenüber dem sich scharf zusammenziehenden und straff geführten sozialistisch-spartakistischen Umsturz, oder wie man ihn sonst nennen mag. Wenige entschlossene Sozialdemokraten haben das Deutsche Reich am 9. November umgeworfen. Warum sollte es sich bei dem bevorstehenden Kampf trotz des Rucks nach rechts anders entwickeln? Die breite unhandliche und in sich uneinige Masse der Deutschen wird unabweislich Beute des geschlossenen Umsturzes werden. Die Masse unterliegt, wenn die gefestigten kommunistisch-sozialistischen Stoßtrupps die durch die Regierung geschwächten Stützen der Ordnung, die am 9. November schließlich noch hielten, nunmehr unterlaufen.

Den Fluch des 9. November und des Friedens von Versailles hat die Sozialdemokratie mit den Mehrheitsparteien des alten Reichstages zu tragen. Ob dank der Tätigkeit derselben Parteien Heer und damit das Vaterland einen neuen 9. November überstehen werden, das wird die Zukunft lehren. Die Verantwortung hierfür wie für Gegenwart und Vergangenheit kann Herr Winnig nicht verschieben.

Auch der kommende Winter der Arbeitslosigkeit, des Hungerns und Frierens fällt ihnen zur Last.

Die Regierungszeit der früheren Reichstagsmehrheit ist fruchtlos gewesen.

Wann endlich wird in der Sozialdemokratie und den

anderen Parteien nationales Tun stärker sein als der Verfolg kurzsichtiger und das Ganze schädigender Parteiinteressen? Wann endlich werden die Ordnung und Arbeit liebenden Deutschen, losgelöst vom überlebten politischen Parteigezänk, sich zusammenschließen und das deutsche Vaterland, das Gemeinwohl und die Ehrlichkeit über alles stellen? Wo bleiben die Männer, die im Felde nebeneinander gekämpft haben? Ist alles spurlos an dem deutschen Geschlecht vorbeigegangen? Es verstand sich doch auf dem Schlachtfelde, warum nicht auf dem Felde der Arbeit daheim? Allerdings leiteten das Heer ein großer nationaler Gedanke und starke Hände. Anders ist es zu Haus!

B.

Das Weißbuch schreibt in seiner „Vorbemerkung“, wie in blutigem Hohn:

„Inzwischen erlebt die ruhige Politik der konsequenten Fortführung des am 3. Oktober unwiderruflich eingeleiteten Schrittes noch einen wichtigen Erfolg: Die Lansingsche Note (vom 5. November. Der Verfasser.) trifft ein, in der ausdrücklich mitgeteilt wird, daß die alliierten Regierungen für den endgültigen Friedensvertrag die Wilsonschen Punkte mit zwei bestimmt bezeichneten Ausnahmen ebenfalls angenommen haben (Nr. 101).“

Die erste Ausnahme ist die Freiheit der Meere, über die sich die Entente bezeichnenderweise volle Freiheit vorbehält.

Die zweite „Ausnahme“ lautet:

„Ferner hat der Präsident in den in seiner Ansprache an den Kongreß vom 8. Januar 1918 niedergelegten Friedensbedingungen erklärt, daß die besetzten Gebiete nicht nur geräumt, sondern auch wiederhergestellt werden müßten. Die alliierten Regierungen sind der Ansicht, daß über den Sinn dieser Bedingungen kein Zweifel bestehen darf. Sie verstehen dadurch, daß Deutschland für allen durch seine Angriffe zu Wasser und zu Lande und in der Luft der Zivilbevölkerung der Alliierten und ihrem Eigentum zugefügten Schaden Ersatz leisten soll.“

Was läßt diese „Ausnahme“ für einen Spielraum!

Auf dieser Lansing-Note beruht nach dem Weißbuch der Frieden.

Das Weißbuch führt aus, daß die Zusagen der Lansingschen Note vom 5. November 1918 gebrochen sind, und sieht hierin anscheinend die einzige Ursache für den Gewaltfrieden von Versailles.

Mit der Regierung stehe ich als Deutscher auf dem Standpunkt, daß die Zusagen der Lansing-Note nicht eingehalten sind.

Ist aber eine Regierung entschuldigt, wenn sie trotz der von Herrn Winnig ausgesprochenen Ansichten über die Rachsucht und Raubgier haßerfüllter Feinde, trotz der Erfahrung einer tausendjährigen Weltgeschichte sich auf Gnade und Ungnade wehrlos diesem Feinde ausliefert, wenn sie Bedingungen annimmt, die jede Auslegung gestatten, obschon sie selbst die schwersten Befürchtungen hegt, daß Wilson später seine Grundsätze verletzen oder die Verletzung dulden würde. Sie kannte doch auch die Strömungen, mit denen Wilson im eigenen Lande und bei der Entente zu rechnen hatte, man konnte sich doch über die Absichten eines Lloyd George und Clemenceau keinerlei Täuschungen hingeben. Man wußte schließlich, wie wenig Anklang der Gedanke eines Versöhnungsfriedens in den feindlichen Völkern in Praxis Boden gewonnen hatte und daß die sozialdemokratischen Massen der anderen Länder auf nationalem und nicht, wie bei uns, auf internationalem Boden standen.

Wie kam es ferner, daß Wilson in Deutschland, wie das Weißbuch sagt, der populärste Mann werden konnte, dem doch anscheinend volles Vertrauen geschenkt wurde, obschon bei der Regierung der Glaube an ihn nicht vorhanden war?

Wie war es möglich, daß in Deutschland eine Stimmung entstehen konnte, daß das Weißbuch für die Zeit Anfang November schreibt:

„Jeder Versuch einer Hinausschiebung wäre jetzt dem

Strom entgegengelaufen; wo die Mannschaften einen solchen Versuch vermuten erheben sie sich —"?

Hieran sind doch nur die Regierung des Prinzen Max und die nachfolgenden schuldig!

Man mußte auch wissen, daß Wilson das einzige Gegenspiel gegenüber Frankreich-England genommen wurde, selbst wenn man an seine idealen Absichten uneingeschränkt glaubte, als man mit Eifer das stolze und unbesiegte deutsche Heer zerschlug.

Ein Verschieben der Verantwortlichkeit gibt es nicht!

Ist es schließlich klug, um sich selbst zu entlasten, dem Oberhaupt eines mächtigen Staates, mit dem man in Freundschaft zu leben hofft, immer wieder Wortbruch vorzuwerfen, selbst wenn man ihn als vorliegend ansieht?

Wenn das Weißbuch in seiner „Vorbemerkung" schließlich meint, der Schritt vom 3. Oktober wäre unwiderruflich eingeleitet gewesen, warum dann die Sitzungen vom 9. und 17. Oktober?

Also das Ganze war nur eine Farce, ein Spiel mit der Obersten Heeresleitung und dem deutschen Volk. Genau so unwürdig wie die Farce des nationalen Aufschwungs am und nach dem 12. Mai 1919.

Die Sitzungen aber mußten sein, um der Obersten Heeresleitung und dem Heere die Verantwortlichkeit zuzuschieben.

Es bleibt wahr, was Prinz Max von seiner eigenen Regierung am 22. Oktober gesagt hat:

„Wer sich ehrlich auf den Boden des Rechtsfriedens stellt, der hat zugleich die Pflicht übernommen, sich nicht kampflos dem Gewaltfrieden zu beugen. Eine Regierung, die hierfür keine Empfindung hätte, wäre der Verachtung des kämpfenden und arbeitenden Volkes preisgegeben."

Prinz Max und seine Regierung haben sich kampflos dem Gewaltfrieden gebeugt. Die Schlußfolge ergibt sich von selbst.

Eine solche Regierung oder ihre im gleichen Sinne arbei-

tenden Nachfolger sollten aber nicht den Versuch machen, die Verantwortung zu verschieben.

Der Generalfeldmarschall und ich tragen die unsrige stolz erhobenen Hauptes. Wir lehnen ab, uns mit fremder zu belasten. Die „Belasteten" sind nicht die Männer, die alles taten, um den Krieg zu gewinnen, sondern die, die in falscher Mentalität oder absichtlich dies hinderten.

Die ganze ungeheure Lüge eines Verständigungsfriedens, dessen Möglichkeit immer wieder bewiesen werden soll, und in der die Mehrheitsparteien des Reichstags trotz der Einsicht des Herrn Winnig, die Regierung des Prinzen Max und alle nachfolgenden deutschen Regierungen befangen waren, wenn sie sich nicht eines fluchwürdigen Betruges schuldig machen, verflüchtigt sich. Die „Versöhnung der Völker" herbeizuführen, war vor dem Kriege nicht geglückt. So kam der Krieg. Sie während des Krieges herbeiführen zu wollen war eine Ungeheuerlichkeit wider die menschliche Natur. Ebenso stand es mit dem anderen verderblichen Gedanken, der im Innern der Propaganda nach einem Verständigungsfrieden wohl mit zugrunde gelegen haben wird, nämlich mit dem, daß wir zwar nicht unterliegen, aber doch auch nicht gewinnen dürften, da sonst die „Reaktion" und der „Militarismus" gestärkt würden. Auch diesen Gedanken vertraten sehr viele deutsche Männer, während das Heer für sie blutete. Und so kam die Revolution.

Hören im Ringkampf stehende Männer auf das Wort Versöhnung? Geht der Kampf nicht weiter, bis einer am Boden liegt? Ist der Krieg ein Streik? Und auch hier ist das Versöhnen schwer — meistens recht einseitig. Warum gelingt es den Vertretern des Gedankens des Versöhnungsfriedens, die in der Deutschen Republik die Macht in den Händen haben, denn jetzt noch immer nicht, diese „Versöhnung" der Geister wenigstens doch nach innen unter ihren kommunistisch-bolschewistischen Gesinnungsgenossen durchzuführen?

Es gab und gibt in dem einmal begonnenen Kampf eben nur Sieg oder Niederlage — das ist traurige Wahrheit — es

sei denn, daß beide Parteien todeswund werden. Dies trat nicht ein. Durchdrungen von dem gewaltigen Ernst der Lage hat der Generalstab den Krieg so vorbereitet, wie es nur in seinen Kräften stand. Als Erster Generalquartiermeister habe ich in dem gleichen Sinne gearbeitet. Das Heer wurde weiter gebildet und von der Heimat Rüstzeug aller Art, nicht zum mindesten geistige Kriegsfähigkeit, gefordert. Wie vor dem Kriege, so versagte im Kriege die Regierung — so war der Sieg nicht unser, wir nahmen den letzten Endkampf nicht auf und erhielten den Frieden von Versailles.

Wir werden den bolschewistischen Umtrieben erliegen, wenn die Regierung und die Mehrzahl des Volkes auf dem eingeschlagenen Wege weitergehen.

Auch hierüber wird es kein Verschieben der Verantwortlichkeit geben! Sie ruht mit ganzer Schwere auf der Regierung, aber — auch auf jedem von uns.

Nach dem ungeheuren Erleben der vier Kriegsjahre, dessen erschütternde Größe namentlich dem Soldaten am Feinde offenbar wurde, und das die Männer, die sich bisher ferner standen, zusammenführte, sollten die Deutschen, ob Männer oder Frauen, die Wirklichkeit erkennen und bei persönlichen Opfern entschlußfreudig handeln, um auf dem Alten fußend das eine weiterzubilden, das das Vaterland wie das vaterländische Gemeinwohl, damit aber auch das Wohl jedes einzelnen fordert: sozialer Aufbau auf nationaler Grundlage an Stelle sozialistisch-kommunistischer Weltzerstörung.

Nur so können wir Deutschen die Verantwortung vor uns selbst, unseren Kindern und unserem Herrgott tragen!

Am Sedantage 1919.

Ludendorff.

Anhang.

1.

Sitzung vom 9. Oktober 1918.

Zusammenstellung aus Nr. 36, 38, 43 des Weißbuchs.

A.

Fragen des Reichskanzlers und meine Antworten am 9. Oktober.

Als Begründung der Fragen wurde angegeben: wir müssen mit der Möglichkeit rechnen, daß diese Bedingungen (die der Präsident Wilson stellen würde) schwer sind. Wir werden also vor die Frage gestellt, ob unsere militärische Lage es uns gestattet, durch Verhandlung eine Milderung der Bedingungen anzustreben, auf die Gefahr hin, daß darüber eine Reihe von Wochen vergeht, Österreich-Ungarn und die Türkei sich von uns trennen und wir die Bedingungen des Präsidenten schließlich doch in ihrer ursprünglichen Form annehmen müssen.

Im nachfolgenden sind unter:

arabischen Ziffern die Fragen (Nr. 36 des Weißbuchs), unter

I. die schriftliche Antwort (Nr. 43 des Weißbuchs) und unter

II. die protokollarische Antwort (Nr. 38 des Weißbuchs) wiedergegeben.

In der Sitzung hatte ich den Entwurf der schriftlichen Antwort zur Stelle. Die Fragen waren mir kurz vor der Sitzung zugestellt, die Antworten von mir sogleich in Blei entworfen worden.

1. Wie lange kann die Armee den Feind jenseits der deutschen Grenzen halten, sei es in den jetzigen Stellungen, sei es in allmählicher Rückwärtsbewegung?

I. Die Rheinprovinz kann noch längere Zeit gehalten werden, da sie von unseren jetzigen Stellungen weit entfernt liegt. Auf Elsaß-Lothringen ist jedoch jederzeit ein Angriff möglich, wenn auch augenblicklich nicht wahrscheinlich.

II. Grenze der Westfront weit ab, können wir lange schützen. Angriffe in Lothringen möglich, Gefahr für lothringische Grenze sehe ich nicht. Wegen Holland sehe ich keine Gefahr, da Truppen, die etwa übertreten, interniert werden würden.

2. Muß auch heute noch mit der Möglichkeit eines militärischen Zusammenbruchs vor dem Frühjahr gerechnet werden und, bejahendenfalls, besteht diese Gefahr schon für die nächsten 3 bis 4 Wochen?

I. Die Gefahr des Zusammenbruchs hat immer bestanden. Ich befürchte ihn nicht. Er ist aber möglich.

II. Gefahr des Durchbruchs besteht immer. Engländer hätten beim ersten Tankangriff durchbrechen können.

3. Wie lange wird der augenblickliche kritische Zustand voraussichtlich noch dauern? Ist der Gefahrpunkt überschritten, wenn der Feind sich zur Einstellung seiner Großangriffe genötigt sieht, und wann wird dies voraussichtlich der Fall sein?

I. Es kann noch mehrere Wochen mit Großangriffen gerechnet werden. Werden sie vom Feinde eingestellt, so ist der Gefahrpunkt überschritten.

II. Ja. Nur Großangriffe gefährlich.

4. Kann nach Überwindung des Gefahrpunktes auf Konsolidierung unserer Front gerechnet werden und durch welche Mittel kann sie erreicht werden?

I. Ja, durch Ausscheiden von Reserven. Möglichkeit der Ruhe für großen Teil des Westheeres, Heranziehung allen verfügbaren Ersatzes (Einstellung des Jahrgangs 1900).

5. Wie liegen die Verhältnisse des Mannschafts- und Materialersatzes?

I. Der monatliche, gegen Ausfall nicht gedeckte Fehlbetrag an Mannschaften beträgt mindestens 70 000 Mann. Der Materialersatz ist hinreichend.

II. Uns fehlen im Monat 70 000. Material ist genügend da (im Protokoll fälschlich zu Frage gesetzt).

6. Kann beim Scheitern der gegenwärtigen Friedensaktion trotz des Abfalls eines der beiden uns noch verbliebenen Bundesgenossen der Krieg von uns allein bis zum Frühjahr fortgeführt werden?

I. Wenn eine Kampfpause im Westen eintritt, ja.

II. Wir brauchen eine Kampfpause dazu, dann können wir uns wieder konsolidieren (im Protokoll fälschlich zu Frage 5).

7. Siehe Seite 7 dieses Hefts.

Nr. 36 des Weißbuchs fährt nach Stellung dieser sieben Fragen fort:

Nach den bisher eingegangenen Nachrichten erscheint es nicht ausgeschlossen, daß Präsident Wilson als Vorbedingung für den Eintritt in die Verhandlungen die Räumung Belgiens und Nordfrankreichs fordern wird; es fragt sich daher weiter:

1. Würde die Oberste Heeresleitung empfehlen, daß wir eine solche Forderung bedingungslos annehmen oder daß wir sie mit Gegenbedingungen beantworten?

I. Keine bedingungslose Annahme, sondern Gegenbedingungen.

Weißbuch fährt fort: Falls die militärische Lage unter den oben angeführten Gesichtspunkten einen Zeitverlust durch Verhandlungen zuläßt, kämen als Gegenbedingungen in Frage:

a) Die von Frankreich und England besetzten Gebiete Ober-Elsaß (eventuell auch die deutschen Kolonien), sind gleichfalls zu räumen.

I. Ja.

b) Garantien sind dafür zu leisten, daß der Feind uns nicht folgt. Eventuell könnte gefordert werden, daß die von uns geräumten französischen Gebiete nur von amerikanischen

Truppen besetzt werden und daß Belgien nur von belgischen Truppen betreten, seine Neutralität von allen Kriegführenden geachtet und der belgische Boden nicht wieder zum Kriegsschauplatz gemacht wird.

I. Es muß eine Demarkationslinie bestimmt werden. Die Neutralität Belgiens muß erreicht werden.

c) Erklärung unserseits, daß wir, um die Verschlechterung unserer strategischen Lage im Westen auszugleichen, unsere Truppen auch aus den von uns besetzten Gebieten im Osten (Baltikum, Litauen, Polen und Ukraine) zurücknehmen müßten, was diese Gebiete dann dem Bolschewismus ausliefern würde.

I. Die Erklärung kann gegeben werden.

2. Innerhalb welcher Zeit könnte die Räumung von Nordfrankreich und Belgien durchgeführt werden, wenn sie mit der Unterzeichnung des Waffenstillstandes beginnt?

I. Innerhalb 2 bis 3 Monaten. Die Räumung muß abschnittweise erfolgen.

3. Werden wir nach der Räumung mit den uns noch zur Verfügung stehenden Kräften in der Lage sein, die deutsch-französische Grenze zu halten, falls im weiteren Verlauf die Friedensverhandlungen scheitern und die Gegner von neuem zum Angriff übergehen?

I. Wenn die Grenze sofort ausgebaut wird, ja.

II. Wir sind in der Lage, die Grenze zu halten. Wir können deutsche Festungen nicht übergeben. Gegenforderungen müssen wir stellen.

Zu vorstehend 1 bis 3:

II. Wir haben im besetzten Gebiet ungeheures Material. Nach Überschlag dauert Räumung 2 bis 3 Monate bei Fußmarsch (bei Fahren länger). Armee muß schlagfertig bleiben, kann also nur abschnittsweise zurück. Steht sie an der Grenze, so kann sie jeden feindlichen Angriff abwehren. Bedenklich nur Fliegergefahr für Industriegebiet. Also anstreben, daß nach Belgien nur belgische Truppen folgen.

Nr. 36 des Weißbuchs enthält noch folgende Fragen:

Präsident Wilson könnte mit der Begründung, daß er Sicherheiten braucht, die Besetzung deutscher Festungen an unserer Westgrenze fordern.

1. Würden wir angesichts der militärischen Lage gezwungen sein, eine solche Forderung anzunehmen?

I. Nein.

II. Wir können deutsche Festungen nicht übergeben. Gegenforderungen müssen wir stellen. Und: Die Forderung, Metz zu räumen, wäre gegen unsere militärische Ehre.

2. Inwieweit würde die Annahme der Forderungen von Gegenbedingungen abhängig zu machen sein?

I. — —

II. **Reichskanzler: Sollen** Verhandlungen mit der Entente scheitern, wenn auch französische oder englische Truppen nach Belgien gehen?

Ludendorff: Nein.

Reichskanzler: Wie steht es mit Anspruch auf Räumung des besetzten deutschen Gebiets durch den Feind?

Ludendorff: Hängt von Frontlage ab.

B.

Über die allgemeine Kriegslage gab ich nach Protokoll 38 folgende Beurteilung ab:

Krieg 1914 brachte schwierige Lage. Große feindliche Überlegenheit. 1916, bei Hindenburgs und Ludendorffs Berufung besonders schwierige Lage durch Rumäniens Eingreifen. Starke Kräfte blieben durch Krieg im Osten gefesselt. Damals auch Sommeschlacht. Munitionsnot. Deshalb große Bemühungen und Abhilfe. Hindenburgprogramm. Erhöhte Arbeiter- und Ersatzbestellung. Dienstpflicht weiter ausgedehnt (keine zutreffende Wiedergabe meiner Worte, es handelte sich nur um Anträge. Der Verfasser.). Hilfsdienstgesetz.

1916 ging zu Ende mit Zuversicht auf große feindliche Überlegenheit in Ost und West. Schwere Sorgen. Einziges

Mittel, Westfront zu halten, war U-Bootkrieg. Feldmarschall und Ludendorff deshalb dafür. (Es lagen auch andere sehr gewichtige Gründe vor. Der Verfasser.) Ferner Frontzurücknahme. April—Mai Arrasschlacht. Große Verluste, aber erfolgreiche Abwehr. Rußlands Zusammenbruch erleichterte uns denn auch direkte Unterstützung Österreich-Ungarns, das 12. Isonzoschlacht nicht auszuhalten drohte. Auch an Westfront Offensivmöglichkeit. Vorher aber im Osten Rücken frei zu machen. Englisch-bolschewistische Ententefront zu verhindern. Homburger Besprechung. Weit nach Norden gehend (Finnland), um England von Petersburg fernzuhalten. Auch Verpflegungsnot. Zwang, weit nach Osten (Muß heißen: in die Ukraine. Der Verfasser.) zu gehen. Ukraine gab wertvolle Rohstoffe, verzögerte Bildung bolschewistischer Front. Frühjahr 205 Divisionen im Westen, 32 im Osten, letztere nicht kampffähig. Front im Osten ganz dünn. Oberost nicht mehr sicher, Bolschewismus von besetzten Gebieten fernhalten zu können*).

Was im Westen zu tun? Im Frühjahr bei uns Überlegenheit von 20 bis 25 Divisionen, Offensive nötig, um Bundesgenossen zu fesseln und womöglich vor Eintreffen der amerikanischen Massen im Westen zu siegen. Friedensangebot lag damals nicht vor. Offensive sollte Gegner friedensbereit machen. So noch im Juni. Hoffnung blieb unerfüllt**).

Gründe: Massenanwendung von Tanks. Grippe. Kartoffelmangel bei uns. Bis 8. August trotzdem Kriegslage gut. Da aber 6 bis 7 Divisionen in 2 bis 3 Stunden im Nebel überrannt. Empfindliche Bruchstelle. Hartnäckige weitere Angriffe. In letzten Monaten fehlen uns monatlich 70 000 Mann. Höchste Tapferkeit von Offizier und Mann. Berichte erregen tiefste Rührung. (Hier fehlt die Wiedergabe der Schattenseiten zu dieser erhebenden Tatsache. Der Verfasser.)

*) Das war die Kräftezersplitterung, die uns vorgeworfen wird. Der Verfasser.

**) Ich habe hier unbewußt dieselben Worte gebraucht, die ich am 13. August gesagt hatte, so waren sie mir geläufig. Der Verfasser.

Große Frage, ob noch Menschennachschub zu haben. April und Juni bat Oberste Heeresleitung um mehr Ergänzung. Besprechung im August ging ebendahin. Entscheidendes kam aber nicht zustande. Ob noch möglich, muß Kriegsminister wissen. Materialersatz ist gesichert, aber Leute fehlen. Tankangriffe sehr gefährlich. Seit 8. August hat Oberste Heeresleitung dem Reichskanzler erklärt, sie sei nicht mehr in der Lage, den Krieg positiv zu beenden durch Waffenschlag, der Feind friedenswillig macht. Anfang September neutrale Friedensvermittlung von Oberster Heeresleitung angeregt (Wiedergabe des Protokolls ist hier nicht richtig. Der Verfasser.). Dann Zusammenbruch Bulgariens.

Noch im Juni glänzender Eindruck der Bulgaren. (Wiedergabe des Protokolls ist hier durchaus unrichtig. Der Verfasser.) Sprachunkenntnis erschwert Eindringen in bulgarische Psyche. Scholtz hat viel für bulgarisches Heer getan. Aber bulgarische Generale haben Radoslawow gestürzt und Heer verhetzt. Regierung dann an Entente gewandt. Bulgarische Oberste Heeresleitung versagte Ablösung schlechter Divisionskommandeure. Wir drehten 5 Divisionen zur Deckung Süd-Ostfront Österreich-Ungarns ab. Entente kann sich durch Bulgarien gegen Kospoli wenden, Türken sammeln sich bei Tschatschaldtscha. Wir ließen Zuzug aus Rumänien kommen. (Unrichtig. Der Verfasser.) Türkei wird aushalten. Wir werden Süd-Ostfront der Monarchie halten können. Sind aber nicht imstande, Donau und Rumänien zu sichern. Rumänien militärisch mit Kräften, die wir vertragsgemäß dort haben, nicht zu halten. Wie hoch ist bolschewistische Gefahr zu schätzen? Davon hängt es ab, ob wir die Ukraine aufgeben können. (Waren noch andere Gründe maßgebend. Der Verfasser.) Um Front zu kürzen und einige Divisionen für Donau freizumachen. Militärisch ist Rumänien mit unseren jetzigen Kräften nicht gegen Anmarsch von Süden zu halten. Dort nur Sereth-Linie zu halten. Dort nur alte Leute. Wollen wir Rumänien halten, so müssen wir wissen, wie groß bolschewistische Gefahr eingeschätzt wird. Wir könnten

aus Ukraine einige Divisionen nach Rumänien bringen, aber dann können wir militärisch uns gegen Bolschewismus nicht mehr schützen. Nicht wahrscheinlich, daß mehr wie 4 bis 5 Divisionen aus dem Osten nach Westen gebracht werden können. (Die Wiedergabe ist hier nicht genau. Die Verstärkungen aus dem Osten nach dem Westen und Rumänien gehen durcheinander. Der Verfasser.)

Im Westen entscheidet Mannschaftsmangel. Lage ernst. Gestern schwerer Tag. Einbruch der Engländer bei St. Quentin. Alle Pläne der Entente nicht gelungen; vorbereitetes Kavalleriekorps nicht zur Entwicklung gekommen. Wir haben aber zurückgehen müssen. Die Divisionen sind nicht mehr kampfkräftig. Wir wollen lieber zurückgehen, als uns schlagen lassen. Wir ziehen uns immer mehr zusammen."

So etwa mein Vortrag.

C.

Weiteres aus der Sitzung vom 9. Oktober.

Scheidemann: Stimmung im Heere? Divisionsbefehle der 41. Division.

Ludendorff: 8. August war schwarzer Tag in der Geschichte. Schlag für die Führung. Truppe hatte Grippe, keine Kartoffeln, Ernährung war schlecht. Damals Stimmung schlecht, jetzt gebessert. Damals Mannschaften aus der Etappe geholt. G.-v.-Leute haben Geist verdorben, daher auch viel Gefangene. Jetzt hat man das Gefühl besseren Geistes. (Das Protokoll wirft hier Verschiedenes durcheinander — ich wollte den Begriff garnisonverwendungsfähig abschaffen. Das gelang aber nicht. Ich habe nicht die G.-v.-Mannschaften für die Verschlechterung des Geistes verantwortlich gemacht, wohl aber einen großen Teil des aus der Heimat eintreffenden Ersatzes. Der Verfasser.)

Ludendorff: „Der Ersatz ist zum Teil schlechten Geistes", und auf Anfrage Erzbergers:

„Die fehlenden 70 000 Mann pro Monat sind ohne Berücksichtigung des feindlichen Zuwachses berechnet. Wir brauchen etwas zur Hebung des nationalen Schwunges."

D.

Roedern: Zweifelhaft ob wir Donaufront halten können, dann Gefahr des Aufhörens der Ölversorgung. Wie sind die Bestände?

Ludendorff: Marine 10 Monate, Heer für Luftzeuge 2 Monate.

Anmerkung: Diese Frage wurde am 17. Oktober wiederum besprochen. Eine gemeinsame Verwaltung der Bestände von Heer und Marine wurde in Angriff genommen. Dadurch wurde das Heer besser gestellt, wie es am 9. Oktober der Fall war.

Bei dem Fortfall des U-Bootkrieges trat eine neue Besserung ein.

2.

Weißbuch Nr. 56.

Fragebogen als Grundlage der Besprechung mit General Ludendorff am 17. Oktober 1918 (Nr. 57).

1. Wie lange kann bei Fortsetzung des Krieges durch äußerste Anspannung der Volkskraft der Krieg so geführt werden, daß die Feinde von den deutschen Landesgrenzen ferngehalten werden?

2. Wie stark ist zur Zeit das Westheer einschließlich der Besatzungstruppen in Belgien und Nordfrankreich?

3. Wie stark sind die im Osten stehenden Kräfte?

4. Wie lange Zeit wird es in Anspruch nehmen, bis die sogenannte levée en masse für unsere Lage an der Westfront wirksam wird?

5. Wie lange Zeit nimmt die Überführung der im Osten entbehrlichen Streitkräfte nach dem Westen in Anspruch?

6. Kann eine Garantie dafür übernommen werden, daß die Westfront in ihrer jetzigen Stärke keine Katastrophe erleiden wird, bevor ihr der Kräftezuwachs aus dem Osten und der Heimat zugeführt ist?

7. Wieviel Kräfte können dem Westheere zugeführt werden
   a) aus der Heimat,
   b) aus dem Osten?

8. Wie hoch ist der Kampfwert der Verstärkungen zu bemessen
   a) aus der Heimat,
   b) aus dem Osten?

9. Wird durch eine Entblößung der östlichen Gebiete von den deutschen Truppen die Ölzufuhr für Heer und Heimat so in Frage gestellt, daß dies uns zum vorzeitigen Friedensschluß oder zur Aufgabe des U-Bootkrieges zwingen kann?

10. Über wie starke Reserven verfügen zur Zeit noch unsere Feinde?

a) Amerikaner,
b) Engländer,
c) Franzosen,
d) Italiener?

11. Wie lange ist hiernach noch mit Großangriffen an der Westfront in diesem Jahre zu rechnen?

12. Besteht bei einem Ausscheiden Österreich-Ungarns als Bundesgenossen die Wahrscheinlichkeit der Überführung des italienischen Heeres nach der Westfront?

13. Wie stark ist das italienische Heer?

14. Besteht die Möglichkeit des Wiedererstehens einer neuen Süd-Ostfront?

15. Wie hoch ist der Kampfwert der russischen Roten Armeen zu bewerten?

16. Besteht die Möglichkeit des Wiedererstehens einer neuen Ostfront?

17. Besteht die Möglichkeit, daß im Laufe des nächsten Jahres die noch neutral verbliebenen europäischen Mächte von unseren Feinden gezwungen werden, in den Krieg gegen uns mit einzugreifen?

18. Wieviel Amerikaner werden im Durchschnitt monatlich nach Frankreich überführt?

19. Wie stark wird voraussichtlich das amerikanische Heer an der Westfront im nächsten Frühjahr sein?

20. Wie hoch kann die Stärke der alliierten feindlichen Armeen (Amerikaner, Engländer, Franzosen, Italiener), an der Westfront im nächsten Frühjahr geschätzt werden?

21. Wird sich bis zum nächsten Frühjahr unsere militärische Lage gegen jetzt verschlechtern oder verbessern?

Antworten sind im nachstehenden Protokoll enthalten.

3.

Nr. 57 des Weißbuchs.

Große Sitzung*) des erweiterten Kriegskabinetts vom 17. Oktober 1918.

Anwesend:

Der Reichskanzler, der Vizekanzler, der Kriegsminister, die Staatssekretäre des Auswärtigen Amts, des Reichsschatzamts, des Kriegsernährungsamts, des Reichsmarineamts, der Chef des Admiralstabs der Marine, der Vizepräsident des Preußischen Staatsministeriums, die Staatssekretäre Groeber, Haußmann, Scheidemann, Unterstaatssekretär Göppert, Unterstaatssekretär v. Stumm, Unterstaatssekretär Wahnschaffe, Ministerialdirektor Deutelmoser, General Ludendorff, General Hoffmann**), Oberst Heye.

Der **Reichskanzler:** Die Lage, in der wir uns befinden, ist die Folge des Schrittes, den wir am 5. Oktober getan haben. Damals war es der dringende Wunsch der Obersten Heeresleitung, daß wir die Friedensnote und das Waffenstillstandsersuchen an den Präsidenten Wilson gerichtet haben***). Es kam

*) Das Protokoll ist in der Sitzung mitgeschrieben. Es ist mir Anfang November 1918, kurz vor Ausbruch der Revolution, mit Genehmigung des Reichskanzlers Prinz Max übergeben. Wie weit es den einzelnen Rednern zur Bestätigung vorgelegen hat, ist mir nicht bekannt. Ich muß dies aber annehmen. Ich habe zu der Wiedergabe meiner Worte keine Stellung nehmen können. Ich gebe sie so wieder, wie sie im Protokoll stehen, und erweitere sie durch Anmerkungen. Der Verfasser.

**) Nahm auf meinen Wunsch teil, da er den Osten besonders gut kannte. Der Verfasser.

***) Das ist nicht zutreffend. Die Oberste Heeresleitung wollte ein Friedens- und Waffenstillstandsangebot. Der diplomatische Weg war der Reichsregierung vollständig überlassen. Die Oberste Heeresleitung hatte eine gleichzeitige Mitteilung des Angebots an England—Frankreich angeregt. Der Verfasser.

die Rückfrage, die wir beantwortet haben. Jetzt liegt eine neue Note vor, die eine Steigerung der Forderungen Wilsons enthält, und über die wir uns schlüssig machen müssen. Wilson ist offenbar durch die amerikanischen Chauvinisten und durch den Druck Frankreichs und Englands in eine schwierige Lage geraten und, wie ich hoffe, hofft er selbst, daß wir ihm die Möglichkeit geben, mit uns weiter zu verhandeln und den Widerstand der Kriegstreiber zu überwinden.

So stelle ich mir die Lage vor. Es würde nun, ehe wir die Note an Wilson abgehen lassen, klarzustellen sein, was die militärische Lage Deutschlands fordert. Zu diesem Zweck haben wir Euere Exzellenz gebeten, herzukommen und uns Auskunft zu geben. Wir haben Euerer Exzellenz eine Anzahl formulierter Fragen vorgelegt, über die wir erwarten, Auskunft zu erhalten. Euere Exzellenz haben andere Fragen an uns gestellt, die wir im Laufe der Erörterung beantworten werden.

Die erste Frage ist die, ob dadurch, daß die Divisionen vom Osten herübergezogen werden, die Front im Westen so gestärkt werden kann, daß man auf ein längeres Durchhalten rechnen darf.

Die zweite Frage geht dahin, ob durch stärkere Zuführung von Truppenmaterial aus der Heimat erreicht werden kann, daß die Armee eine Kräftigung zum weiteren Durchhalten erfährt.

General Ludendorff*): Es wurden schon früher eine Reihe von Fragen an mich gestellt, die präzise zu beantworten, ganz ausgeschlossen ist. Der Krieg ist kein Rechenexempel. Es gibt im Krieg eine Menge Wahrscheinlichkeiten und Unwahrscheinlichkeiten. Was schließlich eintrifft, weiß kein Mensch. Als wir im August 1914 nach Ostpreußen kamen und mit Hilfe meines treuen Mitarbeiters Hoffmann die Befehle zur Schlacht von Tannenberg ausgegeben wurden, da wußte man auch nicht, wie

*) In der Vorbemerkung zum Weißbuch heißt es: „hatten vor kurzem Ludendorff und Heye es selbst als Hasardspiel bezeichnet, wenn sie den Friedensschritt nicht beschleunigten", so heißt es jetzt „der Krieg ist kein Rechenexempel" usw. Die ganze verwirrende Tendenz der Vorbemerkung des Weißbuchs ist für jeden aufmerksamen Leser gegeben. Der Verfasser

es gehen würde, ob Rennenkampf marschieren würde oder nicht. Er ist nicht marschiert, und die Schlacht wurde gewonnen. Es gehört zum Krieg Soldatenglück; vielleicht bekommt Deutschland doch auch wieder einmal Soldatenglück.

Ich kann Ihnen nur meine Überzeugung sagen. Die Verantwortung dafür, was ich sage, trage ich und habe sie getragen vier lange, schwere Jahre.

Wenn man mich fragt, ob die Ostdivisionen einen Umschwung herbeiführen werden, so frage ich dagegen, was können wir aus dem Osten wegführen. Ich habe darüber mit Hoffmann gesprochen. Wir haben jetzt drei Divisionen locker gemacht durch Räumung Weißrußlands; aber das geht nur langsam. Wir haben in dem Gebiet noch große Haferbestände, Hafer wird uns im nächsten Jahr besonders fehlen; das ist zu bedenken.

Also drei Divisionen kommen. Einen Umschwung kann man mit drei Divisionen nicht herbeiführen; aber der Soldat muß alles zusammenziehen, was er kriegen kann. Früher konnten wir das nicht, weil wir die weitere Grenze gegen die Bolschewiken schützen mußten, bis wir das Geld bekamen. Wieviel haben wir denn jetzt im Osten?

Oberst Heye: Noch 24 Divisionen. Oberost hat davon noch sieben.

General Hoffmann: Sieben hat Oberost, zwölf stehen in der Ukraine, fünf in Rumänien.

General Ludendorff: Dazu kommt die Frage: Können wir die Ukraine aufgeben oder nicht? Die Oberste Heeresleitung ist im Einverständnis mit der Reichsleitung in die Ukraine einmarschiert, weil wir das Land für die Ergänzung unserer Wirtschaft brauchten, und weil wir die Ostfront der Feinde sprengen mußten. Können wir auf die Ukrainewirtschaft verzichten, und können wir die Gefahr auf uns nehmen, daß die Ukraine bolschewistisch wird, so können wir auch die Divisionen herausholen.

Wirtschaftlich glaube ich, daß wir die Ukraine unbedingt brauchen, auch militärisch. Wir könnten den Krieg im Westen nicht ohne die Pferde in der Ukraine führen; ob unsere Land-

wirtschaft noch so viel liefern kann, weiß ich nicht. Ich müßte dann um eine andere Direktive für die Behandlung der Ostfragen bitten, als sie mir im März gegeben worden ist.

Der **Reichskanzler:** Würde die Wegziehung der Osttruppen die Westfront so stärken, daß sie halten kann?

General Ludendorff: Das ist jedenfalls in gewissem Maße der Fall. Es fragt sich nur, ob die wirtschaftlichen und politischen Nachteile und die Gefahr im Innern nicht schwerer wiegen.

Der **Reichskanzler:** Würden die neuen Truppen unserem Westheer eine solche Stoßkraft geben, daß die Feinde an den Verhandlungstisch gebracht würden?

General Ludendorff: Nein, Stoßkraft haben diese Truppen nicht mehr. Wir haben alles Gute schon herausgenommen. Sie haben keine Stoßkraft mehr, aber eine gewisse Abwehrkraft. Es darf nicht unterschätzt werden, daß die Truppen im Osten nicht mehr den Geist haben, wie die im Westen; darüber spricht vielleicht General Hoffmann.

Der **Reichskanzler:** Noch eine Frage vorher. Es würde also durch die Zuziehung der Truppen aus dem Osten nur der Zeitpunkt hinausgeschoben werden, den wir Anfang Oktober gekommen glaubten, und dann die Lage wieder eintreten, die uns gezwungen hat, den Friedensschritt zu tun?

General Ludendorff: Es kommt darauf an, was uns die Heimat noch gibt. Es ist eine Menschenfrage*).

Der **Reichskanzler:** Ich bitte General Hoffmann, das Wort zu nehmen.

General Hoffmann: Die Divisionen im Osten bestehen aus Leuten zwischen 35 und 45 Jahren. Die weiten Gebiete, die sie besetzt halten, die Versuchungen, die an sie herantreten, und denen sie häufig unterliegen, sei es durch Bestechung der ostjüdischen Händler, sei es durch bolschewistische Propaganda, haben die Truppen recht leiden lassen. Vor Abgabe der letzten Formationen hatten wir in Litauen auf ungefähr 18 Quadratkilometer

*) Und eine Frage der geistigen Spannkraft. Der Verfasser.

einen Soldaten. Die Truppe steht seit Monaten zerstreut in einzelnen Postierungen, wenig beaufsichtigt, und die bolschewistischen Ideen, verbunden mit der Bestechung, haben sehr überhandgenommen.

Abgeben können wir nur zehn*) Divisionen, denn wir brauchen zwei Divisionen und die Kavallerie, um die Grenze nach der Ukraine zu sperren.

Daß die Divisionen zu einem Angriff nicht mehr brauchbar sind, möchte ich wiederholen. Defensiv haben sie noch Kraft. Ihre Ostaufgabe erfüllen sie glänzend. Ich würde mich sogar anheischig machen, im Osten noch einmal mit ihnen anzugreifen. Aber gegen die Machtmittel der Feinde im Westen sind sie nicht mehr zu verwenden.

Der **Reichskanzler:** Sie würden also die Wegnahme an sich für möglich halten?

General Hoffmann: Wenn wir wegziehen wollen, ist es sehr hohe Zeit. Ich brauche drei Monate, um die Truppen aus der Ukraine herauszubringen. Wir können dort nur zwei bis drei Züge täglich laufen lassen, von denen bei dem Mangel an Schmieröl noch manche ausfallen. Dabei ist mit Sabotage, ja mit Aufflammen einer Revolution zu rechnen, wenn die Bahnen von Ukrainern bedient werden. Schon jetzt würde das Bereitstellen der Truppen, wenn ich das ganze Material liegen lassen wollte, besonders auch die gesammelte Ernte, drei Tage bis zur Schmalspurbahn, sechs Tage bis zur Normalspurbahn in Anspruch nehmen. Diese Zeiten sind aber so errechnet, daß wir keine Vorräte mitnehmen können, die sind dann verloren. Der Truppenchef in Minsk sagt mir, daß er, um die Ernte fortzuschaffen, 500 Züge brauche; die haben wir natürlich nicht. Wir müßten dann die Truppen marschieren lassen.

General Ludendorff: Bis jetzt ist ungefähr eine Million Menschen aus dem Ostgebiet ernährt worden. Diese fallen nun der Heimat zur Last. Der Viehbezug aus der Ukraine hat die

*) Drei waren schon abtransportiert. Der Verfasser.

Viehbestände der Heimat sehr geschont. Wie gespannt die Lage der Viehversorgung in Deutschland ist, weiß man. Müssen wir auf das Ostvieh verzichten, so käme die Heimat nach Ansicht des Generalquartiermeisters in die größten Schwierigkeiten. Ich habe gebeten, das auch durch die Reichsleitung feststellen zu lassen. Wir haben bei der Obersten Heeresleitung gerade die Viehfrage für ausschlaggebend gehalten. Aus der Ukraine allein haben wir 140 000 Pferde geholt.

Der **Reichskanzler:** Wie steht es mit der bolschewistischen Armee, wird sie stärker, kann sie uns bedrohen?

General Hoffmann: Nein, rein militärisch betrachtet, wird sie uns in absehbarer Zeit nichts antun können, da haben wir nichts zu fürchten; aber die geistige Bedrohung!

General Ludendorff: Und diese Gefahr ist groß. Der Kordon ist so schwach, daß wir nicht imstande sind, sie von der Heimat fernzuhalten.

Der **Reichskanzler:** Also der Westen wird durch die Osttruppen keine neue Stoßkraft erhalten; aber die verfügbaren zwölf Divisionen würden für die Verteidigung wertvoll sein. Um sie herbeizuführen, würde man drei Monate brauchen. Dabei würden wir die Hafervorräte verlieren, außerdem würde eine große Anzahl von Menschen, die bis jetzt von drüben ernährt worden sind, hier ernährt werden müssen. Euere Exzellenz stellen jetzt die Gegenfrage, welchen Wert hat die Ukraine in den Augen der Reichsleitung für die Ernährung Deutschlands.

General Ludendorff: Ja. Wir haben anderthalb Millionen Tonnen aufgekauftes Getreide, das schon zu rollen beginnt.

Der **Reichskanzler:** Ich eröffne hierüber die Debatte.

Graf **Roedern:** Die beiden Staatssekretäre des Reichswirtschaftsamts und des Kriegsernährungsamts sind nicht anwesend. Es besteht Meinungsverschiedenheit zwischen ihnen. Das Kriegsernährungsamt wünscht die Ukraine weiter zu benutzen, das Reichswirtschaftsamt ist sehr skeptisch. Soweit ich

die Lage aus dem mir mitgeteilten Schriftwechsel übersehen kann, scheint mir die Ansicht des Herrn Staatssekretärs des Reichswirtschaftsamts die begründetere. Jedenfalls ist, was wir für die Zivilbevölkerung aus der Ukraine bekommen haben, außerordentlich geringfügig, sehr viel höher der Wert dessen, was für das Heer geleistet worden ist und jetzt aus der Heimat beschafft werden muß. Hat das Heer noch Viehbestände aus der Ukraine bekommen?

General Ludendorff: Einen Unterschied zwischen Heer und Zivil kann man nicht machen. Es ist ein großer Wirtschaftstopf, und ob das Vieh aus der Ukraine für das Heer oder für das Zivil gebraucht wird, ist gleichgültig. Wir müssen das Vieh haben; woher wir es bekommen, darüber kann ich mir nicht den Kopf zerbrechen. Übrigens kommt noch die Kriegsrohstofffrage dazu. Wir verlieren jetzt auch das Kupferbergwerk Bor, weil die Serben es wieder nehmen; wenn wir auch Belgien räumen, so wird die Wirtschaftslage so gespannt, daß wir gar nicht wissen, wie wir den Krieg weiter führen wollen. Gehen wir also gleichzeitig im Osten und und im Westen zurück, so brechen wir zusammen.

Staatssekretär Solf: Der Vertreter des Auswärtigen Amts in der Ukraine hat mir gestern Vortrag gehalten über die dortigen Verhältnisse. Dem wirtschaftlichen Teil seines Berichts möchte ich entnehmen, daß der Wert der Ukraine für die Verpflegung des Heeres ein ganz immenser ist, und da können wir keinen Unterschied machen, wer diese Vorräte zuerst verbraucht. Der wirtschaftliche Wert des Landes ist in jedem Fall sehr beträchtlich.

Ich habe dann Herrn von Mumm gefragt, was in der Ukraine geschehen würde, wenn wir die deutschen Truppen wegnehmen. Er war ganz sicher, daß dann die Bolschewiken in der wildesten, fürchterlichsten Weise hausen würden. Alle Reichen würden geköpft werden.

General Ludendorff: Auch das müßten wir in Kauf nehmen, selbst wenn es gegen Treu und Glauben geht, wenn es für das

Heil des deutschen Vaterlandes nötig wäre*). Ist die Räumung nötig oder nicht nötig für Deutschland? Wenn ja, muß sie gemacht werden trotz aller schauderhaften Folgen.

Graf **Roedern:** Die Frage kann nur nach den jetzt vorliegenden Ernteschätzungen beantwortet werden. Dazu brauchen wir den Staatssekretär des Kriegsernährungsamts.

Scheidemann: Wenn wir alle diese Fragen der Ernährung und des Bolschewismus beiseite setzen, so bleibt immer noch die Frage, ob die Westfront nach drei Monaten noch stehen wird oder bis dahin ein Durchbruch erfolgt?

General Ludendorff: Ich habe schon dem Herrn Reichskanzler gesagt, ich halte einen Durchbruch für möglich, aber nicht für wahrscheinlich. Innerlich wahrscheinlich halte ich den Durchbruch nicht. Wenn Sie mich auf mein Gewissen fragen, kann ich nur antworten, ich fürchte ihn nicht**).

Der **Reichskanzler:** Ich gehe auf die zweite Frage über: Ist die Heimat bereit, der Obersten Heeresleitung das nötige Menschenmaterial zur Verfügung zu stellen?

Wir müssen aber auch vorher wissen, ob es technisch möglich ist, das nötige Material auszuheben.

General Ludendorff: Das übersehe ich nicht. Damit habe ich mich seit 1916 redlich bemüht; es ist kaum ein Monat vergangen, daß ich nicht gedrängt habe. Ob die Verstärkungen rechtzeitig kommen? Verstärkungen***) kommen immer rechtzeitig. Man kann nie wissen im Kriege, wie lange eine Aktion dauert. Wie oft habe ich Reserven geschickt, wenn man meinte, sie kämen zu spät, und sie kamen doch nur zur Zeit. Man muß sie schicken und das übrige dem Schicksal überlassen.

---

*) Das amtliche Weißbuch weicht hier von dem mir übergebenen Protokoll ab. Der Verfasser.

**) Der Generalfeldmarschall hatte am 3. Oktober und ich am 9. Oktober in demselben Sinne gesprochen. Die Lage an der Front ist also immer stetig gleichbleibend gekennzeichnet. Der Verfasser.

***) Das trifft natürlich im strategisch-taktischen Sinne nicht immer zu. Der Verfasser.

Der **Reichskanzler:** Ich bitte den Herrn Kriegsminister sich dazu zu äußern.

Kriegsminister Scheüch: Es kommen zwei Maßnahmen in Betracht. Die normale allgemeine Ergänzung oder eine starke, einmalige, unter Beeinträchtigung der normalen. Für die erste Maßnahme gilt folgendes: der normale Nachschub an Ersatz für das Feldheer ergibt nach den neuesten Berechnungen für Preußen und die anderen Staaten zusammen monatlich 190 000 Mann. Sie können gestellt werden ohne sehr fühlbare Eingriffe in die Heimatwirtschaft. Die einzelnen Zahlen brauche ich hier wohl nicht anzugeben.

Soll das Heer einen einmaligen starken Nachschub erhalten, so berechne ich den auf rund 600 000 Mann. Dabei rechne ich nicht hoch. Die Einzelberechnungen ergeben sogar 637 000 Mann. In diesem Falle würde der Eingriff schon fühlbar werden. Ich glaube nicht, daß eine erhebliche Minderproduktion an Kriegsgerät eintreten würde, aber die Heimatwirtschaft würde gestört. Die Nachweisung im einzelnen würde man in engeren Kreisen durchgehen können und dann auch in Betracht ziehen, was man an unausgebildeten Leuten erhält. So zum Beispiel den Rest des Jahrgangs 1900, von dem noch 50 000 Köpfe in den Betrieben stecken. Das andere ist schon ausgebildet, zum größten Teil in den Depots, zu einem Drittel in der Heimat. Das ist allerdings dann auch das letzte. Eine Ausbildung ist ja doch nötig für die anderen.

Nun ist aber zu bedenken: wenn wir die 600 000 in die Front hereinbekommen, ist weiterer Ersatz nötig. Dann können wir im Monat nicht mehr rund 190 000, sondern nur rund 100 000 Mann für das nächste halbe Jahre sicherstellen. Den weiteren Ersatz bis zum Herbst 1919 könnte man dann wieder auf 150 000 Mann monatlich ausschlagen, wenn der Jahrgang 1901 früher eingestellt würde. Das Reservoir des nächsten Jahres wäre also gegen Ende September erschöpft.

General Ludendorff: Ich bin unbedingt für den zweiten Fall. Hätten wir diese günstigen Zahlen schon jetzt gehabt, so

hätten wir die Krise an der Westfront nicht bekommen. Und wenn ich die Leute bekomme, sehe ich vertrauensvoll in die Zukunft. Ich muß aber die Leute bekommen und zwar bald bekommen, dann können wir wieder hoffnungsfreudig sein.

Kriegsminister Scheüch: Ich möchte die Versichrung geben, daß ich meine ganze Kraft einsetze, daß diese Zahl eingehalten wird. Dann wollen wir aber nach dieser Richtung auch keinen Tag versäumen.

General Ludendorff: Ich möchte den Herren ein Bild der Lage geben. Vorgestern war die Schlacht bei Ypern. Engländer und Franzosen griffen mit sehr starken Kräften an. Wir wußten das. Wir wollten standhalten. Wir sahen die Gefahr kommen. Es war eine schwere Lage, sich zu sagen, wir werden zurückgedrängt und müssen doch standhalten. Wir sind zurückgedrängt worden, aber es ist gut abgelaufen. Zwar sind Löcher von vier Kilometer Breite in der Front entstanden, aber der Feind hat nicht durchgestoßen, und wir haben die Front gehalten. Was hätten da die Ergänzungen aus der Heimat für eine Bedeutung für uns gehabt!

Die Anspannung des einzelnen Mannes hat einen Grad erreicht, der nicht mehr überboten werden darf. Mann und Offizier haben das Gefühl der Vereinsamung. Wenn der Offizier weggeht, sagen die Leute: „Wohin gehen Sie, Herr Leutnant?“ und dann laufen sie weg. Können wir die Löcher zustopfen, so behaupten wir den Einbruch. Können wir der Front sagen, ihr bekommt Leute, dann gewinnt sie Vertrauen, und auch wir dürfen vertrauensvoll sein.

Kriegsminister Scheüch: Wenn ich Exzellenz Ludendorff recht verstehe, so sagt er: erhalten wir den einmaligen Zuwachs, so wird sich die Lage wesentlich ändern.

General Ludendorff: Ja!

Kriegsminister Scheüch: Ist dabei bedacht, daß die Amerikaner immer noch mehr Ergänzungen bekommen wie wir?

General Ludendorff: Man darf die Amerikaner nicht überschätzen. Sie sind wohl schlimm. Aber wir haben sie bisher

abgeschlagen; auch wenn wir sehr in der Minderheit waren*). Allerdings verschieben sich die Verhältnisse; aber unsere Leute haben keine Sorge vor den Amerikanern, wohl vor den Engländern. Man muß unserer Truppe nur das Gefühl der Vereinsamung nehmen.

Oberst Heye: In welchem Zeitraum kann der zweite Plan mit den 600 000 Mann durchgeführt werden?

Kriegsminister Scheüch: Ich möchte nicht eine zu kurze Zeit angeben. Wir müssen ja aus der Industrie und Landwirtschaft schneller Menschen herausholen, als wir anfangs glaubten. Schneller geht die Verwendung des Heimatheeres. Aus der preußischen Heimat werden zum Beispiel 75 000 Mann kommen. Dahin habe ich den Druck gerichtet; darin dürfen wir nicht zu ängstlich sein. Dazu kommen dann noch etwa 25 000 von den anderen Staaten. Zunächst haben wir etwa 50 000 Unausgebildete und 250 000 Ausgebildete; aber auch deren Verwendung zieht sich noch durch Wochen hin. Das wird auch der Obersten Heeresleitung recht sein.

General Ludendorff: Lieber wäre es uns schon, sie kämen alle gleich. Denn was das Niederziehende für die Armee ist, die Stärken werden immer geringer und geringer.

Kriegsminister Scheüch: Schwierigkeiten machen auch die heimatlichen Transportverhältnisse. Kürzlich standen bei einem Generalkommando 6000 Mann bereit zum Abtransport an die Westfront. Sie konnten aber nicht geschickt werden, weil das rollende Material fehlte. Das kann sich wiederholen.

General Ludendorff: Auch bei uns war durch die Räumung eine große Transportkrise ausgebrochen, die sich auf die Heimat fortpflanzte. Die ist aber jetzt behoben. Ich bin nur dankbar, wenn nach der Richtung in der Heimat das Menschenmögliche geschieht.

Ich komme noch auf einen anderen Punkt, der nicht auf

---

*) Diesen Satz gibt das amtliche Weißbuch eigenartigerweise nicht wieder. Der Verfasser.

dem Fragebogen steht: die Stimmung*) im Heer. Er ist sehr wichtig**). Exzellenz Scheidemann hat neulich auf die 41. Division hingewiesen und einen Befehl an sie angeführt. Ich habe leider zugeben müssen, daß der Befehl richtig war. Die Division hat am 8. August völlig versagt. Das war der schwarze Tag in Deutschlands Geschichte. Jetzt schlägt sich dieselbe Division glänzend auf dem Ostufer der Maas. Das ist Stimmungssache. Die Stimmung war damals schlecht. Die Division hatte Grippe gehabt, es fehlten ihr Kartoffeln. Die Stimmung, die die Leute aus der Heimat mitbrachten, war auch nicht gut. Die Transporte kamen heraus in einer Form, die der Zucht und Ordnung nicht mehr entsprach. Es kamen grobe Widersetzlichkeiten vor. Ich pflege mit den ankommenden Offizieren und Truppen zu sprechen. Damals sagte mir ein Herr: ein solcher Transport, wie er ihn aus dem Bezirk des 7. Armeekorps der 13. Division geholt hätte, wäre ihm noch nicht vorgekommen. Er hätte nicht geglaubt, deutsche Soldaten, sondern russische Bolschewisten unter sich zu haben.

Diese Stimmung ist aus der Heimat in's Heer gekommen, und ich bin mir wohl bewußt, daß jetzt umgekehrt die Stimmung, die die Urlauber nach der Heimat bringen, recht schlecht ist. Ich habe mich sehr bemüht, sie zu heben, ich muß aber dringend bitten, nicht nur für Menschen, sondern auch für die Stimmung zu sorgen.

Was halten sich zum Beispiel für Drückeberger in Maubeuge auf. Wir haben ja in unserer großen Armee mit Helden zu tun und mit recht, recht schwachen Menschen. Auch auf die müssen wir uns einstellen. Auffrischung der Heimat! Ich richte die dringende Bitte an alle Stellen, dafür zu sorgen, daß die Stimmung in der Heimat gehoben wird, und daß der Soldat in

*) Für „Stimmung" müßte es „Geist" heißen. Es ist für die Fragen der Reichsregierung bezeichnend, daß sie dieses wichtigste Moment nicht erörtern. Der Verfasser.

**) Von entscheidender Bedeutung. Der Verfasser.

Belgien weiß, er verteidigt deutsche Erde. Von manchen Seiten, so aus der Armee Gallwitz, ist uns berichtet, daß diese Waffenstillstandsverhandlungen sehr böse Folgen haben. In Belgien sagen die Leute, was sollen wir uns hier noch schlagen, wenn wir doch räumen müssen, und vor Verdun heißt es, was nützen unsere Opfer, wenn die Franzosen doch Elsaß-Lothringen kriegen. Menschen mit schlechter Stimmung können wir nicht brauchen. Ein Divisionsstab sagte mir neulich, sie hätten ihre Leute aus dem Osten wieder weggeschickt, sie seien im Westen nicht mehr zu gebrauchen. Man muß mit dem Geiste der Heimat arbeiten.

Der **Reichskanzler:** Da Seine Exzellenz der General Ludendorff die Frage der Stimmung angeschnitten hat, so halte ich es für notwendig, an die drei parlamentarischen Staatssekretäre die Bitte zu richten, ihre Auffassung über die Stimmung in der Heimat mitzuteilen und sich über die Vorschläge zu äußern, die man gemacht hat.

Staatssekretär Groeber: Die Stimmung im Lande ist im Sommer dieses Jahres eine recht schlechte gewesen. Ich habe mich davon auf einer Reise nach Süddeutschland persönlich überzeugt. Das haben gerade Urlauber veranlaßt, die zu Hause allerlei Schauergeschichten erzählt haben. Viel falsche, aber auch manche richtige. Solche Sachen werden, je länger der Krieg dauert, um so schwerer empfunden. In einer großen Armee kommt natürlich manches Gewalttätige in der Behandlung der Leute vor, da kann noch viel gebessert werden.

Vor allem die Verpflegung für Mannschaften und Offiziere. Besonders die Offizierskantinen, da kann sich der Offizier mit Nahrungs- und Genußmitteln versehen; wenn der Soldat kommt, heißt es, das ist nicht für dich. In gewöhnlichen Zeiten läßt sich das ertragen; aber in solchen Zeiten wie diese stellt sich der Gedanke ein: was müssen wir aushalten, und wie leben die Offiziere. Läßt sich dieser Gegensatz nicht beseitigen?

General Ludendorff: Ich stehe durchaus auf dem Standpunkt, daß der Offizier mit der Truppe die gleiche Lebensweise

zu führen hat. Ich bin dem Vorwurf nachgegangen und habe durch den Generalintendanten festgestellt: es gibt nur eine Kantine, sie verkauft gleichmäßig an Offiziere und Mannschaften. Auch im Preis wird kein Unterschied gemacht. Ein Unterschied bestand: die kleinen Kantinen ergänzen ihre Bestände aus den großen Kantinen. Die großen liefern an die kleinen zu geringerem Preis, damit die kleinen verdienen. Nun hatten einige höchste Stäbe keine Truppenkantine, sondern bezogen ihre Bedürfnisse sogleich aus der großen Kantine, und zwar zu dem billigeren Preis. Sobald ich das festgestellt hatte, habe ich es untersagt und die Stabsbetriebe veranlaßt, aus den großen Kantinen zum gleichen Preise wie aus den kleinen zu beziehen.

Im Schützengraben essen ja Mann und Offizier aus derselben Feldküche. Daß der Stab sich die Sachen besser zubereiten läßt, ist doch zu verstehen, man wird uns nicht zumuten, aus der Feldküche zu essen. Aber was recht und billig ist, drücken wir durch.

Das Schlimme ist, es gehen Gerüchte um, die einem Ehre und Reputation abschneiden können, und man kann nichts dagegen machen. Geben Sie mir Einzelheiten, dann werde ich dahintergreifen, aber seien Sie überzeugt, die Verhältnisse liegen nicht so kraß, wie man behauptet. Im ganzen ist alles in Ordnung.

Der **Reichskanzler:** Ich bitte, nicht in Details zu gehen, dazu fehlt uns die Zeit. Wie beurteilen die Herren Staatssekretäre die Stimmung in Deutschland in Verbindung mit den Maßregeln, die der Herr Kriegsminister vorschlägt?

Staatssekretär Scheidemann: Ich glaube gern, daß man noch Hunderttausende für das Heer mobil machen kann, aber man täuscht sich, wenn man glaubt, daß diese Hunderttausende die Stimmung im Heer verbessern würden. Das Gegenteil ist meine feste Überzeugung. Schon die Dauer des Krieges zermürbt das Volk, und dazu die Enttäuschungen. Der U-Bootkrieg hat enttäuscht, die technische Überlegenheit der Gegner, der

Abfall der Bundesgenossen oder doch ihr vollständiger Bankerott, dazu die sich steigernde Not im Innern. Nun tritt die Wechselwirkung ein. Aus dem Heer kommen die Urlauber mit schlechten Geschichten, aus der Heimat bringen sie schlechte Nachrichten in das Heer zurück. Dieser Austausch drückt die Stimmung. Wir würden uns täuschen, wenn wir das beschönigen wollten. Die Arbeiter kommen mehr und mehr dazu, zu sagen, lieber ein Ende mit Schrecken als ein Schrecken ohne Ende.

General Ludendorff: Wird es Euerer Exzellenz nicht gelingen, die Stimmung in den Massen zu heben?

Staatssekretär Scheidemann: Das ist eine Kartoffelfrage. Fleisch haben wir nicht mehr. Kartoffeln können wir nicht liefern, weil uns jeden Tag 4000 Wagen fehlen. Fett haben wir überhaupt nicht mehr. Die Not ist zu groß, daß man vor einem völligen Rätsel steht, wenn man sich fragt, wovon lebt Berlin Nord und wovon lebt Berlin Ost. Solange man diese Rätsel nicht lösen kann, ist es ausgeschlossen, die Stimmung zu bessern. Es wäre eine Unehrlichkeit ersten Ranges, wenn wir darüber irgendeinem Menschen einen Zweifel ließen.

Staatssekretär Haußmann: Wenn wir auf die Stimmung abstellen, so stellen wir auf einen sehr labilen Faktor ab. Kein Zweifel ist, daß das Parlament den Appell an das Volk in der allerstärksten Weise ergehen lassen wird und auch eine starke Wirkung erzielen kann. Wie lange, wieviel Wochen, wieviel Tage, hängt von dem Verlauf der nächsten Ereignisse ab. Die Bevölkerung ist nämlich erst durch den scharfen Ton der Wilsonnote vor den ganzen Ernst der Lage gestellt worden. Daraus ergibt sich ein großer Widerspruch der Stimmung. Man könnte sie heben, wenn unverschämte Forderungen, die in der Note zwischen den Zeilen zu lesen sind, deutlich hervorträten. Wieviel Tage haben wir nach dem Bedürfnis der Armee noch frei zum Führen der Verhandlungen, davon hängt der Ton der Verhandlungen ab.

General Ludendorff: Wenn die Armee über die nächsten

vier Wochen hinüberkommt, und es in den Winter geht, so sind wir „fein heraus“. Wenn es gelingt, die Stimmung während dieser vier Wochen zu heben, würde das von außerordentlichem militärischen Werte sein. Ich werde alles tun, was ich kann, um die Verpflegung der Heimat zu bessern. Ich werde das gleich mit dem Eisenbahnchef besprechen. Wie weit es möglich ist, übersehe ich nicht.

Staatssekretär Scheidemann: Der Mangel an Wagen wurde uns neulich sehr eindringlich durch Herrn von Waldow zu Gemüte geführt. Er sagte dabei, sehr bald würden wir nicht einmal mehr das kleine Quantum Kartoffeln haben, das jetzt noch verteilt wird.

General Ludendorff: Ich werde das Nötige veranlassen*).

Vizekanzler v. Payer: Ich sehe nicht so schwarz wie Exzellenz Scheidemann. Man muß da unterscheiden. Ich erinnere an die Stimmung des Sommers. Kein Mensch hat da gezweifelt, daß wir schließlich als Sieger aus dem Kriege herausgehen, aber der Krieg war dem Volke sehr verleidet, und die Stimmung war deshalb schlecht. Trotzdem dachte niemand daran, daß wir zugrunde gehen könnten.

Als wir die erste Note schickten, haben sich die Leute gefragt, was ist los? Es scheint doch nicht so gut zu sein. Bald wurde die Stimmung unsicher. Als nun die zweite Wilson-Note kam, da ist die Stimmung zusammengeklappt, und man hat gesehen, daß es uns ans Leben geht, aber auch diese Stimmung schlug wieder um: bei der Erkenntnis, daß wir als Nation, vor allem auch wirtschaftlich, zugrunde gerichtet werden sollen, überlegte sich jeder: Müssen wir das erdulden, oder gibt es noch eine Möglichkeit, das abzuwenden? Wenn wir den Leuten sagen: Es gibt noch eine Möglichkeit, das abzuwenden, wenn ihr nur durchhaltet. Wenn ihr aber nicht noch ein paar Wochen halten könnt, dann müßt ihr damit rechnen, daß Deutschland halb und halb aus dem Kreise der Nationen ausgestrichen wird. Ihr müßt mit einer Belastung durch Entschädi-

*) Nur soweit ich helfen konnte. Der Verfasser.

gungen rechnen, die uns erdrücken wird — dann könnte man sie noch einmal hoch bekommen.

Wenn es gelingt, die Note so zu fassen, daß die Bevölkerung die Sicherheit entnimmt, wir sind zwar in einer schweren Lage, aber wir werfen die Flinte nicht ins Korn, — dann ist noch nicht alles verloren.

General Ludendorff: Der Vizekanzler hat mir aus der Seele gesprochen. Es fragt sich nur: wie schaffen wir's? Da kann ich nur die Bitte wiederholen: Packen Sie das Volk! Reißen Sie es hoch! Kann das nicht Herr Ebert tun? Es muß gelingen!

Vizepräsident Friedberg: Jedenfalls muß sehr schnell gehandelt werden. In der letzten Zeit war die Lage sehr schwierig. Wir haben die Oberpräsidenten hier versammelt gesehen. Die sämtlichen Pastoren von Berlin traten zusammen. Die Parteien halten Fraktionssitzungen — kein Mensch weiß, woran er ist, und alle fassen sich an den Kopf, wie man plötzlich vor einer solchen Katastrophe stehen kann. Wir werden aufgefordert zu sagen: stellt die Lage ernst dar, aber noch nicht verzweifelt. Damit bekommt man keine Hochstimmung.

General Ludendorff: In keiner Weise.

Vizepräsident Friedberg: Jetzt hören wir, daß die Sache wesentlich anders liegt. Da stimme ich mit Exzellenz von Payer darin überein, daß wir rasch aus der Note an Wilson herausholen sollten, was herausgeholt werden kann.

Der **Reichskanzler:** Euer Exzellenz meinen, daß vier Wochen guter Stimmung nötig sind?

General Ludendorff: Wenn es mehr sind, ist es mir lieber. Jedenfalls wird nach dieser Frist die Krise an der Westfront zu Ende sein, wenn wir auch noch zurückgehen müssen. Man hat das so im Gefühl. Die Angriffskraft des Feindes war in den letzten Tagen nur noch gering.

Der **Reichskanzler:** Aber innerhalb von 8 bis 10 Tagen kommt wieder eine neue Welle, wie Euer Exzellenz damals im Gespräch mit mir selbst gesagt haben.

General Ludendorff: Die kommt. Ein neuer Angriff ist bei der 18. Armee schon in Gang; wie es da steht, weiß ich nicht. Morgen kommt wieder einer bei der 5. Armee; das hört nicht auf.

Der **Reichskanzler:** Es kommt nun darauf an, daß die Maßregeln, die Sie empfehlen, den Angriffen einen solchen Riegel vorschieben, daß man politisch wieder frei arbeiten kann. Euere Exzellenz wissen, daß ich damals nicht für die Friedensnote war, aber es wurde mir gesagt, jede Stunde kostete uns so und so viele hunderttausend Mann und jeder Augenblick könne eine Katastrophe*) herbeiführen. Exzellenz von Hintze ist mein Zeuge.

Exzellenz von Hintze: Das ist so, Euere Großherzogliche Hoheit*).

General Ludendorff: Es ist auch heute so, daß wir jeden Tag eingedrückt und geschlagen werden können. Vorgestern ist es gut gegangen; es kann auch schlecht gehen*).

Der **Reichskanzler:** Wenn Sie sagen, daß wir nach vier Wochen besser stehen, so sagen die Engländer, wenn es noch sechs Wochen dauert, so haben wir nicht mehr nötig, mit den Deutschen zu verhandeln. Jedenfalls tut die Entente alles, was sie kann, um unsere Verhandlungen mit Wilson in die Länge zu ziehen.

General Ludendorff: Die Verhandlungen in Berlin sind der Entente zu Ohren gekommen und haben die Angriffslust gewaltig erhöht. Aber das meine ich doch: jede militärische Stärkung der Front stärkt auch die Stellung Euerer Großherzoglichen Hoheit für den Friedensschluß.

Der **Reichskanzler:** Das ist richtig.

General Ludendorff: Ob die Stärkung rechtzeitig kommt

---

*) Von Katastrophe ist militärischerseits nicht gesprochen. Nach der Antwort des Herrn v. Hintze kann ich nur annehmen, daß er es getan hat. Die Worte, die ich darauf erwiderte, kann ich nicht mehr feststellen. Sie gehen aus dem Protokoll nicht hervor. Vielleicht gibt die nachfolgende Entgegnung des Reichskanzlers darüber einen gewissen Aufschluß. Die Ergänzung überlasse ich dem Leser. Der Verfasser.

oder nicht, kann ich nicht sagen. Ich wiederhole, was kommt, kommt rechtzeitig.

Der **Reichskanzler:** Wie stark ist das Westheer?

Oberst Heye: Die Westfront zählt jetzt 191 Divisionen, davon 4 Österreicher und 7 aus dem Osten. Sie sind sehr verschieden an Stärke. 28 Divisionen haben nur Bataillonsstärken von ungefähr 200 bis 300 Mann. Die übrigen stehen sich ungefähr auf 400 bis 500.

General Ludendorff: Hätten wir da vollkräftige Bataillone, so wäre die Lage gerettet.

Der **Reichskanzler:** Durch die bisherige Aussprache sind die Fragen 1 bis 8, die wir zu stellen hatten, erledigt. Ich komme nun zur neunten Frage:

Wird durch eine Entblößung der Ostgebiete die Ölzufuhr für Heer und Heimat so in Frage gestellt, daß wir zum vorzeitigen Friedensschluß oder zur Einstellung des U-Bootkrieges gezwungen werden?

General Ludendorff: Das wird der Herr Kriegsminister beantworten.

Kriegsminister Scheüch: Dieser Punkt ist allerdings von größter Bedeutung. Wenn Rumänien uns nicht mehr zur Verfügung steht, können wir den Krieg noch anderthalb Monate weiter führen. Wir haben früher mit zwei Monaten gerechnet; das hat sich aber nicht bewahrheitet, da die Transportmittel geringer geworden sind und der Verbrauch sich erhöht hat.

Wie lange der U-Bootkrieg beim Wegfallen der Ölzufuhr Rumäniens weiter geführt werden kann, weiß die Heeresverwaltung nicht, weil wir den Verbrauch der Marine nicht kennen. Die Ziffern der Marinebehörden über den Verbrauch durch Automobile sind uns gestern zugekommen und noch nicht verarbeitet.

Es ist unbedingt nötig, daß die Ölbewirtschaftung bei Heer und Marine gemeinsam erfolgt. Wir müssen gemeinsam erwägen nicht nur, wie teilen wir? sondern auch, wie strecken wir? Das ist jetzt unklar. Ich bitte möglichst bald, wenn

irgend tunlich heute nachmittag, in Verhandlungen hierüber einzutreten. Vielleicht wird auch die Oberste Heeresleitung und der Admiralstab beizuziehen sein.

Wir gehen auch in bezug auf die Heimatwirtschaft ganz bedenklichen Verhältnissen entgegen. Wir sind nur noch für wenige Monate eingedeckt. Gestern ist im Reichswirtschaftsamt über die Frage verhandelt worden: wie können wir die Leuchtölmittel für die Heimat kürzen? Jede Kürzung wird natürlich sehr bedenklich sein, denn es gibt kaum noch Ersatz. In vielen Betrieben wird also die Beleuchtung einfach aufhören.

Aber auch hierüber kann ich nur ein klares Bild geben nach Einblick in die Verbrauchsziffern, Bestände, Deckungsmöglichkeiten und Streckungsmöglichkeiten der Marine.

Admiral Scheer: Bisher hat die Marine ihre Bestände selbst verwaltet. Erfolg: wir können den U-Bootkrieg noch 8 Monate durchführen, auch ohne rumänische Bestände.

Aber ich stehe nicht an, einzuräumen, daß die Vorräte so verwaltet werden müssen, daß das Heer nicht eher zu Ende ist als die Marine. Wir müssen beide zusammen den Krieg zu einem glücklichen Ende bringen. Ich bin ganz bereit mitzuarbeiten, daß der eine Teil nicht der beatus possidens ist, wenn es beim anderen schon zu Ende geht.

Staatssekretär von Mann: Ich bin ganz derselben Meinung. Ob und wie es zum Ziele führen kann, besondere Petroleumvorräte für die Zivilbevölkerung zu schaffen, weiß ich nicht. Vielleicht könnte man etwa 10 v. H. der Bestände dazu verwenden; aber darüber fehlt mir das Urteil.

Der **Reichskanzler:** Auch ich weiß nicht, wie groß der Verbrauch des Heeres, der Marine, der Landwirtschaft im Verhältnis zueinander ist.

Unterstaatssekretär Göppert: Ich bitte, auch die Zivilbevölkerung in die Bewirtschaftung einzubeziehen. 10 000 Tonnen monatlich hat man der Bevölkerung versprochen; das ist das Minimum. Wenn man die Bevölkerung im Winter leidlich ruhig halten will, muß das so bleiben. Als man im vorigen

Winter 12 000 monatlich gab, lag die Beleuchtungswirtschaft auch schon in den letzten Zügen.

Der **Reichskanzler:** Wie lange kann die Armee, die Marine und die Heimat aushalten in dem Moment, wo die Ölversorgung aus Rumänien ausfällt? Die Antwort auf diese Frage würde ich sehr gern in kürzester Frist haben. Wann kann ich sie bekommen?

Kriegsminister Scheüch: Heute nachmittag werden die Feststellungen getroffen.

Der **Reichskanzler:** Wenn man mir sagt: die Heimat kann noch ein paar Monate, das Heer noch anderthalb Monate, die Marine noch acht Monate auskommen, so habe ich kein Bild. Das muß auf den gleichen Nenner gebracht werden.

Ich möchte die Gelegenheit benutzen, um an Exzellenz Göppert noch eine Frage über die Wichtigkeit der Ukraine für die Versorgung zu richten. Ist angesichts der Lage an der Westfront die weitere Besetzung der Ukraine durch 12 deutsche Divisionen durch das Bedürfnis der deutschen Versorgung zu rechtfertigen?

Vizekanzler von Payer: Der Herr Staatssekretär des Kriegsernährungsamts ist soeben eingetroffen.

Der **Reichskanzler:** Ich bitte den Herrn Staatssekretär, die Frage zu beantworten.

Staatssekretär von Waldow: Wenn die Frage so gestellt ist, kann ich sie glatt verneinen. Wir haben die Lebens- und Futtermittel der Ukraine in unseren Wirtschaftsplan nur eingestellt als Notbehelf und zur Verbesserung der Lage. Handelt es sich aber darum, ob der Verzweiflungskampf aufgenommen werden muß, so können wir auch auf die Ukraine verzichten und werden dann versuchen durch Schmuggel unsere Bestände zu vermehren.

General Ludendorff: Ich weise nochmals darauf hin, daß jetzt aus den Ostgebieten ungefähr eine Million Menschen ernährt wird, die wir dann selbst mit verpflegen müßten.

Staatssekretär von Waldow: Dann müßte mir zuvor angegeben werden, welche Verpflegungssätze, welche Quantitäten in Frage kommen.

General Ludendorff: Ich werde den Generalquartiermeister veranlassen, die Frage mit Ihnen einwandfrei zu klären. Uns hat das Kriegsernährungsamt wiederholt gesagt, wir müßten die Ukraine halten. Darüber muß einwandfrei Klarheit herrschen. Brauchen wir die Ukraine nicht, um zu leben*), so handelt es sich nur noch um so viele Truppen, um die Gefahr des Bolschewismus von den Grenzen zu halten.

Staatssekretär von Waldow: Als ich die Notwendigkeit der Ukraine bejahte, war die Lage eine ganz andere.

General Ludendorff: Wenn wir die Ukraine aufgeben, kommt unsere Viehwirtschaft zum Erlahmen. Die Frage ist aber nicht so eilig. Es rollen Truppen von Österreich nach Rumänien auch aus der Ukraine. Es müssen nur grundsätzlich klare Entschlüsse gefaßt werden.

Unterstaatssekretär Göppert: Ein Kommissär aus Kiew, den ich vor einer Stunde gesprochen habe, bestätigte mir, daß eine Hoffnung, größere Mengen Getreide in diesem Winter aus der Ukraine herauszubekommen, nicht besteht. Auch die Preise werden das verhindern**).

Auch die Menge der anderen Lebensmittel ist nicht so groß, daß sie für die Ernährung des deutschen Volkes wesentlich in Betracht käme. Dagegen herrscht die Überzeugung, daß das Zurückziehen der deutschen Truppen sofort das Aufflammen des Bolschewismus mit allen seinen Folgen nach sich ziehen würde. Der Kristallisationspunkt für eine Beruhigung der russischen Gärung würde verschwinden, ganz Rußland wäre dem Bolschewismus ausgeliefert, unsere Anknüpfungen in Südrußland zerrissen. Das muß doch auch erwogen werden.

Der **Reichskanzler:** Das Auswärtige Amt hat Schritte getan, um uns Rumänien zu sichern, aber es ist möglich, daß Rumänien vorzieht, unsere Zerschmetterung abzuwarten. Will man Rumänien im Notfall zwingen?

---

*) Auch Österreich kam in Betracht. Der Verfasser.

**) Hierin zeigt sich unsere wenig zweckmäßige Politik in der Ukraine. Der Verfasser.

General Ludendorff: Mit dem Auswärtigen Amt haben wir die Gefahr erkannt und ihre Heilung erörtert. Am 10. September schlugen wir vor, Rumänien gemeinsam mit Österreich zu zwingen. Österreich wollte nicht. An sich hatten wir genug Truppen, einige kommen langsam aus Ungarn heran, dazu zwei Divisionen Österreicher und eine Kavalleriedivision aus der Ukraine, die General von Arz herangezogen hat. Die rumänische Armee allein wird nicht losschlagen, nur wenn Ententetruppen in größerer Zahl zu ihr stoßen. Solche Truppenbewegungen sind jetzt im Gange. Eine wird jetzt über Nisch in Richtung auf Belgrad angesetzt, eine andere, wie es scheint, über die Marizza-Mündung gegen Konstantinopel. Soweit ich die Lage nach den eingegangenen Nachrichten überhaupt einschätzen kann, ist für die nächste Woche nichts zu besorgen.

Der **Reichskanzler:** Ich bitte das Auswärtige Amt sich dazu zu äußern.

Staatssekretär Solf: Ich bin nicht orientiert.

Graf Roedern: Kann die Donaufront forciert werden?

General Ludendorff: Wenn Konstantinopel fällt, kommt die englische Flotte ins Schwarze Meer und dann ist Rumänien nicht zu halten. Es ist aber doch vom Auswärtigen Amt alles getan, um Rumänien bei der Stange zu halten.

Unterstaatssekretär von Stumm: Sobald die Entente militärisch an Rumänien herankommt, können wir es nicht mehr halten.

General Ludendorff: Das ist auch meine Ansicht.

Der **Reichskanzler:** Ich komme nun zu einer weiteren Frage: Wie steht es mit den Reserven der Entente?

Oberst Heye: Vorige Woche hatten die Franzosen 40, die Engländer 25, die Amerikaner 18, die Italiener 1, dazu kommen noch Portugiesen, Polen und andere Hilfstruppen, im ganzen 87 Divisionen Reserven von der Gesamtstärke von 220 Divisionen.

General Ludendorff: Wir haben 191 Divisionen an der Westfront, die Zahlen der Divisionen sind also nicht einmal so sehr verschieden, wohl aber die Stärken. Die französische Division ist auch nur schwach, nicht wesentlich höher wie unsere, die englische ist stärker und die 40 amerikanischen sind recht stark. Die Überlegenheit an Menschen, über die die Entente gegen uns verfügt, drückt sich also in den Zahlen der Divisionen nicht hinreichend aus.

Der **Reichskanzler:** Die elfte Frage lautet: Wie lange ist noch mit Großangriffen an der Westfront zu rechnen?

General Ludendorff: Das kann weiter gehen, kann aber auch aufhören, ich weiß es nicht.

Der **Reichskanzler:** Besteht die Wahrscheinlichkeit einer Überführung weiterer Italiener an die Westfront?

General Ludendorff: Die Möglichkeit, aber nicht die Wahrscheinlichkeit. Die Kriegsmüdigkeit in Italien ist sehr groß.

Graf Roedern: Ist ein Angriff der Italiener über Österreich gegen Deutschland ausgeschlossen?

General Ludendorff: Physisch unmöglich ist er nicht; sie können durch Tirol, aber wir brauchen jetzt nicht damit zu rechnen. Sonst machen wir uns noch mehr Angst, als wir schon haben. Wenn Italiener gegen Deutsche fechten, so wird das wohl nur an der Westfront geschehen.

Der **Reichskanzler:** Müssen wir eine neue Ostfront bilden?

General Ludendorff: In Serbien stehen drei Divisionen und zwei österreichische, dazu sind die Truppen aus der Ukraine an die Donau gekommen. Augenblicklich ist keine Gefahr. Nach acht Tagen kann es anders sein.

Der **Reichskanzler:** Ich denke an die Ostfront gegen Rußland.

General Ludendorff: General Hoffmann meint, eine kampffähige Truppe wird uns da nicht mehr gegenübertreten; aber wir müssen die Grenzen sperren und uns gegen Banden wehren. Vielleicht schwillt nun, wenn wir die Ukraine räumen,

den Bolschewiken der Kamm, so daß sie uns den Krieg erklären. Aber an eine kampffähige Rote Armee glaube ich nicht.

Der **Reichskanzler:** Die Sperre ist aber nicht dicht, es kommen doch Hunderte durch.

General Hoffmann: Ja, mit und ohne Paß, mit richtigem und falschem.

Der **Reichskanzler:** Aber ein militärischer Durchbruch ist nicht zu befürchten?

General Ludendorff: Nein, militärisch glaube ich nicht daran.

Der **Reichskanzler:** Eine weitere Frage: Wieviel Amerikaner kommen monatlich nach Frankreich?

Oberst Heye: Nach dem Durchschnitt der letzten Monate 250 000.

General Ludendorff: Im April, Mai und Juni waren es 350 000.

Der **Reichskanzler:** Hat ihre Zahl seitdem nicht mehr zugenommen?

Oberst Heye: Im Anfang des Jahres war die Zahl viel geringer, etwa 85 000 monatlich, dann kam der starke Aufstieg bis zum Hochsommer, seitdem sind es jedenfalls nicht mehr geworden.

Der **Reichskanzler:** Wie groß wird die Stärke des amerikanischen Heeres im nächsten Frühjahr sein?

Oberst Heye: Die amerikanische Heeresleitung berechnet die Truppenzahl jetzt auf 1 200 000, für das nächste Frühjahr rechnen sie mit 2 300 000 Kämpfern.

Der **Reichskanzler:** Und ist das entsprechende Material da?

Oberst Heye: Ja, wenn es so weiter geht wie bisher, kann man damit rechnen. Die Amerikaner sind in ihren Angaben immer wahr gewesen.

Der **Reichskanzler:** Auf wie hoch darf man die Frontstärke der Feinde im Westen jetzt schätzen?

Oberst Heye: Bei den Franzosen ist sie stark verringert, bei den Engländern wird sie sich auf derselben Höhe halten, weil

sie vorläufig noch Ersatztruppen einstellen können, bei den Amerikanern wird sie sich vermehren.

General Ludendorff: Die Ersatzfrage ist sehr schwer zu beurteilen.

Voriges Jahr hatten die englischen Divisionen noch 12 Bataillone, heute nur noch 9. Es hängt sehr davon ab, wie die wirtschaftlichen Interessen liegen. Nach der Niederlage im März mußte zum Beispiel England die Kohlenarbeiter einziehen; zieht es jetzt wegen der Kohlennot die Leute wieder heraus, so schwächt das natürlich die Front. Auch politische Momente spielen mit; bis jetzt können sie die Irländer nicht einstellen, das Wehrgesetz geht da zunächst nicht durch.

Der **Reichskanzler:** Also wir können bis nächstes Frühjahr 600000 bis 700000 Mann Ersatz aufstellen, die Feinde 1100000 Mann, wenn ich nur die Amerikaner berechne; dazu kommen dann vielleicht die Italiener. Wird sich also zum Frühjahr unsere Lage verschlechtern oder verbessern?

General Ludendorff: Nach den Zahlen ist es keine Verschlechterung. Aber dazu kommt die Rückwirkung der Räumung auf unsere wirtschaftliche Lage; wenn wir zurückgehen, wird die Lage unserer Kriegsindustrie im höchsten Maße verschlechtert. Das konnte man ja immer voraussehen, daß wenn wir aus dem Kriege mit unseren jetzigen Grenzen herauskommen, wir militärpolitisch und industriell viel schlechter stehen als früher. Das wird sich auch jetzt bei einer Räumung zeigen.

Der **Reichskanzler:** Euere Exzellenz haben bis jetzt nur die Zahlen der Menschen erwähnt, aber es ist auch das Material zu bedenken: Flugzeuge, Tanks und anderes.

General Ludendorff: Die Flieger der beiden Heere verhalten sich schon jetzt wie 1:3. Trotzdem ist die Überlegenheit bei uns. Die Angaben über Feindverluste, die wir machen, bleiben weit hinter der Wirklichkeit zurück, wie wir später oft an den feindlichen Nachrichten feststellen können. Alles das schreckt mich nicht.

Der **Reichskanzler:** Und die Tanks nächstes Frühjahr?

General Ludendorff: Ich hoffe, daß wenn unsere Infanterie wieder zu Kräften kommt, auch der Tankschrecken, der schon einmal überwunden war und wiedergekommen ist, nochmals überwunden wird. Er kam mit aller Kraft wieder am 8. August durch den Nebel und wer weiß was sonst. Ist aber die Stimmung der Truppen wiederhergestellt, so machen sich Teile von ihnen, so die Jägerbataillone und die Gardeschützen, geradezu einen Sport daraus, die Tanks abzuschießen. Es lockt auch aus materiellen Gründen, denn in den Tanks gibt es immer gute Verpflegung. Wir konnten nur nicht Schritt halten in dem Bau von Tanks, weil wir zuerst Lastautos bauen mußten; aber bis nächstes Frühjahr werden wir darin weiter sein.

Graf Roedern: Ich nehme an, daß, wenn wir eine gewisse Ruhepause haben, die Lage sich bessert, oder ist das Urteil des General Ludendorff auch dann gültig, wenn wir in den nächsten zwei bis drei Monaten kämpfend von unserer Linie auf der Westfront zurückgehen müssen?

General Ludendorff: Das kommt auf das Tempo an; jeder Rückzug kostet um so mehr Gefangene und Material, je rascher er vor sich geht. Bei dem langsamen Zurückgehen der 3., 1., 7. und 18. Armee sind so gut wie keine Einbußen an Menschen und Material gewesen; wenn wir aber ausweichen müssen, wie bei der 17. und 2. Armee, dann ist es eine erhebliche Schwächung. Wir verkürzen uns außerordentlich, aber die Lebensbedingungen der Armee, das, was sie zum Handeln braucht, Munition und so weiter, das wird erheblich verschlechtert, weil wir unser Industriegebiet den feindlichen Fliegern aussetzen.

Sollten die Waffenstillstandsverhandlungen kommen, so bedeutet schon die Zusage der Räumung an sich eine wesentliche Verschlimmerung der militärischen Lage.

Kriegsminister Scheüch: Daß die Zurückführung des Heeres auf den heimatlichen Boden eine außerordentliche Schwächung

des Heeres bedeutet, ist zuzugeben, nicht nur wegen der geringeren Möglichkeit der Herstellung alles dessen, was das Heer zum Kampf nötig hat, sondern auch im Hinblick auf die Stimmung und den Gehalt der Truppe. Eine enge Verbindung mit der Heimatbevölkerung, die niedergedrückt ist durch die starke Belegung, drückt auch das Heer nieder. Es würden an der ganzen Grenze dieselben Bedingungen eintreten, wie jetzt im Elsaß und noch schlechtere*). Auch die Lebenshaltung der Bevölkerung selbst würde sehr herabgedrückt.

Admiral Scheer: Ich habe schon gestern gemeldet, wie der Stand bei der Marine ist, muß aber wohl auch hier ein Bild von den Verhältnissen der Flotte geben, weil es darauf ankommt, ob man den Waffenstillstand unter den Bedingungen bekommen soll, die Wilson stellt.

In den beiden letzten Jahren hat sich die Flotte nur in den Dienst des U-Bootkrieges gestellt und sich dabei völlig gefechtsbereit gehalten. Wenn uns die Arbeiterverhältnisse verbessert werden, können wir den Bau der Unterseeboote auf das Doppelte, ja Dreifache erhöhen. Nun geht die Forderung Wilsons dahin, daß wir den U-Bootkrieg einstellen sollen. Wenn wir dem nachgeben, würde ein ganz erhebliches Druckmittel preisgegeben und eine Gegenleistung für die Annahme des Waffenstillstands bei der jetzigen Stellung. Denn da ist doch die Lage so, daß das Heer standhalten kann. Deshalb brauchen wir auf die zweite Wilsonsche Bedingung nicht einzugehen.

Der **Reichskanzler:** Damals sprachen Euere Exzellenz von 40 000 Arbeitern, die nötig wären. Können Sie die bekommen, wenn der Kriegsminister 600 000 Mann aufbietet?

Admiral Scheer: Bis zum 1. Dezember brauchen wir nur 15 000 bis 16 000 Mann.

Der **Reichskanzler:** Und bis wann brauchen Sie die 40 000?

Admiral Scheer: Erst bis in den Sommer. Wir können

*) Diese Bedingungen hat Frankreich vier Jahre ertragen, für Rumänien und Serbien lagen die Verhältnisse noch ungünstiger. Der Verfasser.

schon mit den ersten 16 000 Mann die monatliche Ablaufziffer von 10 auf 16 steigern.

Der **Reichskanzler:** Als letztes Wort möchte ich mir folgende Frage erlauben:

Wenn alle Maßnahmen getroffen werden, die Euere Exzellenz vorgeschlagen haben, wenn die Front für die nächsten Monate hält, sind dann Euere Exzellenz der Anschauung, daß wir dann im Laufe des nächsten Jahres eine Lage geschaffen haben werden, die besser ist als die, in der wir uns augenblicklich befinden?

Wir müssen uns darüber klar sein, daß jede Kraftanstrengung, die wir jetzt machen, und die sich nicht am Ende bezahlt macht, eine Kraftverschwendung bedeutet und eine Lage schaffen würde, deren Verantwortung wir tragen, und der wir fest ins Auge sehen müssen. Können wir im nächsten Jahre den Krieg unter besseren Bedingungen beenden als jetzt?

General Ludendorff: Jede Kraftanstrengung, die wir augenblicklich machen, verbessert unsere Lage.

Admiral Scheer: Man steht wohl allgemein unter dem Eindruck, daß der Feind den U-Bootkrieg sehr erheblich spürt, namentlich Italien. Das wird sich in nächster Zeit noch steigern, besonders auch gegenüber Amerika. Wenn wir aber die Bedingungen annehmen, die uns gestellt worden sind, geben wir alles aus der Hand.

Der **Reichskanzler:** Das ist keine Antwort auf die Frage, die ich gestellt habe: Werden wir den Krieg unter besseren Bedingungen beenden, wenn wir den Wünschen der Obersten Heeresleitung nachgeben? Es handelt sich jetzt noch nicht um die Beantwortung der Note Wilsons.

Admiral Scheer: Unsere Lage wird sich bessern, weil die der Gegner sich verschlechtern wird. Deshalb wollen ja die Gegner gerade in diesem Herbst fertig werden.

Graf Roedern: Es ist schon so oft gesagt worden, daß sich die Lebenshaltung unserer Feinde verschlechtert hat, aber wir

haben wenig davon gemerkt, daß das den Krieg beeinflußt hat. Wird das jetzt so viel anders sein? Wird dabei berücksichtigt, daß für uns die flandrische Küste wegfällt, daß Österreich jetzt zum Frieden kommt, und wir damit die U-Bootsbasis im Mittelmeer verlieren? Kann die Steigerung der U-Bootserzeugung das ausgleichen?

Admiral Scheer: Der Ausfall der beiden U-Bootsbasen in Flandern und im Mittelmeer hat auf unseren U-Bootkrieg nach meiner Auffassung und der meiner Mitarbeiter keinen Einfluß. Im Gegenteil, je mehr wir uns auf die Umgebung der Britischen Inseln konzentrieren, desto wirksamer ist der Krieg. Bisher haben wir, wenn auch nur unter großen Anstrengungen, die Fahrt nach England offen gehalten.

Ich kann freilich nicht sagen, in der und der Zeit ist der Gegner zusammengebrochen. Es kommt darauf an, die Wirkungen, die schon vorliegen, zu verstärken und den Gegner dauernd unter Druck zu halten, dann wird sich die politische Wirkung schon bemerkbar machen.

Graf Roedern: Man hat der Marineleitung, gewiß mißverständlich, nachgesagt, daß sie bestimmte Zusagen wegen der Wirkung des U-Bootkrieges gemacht habe, aber eine Zusage ist sicher gemacht worden, nämlich darüber, daß man die Zufuhr amerikanischer Truppen verhindern könne. Gerade diese Zusage ist nicht gehalten worden. Der damalige Staatssekretär des Reichsmarineamts beantwortete die Frage danach ungefähr dahin: die amerikanischen Truppen sollen nur kommen, sie bilden willkommene Angriffspunkte für uns. Das hat sich doch als durchaus irrtümlich erwiesen.

Sind dann die Einwirkungen auf die englische Wirtschaft noch so hoch zu bewerten? Sobald die Amerikaner sich entschließen statt 250 000 Mann, nur noch 150 000 monatlich zu schicken, wird die Versorgung Englands erheblich erleichtert. Es muß da eine Fehlerquelle liegen. Liegt sie vielleicht darin, daß das Tempo des amerikanischen Schiffsbaus unterschätzt worden ist?

Admiral Scheer: Ich kenne die Erklärung des Staatssekretärs nur aus den Zeitungen. Ich weiß nur, daß er die amerikanischen Truppen nicht hoch eingeschätzt hat, wahrscheinlich, weil er ihre Unterhaltung auf französischem Boden für schwierig ansah. Man kann die U-Boote nicht nur auf Transportschiffe ansetzen, sie müssen ihre Torpedos da brauchen, wo sie den meisten Schiffsraum vernichten.

(Der Reichskanzler übergibt den Vorsitz an den Vizekanzler.)

Vizekanzler von Payer: Der Eindruck der militärischen Lage ist doch heute wesentlich günstiger als zu Anfang des Monats. Liegen die Gründe dafür auf militärischem Gebiet?

General Ludendorff: An der Front ist es der nicht gelungene Angriff des Feindes von gestern und vorgestern. Der Feind hat nicht ordentlich angebissen. Hätte er alles getan, was er konnte, so wären wir geschlagen worden. An dieser Stelle hat sich die Kampfkraft der Entente nicht auf der Höhe gezeigt wie bisher.

Dazu kommt, daß die Amerikaner starke Grippe haben. Allerdings fängt sie auch bei uns an zu grassieren und zwar in einer sehr bösen Form. Unsere Truppe ist müde und der müde Mensch erliegt der Seuche leichter als der frische.

(Der Reichskanzler übernimmt den Vorsitz wieder.)

Der **Reichskanzler:** Die Lage ist also nicht mehr dieselbe wie sie am 5. Oktober war, als wir veranlaßt wurden, den Friedensschritt bei Wilson zu tun*).

General Ludendorff: Ich habe den Eindruck, ehe wir durch diese Note Bedingungen auf uns nehmen, die zu hart sind, müßten wir dem Feinde sagen: erkämpft euch solche Bedingungen.

---

*) Hier drückt sich das vollständige Verkennen der Lage seitens des Reichskanzlers aus. Es handelt sich jetzt doch darum, ob das deutsche Volk den Endkampf um Leben und Tod führen wollte. Ich ging deshalb auf seine Behauptung nicht ein, sondern gleich auf den Kern der Frage.

Der **Reichskanzler:** Und wenn er sie erkämpft hat, wird er uns dann nicht noch schlechtere stellen?

General Ludendorff: Schlechtere gibt es nicht!

Der **Reichskanzler:** O ja, sie brechen in Deutschland ein und verwüsten das Land.

General Ludendorff: So weit sind wir noch nicht*).

Graf **Roedern:** Es ist bisher nur von Sieg oder Niederlage gesprochen worden. Es gibt noch eine dritte Möglichkeit: wir gehen langsam zurück. Das ist das Wahrscheinlichste, wenn wir einen Durchbruch der Feinde nicht zu befürchten haben. Ich halte auch nicht für wahrscheinlich, daß wir die Feinde zurückwerfen. Also angenommen wir gehen zurück, wir füllen auf, unsere Widerstandskraft wird gestärkt: wird dann Amerika veranlaßt, uns bessere Bedingungen zu stellen? Amerika weiß, daß wir unsere letzten Reserven verbrauchen; es wird seine Zeit abwarten.

General Ludendorff: Wie sieht es denn in den anderen Ländern aus? Ich habe eine Agentenmeldung, daß in England und Frankreich ernste Befürchtungen auftreten, der Krieg könnte den Monat überdauern, Deutschland wird die Entente noch auf feindlichem Boden zum Stehen bringen. Die Furcht vor einem Umschlag der Lage ist dort sehr groß.

Staatssekretär Solf: Ich habe den Reichskanzler verantwortlich zu beraten, wie die Note, die wir an Wilson zu richten haben, nach Ton und Inhalt zu fassen ist. Für diese Aufgabe bin ich durch die Ausführungen von Exzellenz Ludendorff nicht wesentlich besser vorbereitet als vorher.

Zu Anfang dieses Monats ist die politische Leitung des Reichs von der Obersten Heeresleitung gedrängt worden, die Gegner um Waffenstillstand zu bitten und Frieden vorzu-

*) Hier meint das Weißbuch, ich weiche aus, nachdem ich am 9. klar geäußert hatte, wir werden die Grenze halten. Kann man denn nicht ersehen, daß ich bei der Sitzung mit meinem Herzen war und wirklich nicht jedes Wort nur rein trocken beantworten konnte. Es ging um das Höchste, was wir hatten (siehe Seite 50 dieses Hefts). Der Verfasser.

schlagen. Gegen den Willen und gegen die Auffassung des Herrn Reichskanzlers hat er sich entschließen müssen, diesen Schritt mit seiner Verantwortlichkeit zu decken. Dann kam die Gegenfrage, und auch damals ist an der Auffassung festgehalten worden, daß in unserer Antwort an den von uns vorgeschlagenen Bedingungen einfach festzuhalten sei. Jetzt ist die Antwort Wilsons gekommen, die uns vor schwere Entschlüsse stellt, und sofort ändert sich das Bild, so daß wir die Lage noch halten können, ja, daß, wenn wir die nächsten vier Wochen überdauern, wir sogar viel besser dastehen als bisher.

Davor stehe ich wie vor einem Rätsel. Was ist der wirkliche Grund, weshalb jetzt geht, was vorher für unmöglich erklärt worden war*)?

General Ludendorff: Ich habe immer den Menschenmangel als das wichtigste dargestellt**). Heute höre ich, daß der Mangel nicht so groß ist, wie ich angenommen hatte. Heute höre ich, daß ich in absehbarer Zeit 600 000 Mann bekommen kann. Weshalb ich sie nicht früher bekommen konnte, darüber will ich nicht sprechen. Kann ich sie jetzt bekommen, so hört die Vereinsamung der Armee auf. Trotz der unglücklichen Ereignisse an der Front ändert sich die Lage, weil zugleich die Kampfkraft des Feindes nachläßt.

Nach wie vor glaube ich, daß wir die Waffenstillstandsverhandlungen, wenn es irgend geht, erreichen müssen. Aber nur solche Waffenstillstandsverhandlungen dürfen wir annehmen, die eine geregelte Räumung des Landes gestatten, also mindestens zwei bis drei Monate Frist. Und dann dürften wir keine Bedingungen auf uns nehmen, die eine Wiederaufnahme der Feindseligkeiten unmöglich erscheinen lassen. Daß dies die

*) Ich hatte den Gedanken des Staatssekretärs, daß die Oberste Heeresleitung die Verantwortung verschieben wollte, nicht verstanden, weil mir von seinen Aussprachen am 16. keine Meldung gemacht war. Heute erst sehe ich klar (siehe Seite 15 dieses Hefts). Der Verfasser.

**) In Verbindung mit dem geistigen Antrieb, über den in der Sitzung bereits gesprochen war. Der Verfasser.

Absicht ist, muß man aber nach der Note annehmen. Die Bedingungen sollen uns außer Gefecht setzen. Bevor wir uns auf weiteres einlassen, muß der Feind einmal sagen, was denn eigentlich seine Bedingungen sind.

Nicht kurzerhand mit Wilson abbrechen! Im Gegenteil: „Sagt doch mal, was sollen wir eigentlich tun? Wenn du etwas gegen unsere nationale Ehre verlangst, uns kampfunfähig machen willst, dann heißt es allerdings: nein!"

Damit verlasse ich den bisherigen Boden nicht. Ich bitte nur, die Maßnahme, die der Kriegsminister vorgeschlagen hat, rasch durchzuführen.

Staatssekretär Solf: Diese Maßnahme war doch auch damals schon in Aussicht genommen.

General Ludendorff: Seit dem April und viel länger noch kämpfe ich um Menschen. Sie sind mir nicht gegeben worden. Es ist doch eine Tatsache, daß wir 70 000 Mann monatlich zu wenig bekommen. Hört dieses Defizit auf, und die Kampfkraft des Feindes läßt nach, so braucht man nicht alle Bedingungen anzunehmen.

Der **Reichskanzler:** Könnte sich die deutsche Oberste Heeresleitung mit der amerikanischen direkt in Verbindung setzen?

General Ludendorff: Die amerikanische hat nicht die Führung, sondern Foch. Ist es nicht besser, zunächst noch einmal die Regierung zu fragen?

Kriegsminister Scheüch: Foch zu fragen ist es noch nicht Zeit. Das wäre ein Eingeständnis der Niederlage.

General Ludendorff: Ich möchte noch einige für die Kriegführung wichtige Punkte vorbringen:

1. Das Generalgouvernement Belgien muß Etappengebiet werden. Das Abgrenzen der Zuständigkeiten ist allerdings schwierig. Es ist so gedacht, daß das Generalgouvernement möglichst die innere Verwaltung, die Beziehungen zur Kirche und so weiter behält, aber die Verpflichtungen, die wir eingegangen sind, als wir die Verpflegungskommission zuließen, werden wir nicht mehr einhalten können. Wir müssen ehrlich

sein und den Stellen kündigen, denen wir damals die Zusage gegeben haben. Wie soll mit ihnen die Einquartierungslast in Einklang gebracht werden? Wir müssen ihnen sagen: Schickt jetzt keine Verpflegung mehr ins Land. Das wird in Belgien ganz gut wirken. In Tournai wollte die Bevölkerung schon nicht weggehen, weil sie sagten, jetzt kommt der Friede. Der Gedanke darf aber nicht hochkommen: man muß Belgien sagen, der Friede ist noch weit ab, und das Furchtbare, das nun einmal im Kriege liegt, kann noch über Belgien kommen, dagegen ist 1914 ein Kinderspiel. Man weiß, daß, wenn auch die Befehlsstellen sich die größte Mühe geben, nicht alle vier Millionen Menschen von Gewalttätigkeiten abgehalten werden können.

2. Die Frage der Zerstörungen. Ich habe von Euerer Großherzoglichen Hoheit und auch vom Auswärtigen Amt Telegramme darüber bekommen. Wir haben pflichtgemäß alles getan, das Heer in den Schranken zu halten, die militärisch noch zu vertreten sind. Das ist eigentlich schon nicht mehr zu verantworten, daß man Häuser unzerstört läßt; denn Unterkunft ist eine große Hilfe für den Feind. Und später haben die Franzosen die Häuser doch zerstört. In Lille sind das elektrische Licht, die Wasserleitung, die Trambahn unzerstört gelassen, aber Telegraph, Telephon und Bahn zerstört worden. Das Schlimmste sind die englischen Flieger und die englischen großen Kanonen. Das Material haben wir dem Auswärtigen Amt mitgeteilt.

Die Armee ist nicht dasselbe wie die einzelnen rohen Menschen, die darin sind. Die Leitung kämpft gegen solche Roheit an. Ich bitte das in der Note an Wilson zu betonen, denn die Armee hat ein Recht darauf.

Staatssekretär von Waldow: Wenn die Vereinbarungen über die Ernährung Belgiens gekündigt werden sollen, so wird das vorher sehr genau geprüft werden müssen.

General Ludendorff: Damit bin ich einverstanden. Aber wie bisher, geht es nicht weiter. Die Truppe quartiert sich selbst ein und nimmt die Kuh vom Felde und die Lebensmittel

aus dem Haus. Das geht nun einmal nicht anders. Belgien muß aus der Friedensduselei wieder herauskommen, so wird es ein ganz guter Verbündeter von uns. Je mehr es die Schrecken des Krieges empfindet, desto friedensbedürftiger wird es.

Staatssekretär Scheidemann: Nachdem im feindlichen Ausland und besonders auch im neutralen Gebiet die Verleumdungen unseres Heeres verbreitet worden sind, muß ihnen entgegengetreten werden. Ich glaube es daher Euerer Großherzoglichen Hoheit nahelegen zu sollen, daß es gut wirken würde, wenn man im Anschluß an frühere Befehle noch einmal einen Befehl ergehen läßt, Zerstörungen zu unterlassen. Wenn dann die Kuh weggenommen wird, so ist das verständlich, denn die Truppen müssen leben, aber was nicht nötig ist, und was wir mit Bedauern von den Urlaubern hören, daß Möbel zerstört, Bilder zerschnitten, Betten verwüstet werden, das muß man abstellen.

General Ludendorff: Wir haben vier Jahre Grabenkrieg geführt und haben zu Unterständen und Holzbaracken greifen müssen, darin sollte sich die Truppe ruhen, das kann sie aber nicht, wenn die Unterstände und Baracken leer bleiben, sie müssen möbliert werden, dazu sind die Möbel requiriert. Ich halte das für militärisch erlaubt. Wie kann sich die Truppe sonst erholen? Leider sind viele Mißgriffe geschehen. Wir eifern dagegen an.

Aber sobald die Truppe weg ist, plündert auch die Bevölkerung. Waffen können wir nicht zurücklassen. Da ist viel Schlimmes vorgekommen. Das ist leider richtig. Offiziell ist aber der Gebrauch der Möbel nur für die Unterkunft erlaubt.

Wir haben Wertpapiere zurückgebracht oder in Obhut genommen, sie werden zurückgegeben werden. Die Gemäldesammlungen haben wir nach Valenciennes zurückgeschafft. Wir wollten sie noch weiter zurückbringen, um sie besser zu schützen, aber auf die Bitten des Auswärtigen Amts haben wir sie in französischem Gebiet gelassen.

Der **Reichskanzler:** Konnte man die Bilder nicht nach Holland bringen?

General Ludendorff: Wir haben darüber mit dem Auswärtigen Amt immer in Verbindung gestanden und die Sache völkerrechtlich geprüft. Das Amt hat gesagt: nicht aus dem Lande heraus, das würde wie Raub sein. Die einzige Ausnahme bilden die Kirchengüter und Weihgefäße, die haben wir dem Erzbischof von Köln in Aufbewahrung gegeben.

Der **Reichskanzler:** Ist zu den Fragen, die wir an Exzellenz Ludendorff zu stellen hatten, noch etwas zu bemerken?

Dann schließe ich die Sitzung.

4.

Das Protokoll der 2. Sitzung vom 17. Oktober (Weißbuch Nr. 38) kann ich im einzelnen nicht anerkennen, solche Sprache führe ich nicht. Der Grundgedanke ist richtig wiedergegeben.

Im einzelnen gebe ich folgendes wieder, was auch in der Form meinen Äußerungen entspricht:

Solf: Die Frage sei, ob wir eine etwas heftigere Form (für die Beantwortung der Wilson-Note. Der Verfasser.) wählen dürften, die unserer Würde entspräche, auch auf die Gefahr hin, daß Wilson abschnappe. Können wir dies verantworten?

Ludendorff: Ja, wir können es verantworten, und belasten wir die neue Note mit einer schärferen Tonart und schnappt darauf Wilson ab, so sehen wir daran, daß er es nie ehrlich gemeint hat.

Der **Reichskanzler** bestreitet das letztere. Nach eingegangenen Nachrichten will Wilson den Frieden, wird aber von England und Frankreich bedrängt.

Ludendorff spricht sich dafür aus, daß Wilson aufgefordert werde, sich über die Bedingungen zu äußern. Die Note müsse der Prüfstein sein, ob er es ehrlich meint und ob er auch die Macht hat, seinen Willen durchzusetzen.

Oberst Heye erläutert seine früheren Worte. Sein Urteil geht dahin, an der Lage im großen habe sich nichts geändert. Die Armee bedürfe der Ruhe, je eher dies eintrete, um so besser. Als die Oberste Heeresleitung sich zu dem Friedensvorschlag entschloß, ging man von der Ansicht aus, daß ein ehrenvoller Frieden geschlossen werden könnte. Jetzt (erst) (In Klammer gesetzt. Der Verfasser.) sehe man (D. h. alle Welt. Der Verfasser.), daß es um Sein oder Nichtsein ginge. Es müßte daher geprüft werden, ob der Entscheidungskampf nochmals aufgenommen werden könne. Die Unsicherheit der Lage bleibe für

die Oberste Heeresleitung heute noch bestehen. Man könne nicht eine Garantie dafür übernehmen, daß die 18. Armee (Am 17. wurde bei ihr schwer und verlustreich gekämpft. Der Verfasser.) nicht eine schwere Niederlage erleidet, aber in den letzten acht Tagen sei es gut gegangen. Allerdings werde der Gegner noch weiter stark angreifen, aber seine Kräfte seien doch geringer geworden. Das zeigten jetzt die Kämpfe. Er würde den Versuch, uns zu schlagen, fortsetzen, mit Hilfe seiner Artillerie und zahlreicher Tanks. Dadurch entständen große Menschenverluste. Zögen wir uns kämpfend zurück, so müsse das Land zerstört werden, denn es müsse eine Sicherheitsgrenze zwischen dem Gegner und uns geschaffen werden.

Es sei möglich, daß der Feind in Lothringen angreife, demgegenüber seien Gegenmaßnahmen in Vorbereitung.

Die Lage sei ernst, aber nicht hoffnungslos. Die Stimmung der Armee würde gehoben werden, wenn unser Angebot durch die Entente zurückgewiesen werden würde. Es würde dies einen Antrieb an moralischer Kraft geben. Den Entscheidungskampf müßten wir annehmen, wenn die Bedingungen, die uns gestellt würden, entehrend seien.

Die Aussichten für Haltung der Front im Elsaß seien gut. Die erste Linie hielten ältere Truppen, die zweite allerdings nur abgekämpfte. Es komme also nur darauf an, wie lange der Kampf fortdauere.

Ludendorff: Es zeige sich hier bei den älteren Truppen der Gehalt einer guten Friedensschule. Alte Leute zeigten den Wert einer guten Friedensausbildung, daher habe er das Vertrauen, daß die Lothringer und Elsasser Front sich halten werde. Es sei auch zu berücksichtigen, daß auch die Ententetruppen sehr stark abgekämpft seien.

5.

Feindliche Stimmen über den Ausgang des Krieges.

Der frühere deutsche Botschafter in Wien, Graf Wedel, schreibt in den „Hamburger Nachrichten" Juli/August 1919:

„Im vergangenen Herbst trafen Ententevertretungen, Missionen und Kommissionen in Wien ein. Da man nur Italien als eigentlichen Feind empfunden hatte, wurden Engländer, Franzosen und Amerikaner freundlich aufgenommen. Ein ungezwungener gesellschaftlicher Verkehr wurde angebahnt. Ich begegnete in einem Wiener Salon einem hohen englischen Offizier, der sich mir vorstellen ließ und mich in ein Gespräch zog, was er mir dadurch erleichterte, daß er mit großer Achtung von Deutschland und mit Bewunderung vom deutschen Heere und seinen Führern sprach. Am meisten habe ihm der Rückzug im Spätsommer und Herbst 1918 imponiert, er sei großartig geleitet und großartig durchgeführt worden. Wohl habe die Übermacht der Alliierten die deutsche Front zurückgedrängt, als aber der Kampf abgebrochen wurde, sei die Front nicht durchstoßen, die Kraft des deutschen Heeres nicht gebrochen gewesen, die Alliierten hätten sich militärisch noch nicht als Sieger fühlen können. Man dürfe nicht übersehen, daß auch die Heere der Alliierten in den schweren Kämpfen hart mitgenommen gewesen seien. Fest gerechnet auf den Endsieg habe man erst für dieses Jahr nach Einsatz frischer Amerikaner und Anwendung neuer Tanks usw. Daran liege es, daß man in England und Frankreich an die Wehrlosigkeit Deutschlands nicht glauben könne, sondern mit der Möglichkeit einer Wiederaufnahme bewaffneten Widerstandes rechnen müsse. Wohl habe Deutschland einen großen Teil seines Kriegsmaterials verloren, aber wehrlos könne es mit solchen Führern und Soldaten nicht sein, und ein Wiederaufleben des Kampfes nach

längerer Pause würde auch für die Alliierten eine ernste Probe bedeuten. Er verfolge aufmerksam die deutsche Presse, er habe bemerkt, daß man diese Besorgnis der Alliierten für Heuchelei halte, er könne aber versichern, daß es nicht Heuchelei sei, sondern tatsächlich mit solchen Möglichkeiten gerechnet werde. Er sähe aus den deutschen Zeitungen, daß man die Wehrlosigkeit mit der Revolution begründe. Das könne er nicht verstehen. Österreich sei infolge des Auseinanderfalls des Staates wehrlos geworden, aber die Geschichte lehre, daß eine Revolution an sich noch niemals ein Volk wehrlos gemacht habe. Cromwell habe den Ausbau des Heeres als seine wichtigste Aufgabe angesehen und die Puritaner hätten über eine Armee verfügt, wie sie das königliche England niemals gekannt habe. Ebenso hätten die Niederländischen Generalstaaten, die ja auch durch Revolution entstanden seien, eine Musterarmee geschaffen. Die französischen Revolutionäre von 1789 seien sofort ans Werk gegangen, das Heer zu erhalten und zu verstärken, nur dadurch seien sie imstande gewesen, alle Angriffe äußerer Gegner siegreich abzuschlagen, und Napoleon habe mit diesem Heere die halbe Welt erobert. Auch Kerenski und Lenin hätten für die Erhaltung des Heeres gesorgt. Revolutionäre Staaten seien wegen der Ansteckungsgefahr in der Nachbarschaft nicht beliebt und müßten doch aus Selbsterhaltungstrieb an die Verteidigung gegenüber dem Auslande denken. Man könne es den Alliierten nicht verargen, wenn sie hinter der angeblichen Wehrlosigkeit eine Falle witterten. Er selbst könne an die Wehrlosigkeit Deutschlands nicht recht glauben."

*

Ein amerikanisches Urteil aus der „Deutschen Tageszeitung".

„Die »Illinois Staatszeitung« (Vom 29. Juli 1919. Der Verfasser.) ist in der Lage, Äußerungen des amerikanischen Obersten F. L. Huidekoper aus einem Bericht im Hauptquartier des Generals Pershing anzuführen, in welchem fest-

gestellt wurde, daß im November 1918 die amerikanische Kriegführung sehr dicht vor dem toten Punkte stand. »Sie hatte die Zahl des verfügbaren ausgebildeten Ersatzes weit schneller aufgebraucht, als durch den Nachschub aus der Heimat herangeschafft werden konnte.« Das Versagen des Transport- und Etappendienstes, die jämmerliche Handhabung des Nachschubes, die Mängel in der Verpflegung und Unterbringung der kampfmüden Truppen in der Feuerlinie »beeinflußten deren Kampfkraft so unheilvoll, daß sie, wie gesagt, höchstens auf vier Wochen hinaus als Offensivinstrument brauchbar waren«. Pershings Generalstäbler gestehen zu, daß die deutsche Defensive erfolgreicher war als die amerikanische Offensive, die sich verbluten mußte, ehe sie den Gegner entwurzelt hatte."

*

Mr. Winston Churchill sagt im „Sunday Pictorial" vom 12. Januar: 1919

Wir sind nur gerade durchgekommen. Je mehr wir über den Kampf erfahren, um so mehr erkennt man, an welchem kleinen, dünnen, gefährlichen Fädchen unser Erfolg hing. Beim ersten Ansturm wäre Frankreich beinahe vernichtet (Herbst 1914. Der Verfasser). Nur ein wenig mehr, und der Unterseehandelskrieg hätte, anstatt Amerika an unsere Seite zu führen, uns alle durch Hunger zu unbedingter Übergabe gezwungen (Frühsommer 1917. Der Verfasser)*). Selbst nach dem 21. März (1918. Der Verfasser) war die Gefahr äußerst groß für Paris wie für die Kanalhäfen. Es war ein gleiches Wettrennen bis zum Ende. Aber am Ende sind wir sicher durchgekommen, weil die ganze Nation unverwandt zusammenarbeitete, weil unser

*) Übersicht der Auslandspresse am 4. Dezember 1918: „Morning Post" vom 22. November. Lord Mevis sagte in einer Versammlung der nationalen politischen Liga in London, er glaube nicht, es sei schon veröffentlicht, wie nahe wir eine Zeitlang tatsächlich dem Verhungern waren, trotz der wenigen U-Boote, die gegen uns operierten.

Volk kerngesund war in allen menschlichen tüchtigen Eigenschaften, und weil wir die Gerechtigkeit der Welt auf unserer Seite hatten.

*

„Daily Mail" am 26. November 1918:

Bei Besichtigung der 87 übergebenen U-Boote äußerte Kommandeur G. H. Kelletl, daß er wünsche, ganz England könne dieses Schauspiel genießen. Die deutschen Schlachtschiffe seien nicht 20 Pf. wert, da sie nicht zum Kampf herauskommen wollten*), aber diese U-Boote hätten beinahe den Krieg gewonnen.

*

Der Kommandant eines Linienschiffes berichtet über die Zustände in England zur Zeit der Flottenübergabe:

Die englischen Offiziere waren sehr zurückhaltend mit Äußerungen über die Zustände in England, sind auch nicht danach gefragt worden. Dagegen ging aus Gesprächen mit Mannschaften, die leider nicht ganz vermieden worden sind, hervor, daß in England eine außerordentliche Knappheit an Lebensmitteln und Rohstoffen herrscht. Die Leute erzählten, daß die Grand Fleet Ende Oktober bzw. Anfang November 14 Tage in See gewesen sei. Während der letzten acht Tage hätten die Besatzungen von Brot und Marmelade leben müssen. Die Leute klagten über zu wenig Zeug; sie hätten ihr einziges Päckchen Blau an. Auch das Zeug der Offiziere war großenteils alt und abgetragen. Das Schuhzeug war durchweg schadhaft, das Oberleder zerrissen und die Sohlen mit Gummi- und Lederstücken benagelt.

Die Engländer wunderten sich, daß unsere Signalflaggen noch aus Tuch waren. Sie hätten schon seit langem Papierflaggen. Auch der an Bord gekommene englische Signalgast

*) Das gleiche Urteil gilt zum mindesten für die englischen Schlachtschiffe.

hatte Winkflaggen aus Papierstoff. Material, wie Öl, Petroleum, Baumwollpackungen, Twist und Leinwand scheinen sehr knapp zu sein. Sie wunderten sich über unsere Vorräte, die sie in unseren Lasten — Hellegatts — sahen. Der englische Bootsmann hat unseren Bootsmann um etwas Schmirgelpapier gebeten, da er selber keines mehr habe.

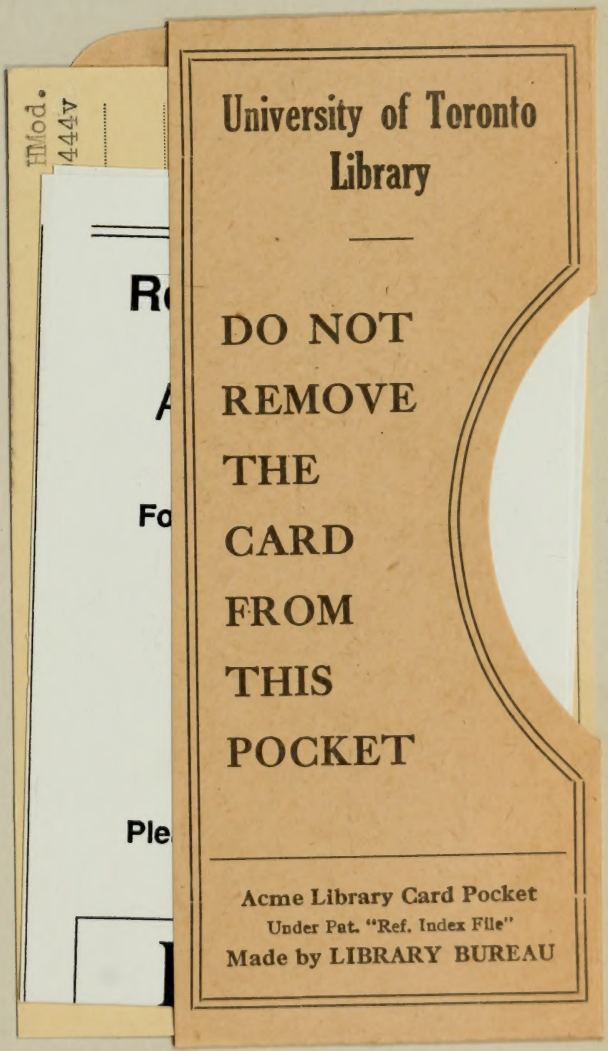
Ein junger englischer Offizier äußerte einem Torpedobootskommandanten gegenüber in Scapa, daß England den Krieg nicht 14 Tage mehr ausgehalten hätte.

*

29. März.

Ich wohnte in Weimar zusammen im Hotel X. mit einem italienischen Offizier. Wir kamen in ein Gespräch. Ich gab mich erst am Schluß der Unterhaltung zu erkennen. Er gab mir seiner besonderen Verwunderung darüber Ausdruck, wie gut die Bevölkerung von Weimar noch lebe. Es sei kein Vergleich mit den Verhältnissen in Italien. Das Heer habe alles gehabt, was es brauche, und zwar zuletzt im Überfluß. Die Bevölkerung habe furchtbar gelitten. Die Rationierung umfaßte nur 200 g Brot am Tage mit Staffelung für die Schwer- und Schwerstarbeiter von 250 und 300 g. Dabei sei der Italiener starker Brotesser. Butter gab es überhaupt nicht mehr, nur Margarine 200 g im Monat. Die Fleischration betrug zwischen 900 bis 1000 g im Monat. Feuerbrandkohle hat es in den letzten zwei Jahren überhaupt nicht gegeben. Er habe in Mailand zwei volle Winter in ungeheizten Räumen gewohnt. Gasverbrauch war nur für die Küche gestattet, und zwar drei Stunden am Tage. Die Bevölkerung habe alles geduldig ertragen. —

Gedruckt bei E. S. Mittler & Sohn, Berlin SW 68, Kochstraße 68–71.


HMod.
444v
University of Toronto
Library
DO NOT
REMOVE
THE
CARD
FROM
THIS
POCKET
Acme Library Card Pocket
Under Pat. "Ref. Index File"
Made by LIBRARY BUREAU

UTL AT DOWNSVIEW
D RANGE BAY SHLF POS ITEM C
39 16 17 06 06 021 2